

## **Antrag L-22-0101: Niedersachsen bewegt sich! - Programm der FDP Niedersachsen zur Landtagswahl 2022**

<b>Antragsteller*in:</b>	FDP Landesvorstand
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	L-22-01 - Leitantrag

1 Bei der Landtagswahl 2022 entscheiden die Menschen in Niedersachsen über die Zukunft  
2 unseres Landes. Diese Zukunft wird von großen Veränderungen geprägt sein. Die  
3 Digitalisierung erfasst immer mehr Lebensbereiche. Sie verändert unser Leben, Lernen  
4 und Arbeiten. Der Klimawandel erfordert neue Strategien auf dem Land und in der  
5 Stadt. Und die demografischen Veränderungen bringen große Herausforderungen mit sich.  
6 Viele Menschen in Niedersachsen sind für diese Veränderungen gut gerüstet. Sie haben  
7 neue und innovative Ideen, kümmern sich um ihre Mitmenschen, bilden sich weiter,  
8 gründen neue Unternehmen und sind längst in der digitalen Realität angekommen. Doch  
9 allzu oft bleiben Staat und Politik hinter den Wünschen und Ambitionen der Menschen  
10 zurück. Ob Unterrichtsausfälle, Funklöcher oder Bürokratie – oftmals verhindert der  
11 Staat genau jene Chancen für die Menschen, die er eigentlich schaffen soll.  
12 Wir Freie Demokraten wollen das Land in die Lage versetzen, den Menschen bei den  
13 Veränderungen der Zukunft beiseite zu stehen. Dabei geht unser Ehrgeiz über das  
14 Mittelmaß einer Großen Koalition hinaus. Wir wollen Niedersachsen eine Richtung geben  
15 und unser Land gemeinsam mit den Menschen in die Zukunft führen. Niedersachsen bewegt  
16 sich – hin zu einer Politik, die konkrete Probleme der Menschen löst und die unser  
17 Land auf die Zukunft vorbereitet.

### **18 I. Wir machen Niedersachsen fit für die Zukunft**

19 Um die großen Herausforderungen der Zukunft bewältigen zu können, braucht  
20 Niedersachsen eine Landespolitik, deren Strukturen auf das Ermöglichen statt auf das  
21 Verhindern ausgerichtet sind. Es ist nicht die Aufgabe des Staates und der Politik,  
22 die Details des Lebens zu regulieren. Staat und Politik existieren nicht um ihrer  
23 selbst willen, sondern um konkrete Probleme zu lösen, mit denen die Menschen nicht  
24 alleine fertig werden können.

25 Der Schlüssel zu einem eigenverantwortlichen und selbstbestimmten Leben ist  
26 Chancengerechtigkeit durch Bildung. Wir wollen exzellente Bildungseinrichtungen von  
27 der Kinderbetreuung über die Schulen und die duale Berufsausbildung bis hin zur  
28 Hochschullandschaft. Grundvoraussetzung für einen ermöglichenden Staat ist eine  
29 leistungsfähige und moderne Verwaltung, die für die Menschen ansprechbar und  
30 erreichbar ist.

31 Der moderne Staat darf nicht lediglich den Menschen etwas abverlangen, sondern muss  
32 seine eigenen Strukturen modernisieren. Mit einer nachhaltigen Haushalts- und  
33 Finanzpolitik schützen wir die Spielräume kommender Generationen. Gleichzeitig zeigen

34 wir auf, wie das Land Akzente über eine aktive Investitionspolitik setzen kann. Die  
35 Digitalisierung der öffentlichen Hand, aber auch die Unterstützung bei der  
36 Digitalisierung im privaten Bereich muss endlich eine klare Priorität der  
37 Landespolitik werden.

## 38 **1. Chancen durch Bildung**

39 Bildung legt den Grundstein für ein selbstbestimmtes Leben mit vielen Möglichkeiten  
40 und Chancen der Selbstverwirklichung. Wir Freie Demokraten verfolgen eine  
41 Bildungspolitik, die eine Bildungskette von der frühkindlichen Bildung über den  
42 Schul- und Berufsabschluss und das Studium bis hin zum lebenslangen Lernen schafft  
43 und dabei Wert auf Freiheit und weitestgehende Autonomie der Bildungseinrichtungen  
44 legt. Unser Anspruch ist, jede Schülerin und jeden Schüler in Niedersachsen dazu zu  
45 befähigen, ein selbstbestimmtes Leben führen und Verantwortung für sich und sein  
46 Umfeld übernehmen zu können. Wir wollen die Talente und Fähigkeiten von Kindern und  
47 jungen Menschen fördern, ihr Selbstbewusstsein stärken und sie durch Bildung in die  
48 Lage versetzen, neue private und gesellschaftliche Herausforderungen auf der  
49 Grundlage von erlerntem Wissen und sozialen Kompetenzen einzeln und gemeinschaftlich  
50 lösen zu können.

51 **Kernprojekt – beste Kitas für Niedersachsens Kinder:** Sprache und soziale Bindung in  
52 den ersten Jahren sind entscheidend für die gesamte Bildungslaufbahn. Wir werden  
53 daher das KiTa-Gesetz reformieren und damit die Qualität in der frühkindlichen  
54 Bildung deutlich verbessern. Dazu gehören für uns eine Verbesserung der  
55 Betreuungsrelation in den Kindertagesstätten und eine schnelle Refinanzierung der  
56 dritten Kraft auch im Kindergarten durch das Land ab dem KiTa-Jahr nach der  
57 Landtagswahl 2022. Wir werden durch eine Reform der Finanzhilfe die KiTa-Finanzierung  
58 nicht nur transparenter und weniger bürokratisch gestalten, sondern auch mehr  
59 Ressourcen für Leitungsaufgaben, Fortbildung und Qualitätsentwicklung zur Verfügung  
60 stellen. Neben der Steigerung der Qualität ist es zentrales Anliegen, durch den  
61 Ausbau der Betreuungsplätze und der Betreuungszeiten den Einklang von Familie und  
62 Beruf sicherzustellen.

63 **Kernprojekt – Schule der Zukunft:** Wir wollen die Schulen in Niedersachsen zu Lern-  
64 und Lebensorten weiterentwickeln. Kern von Schule wird dabei auch künftig der  
65 Unterricht und die Vermittlung von Lerninhalten und sozialen Kompetenzen sein. Eine  
66 Schlüsselfunktion dafür haben die Lehrkräfte, denen wir neben einer guten Bezahlung  
67 und pädagogischer Freiheit insbesondere die Zeit geben wollen, den Schülern  
68 individueller gerecht zu werden. Die gesellschaftlichen Veränderungen der letzten  
69 Jahrzehnte machen aber nicht vor dem Schultor halt, so dass wir die Notwendigkeit der  
70 Weiterentwicklung von Schule sehen. Wir wollen multiprofessionelle Teams in den  
71 Schulen etablieren, die schulische Sozialarbeit ausbauen und Klassengrößen  
72 reduzieren. Digitale Bildung soll kein Selbstzweck sein, sondern so ausgestaltet und  
73 gefördert werden, dass es einen pädagogischen Mehrwert bringt. Wir wollen, dass an  
74 allen Schulen in Niedersachsen der Unterricht auch tatsächlich stattfindet und wollen  
75 in der kommenden Legislaturperiode eine Unterrichtsgarantie geben.

76 Schule der Zukunft bedeutet für uns auch, dass die soziale Herkunft keinen Einfluss  
77 mehr auf die Bildungschancen junger Menschen in Niedersachsen haben darf. Wir wollen  
78 die Schulträger bei der räumlichen Weiterentwicklung der Schulen zu Lernorten  
79 unterstützen, damit jede Schülerin und jeder Schüler in Niedersachsen die Chance hat,  
80 in einer guten Lernumgebung lernen zu können, auch außerhalb der Unterrichtszeit. Wir  
81 werden uns dafür stark machen, dass beim Mittagessen, Klassenausflügen und -fahrten  
82 und Lernmaterialien soziale Unterschiede nicht mehr zu Stigmatisierungen führen  
83 können. Zu den Bildungschancen gehört neben dem Unterricht, der stattfinden muss,  
84 auch ein attraktives Ganztagsangebot, welches nicht in Konkurrenz, sondern in  
85 Partnerschaft zu Vereinsangeboten und zivilgesellschaftlichem Engagement steht. Zum  
86 Fördern und Fordern gehören für uns auch Angebote für Hochbegabte, Angebote zur  
87 individuellen Lernunterstützung, weiterhin Leistungsbeurteilung durch Schulnoten und  
88 Feedback ebenso wie manchmal auch die Notwendigkeit, ein Lernjahr zu wiederholen.

89 **Kernprojekt – exzellente Berufsausbildung:** Die berufsbildenden Schulen in  
90 Niedersachsen haben eine sehr hohe Bedeutung dafür, die jungen Menschen in die Lage  
91 zu versetzen, ein selbstbestimmtes und unabhängiges Leben zu führen. Durch die  
92 Möglichkeit, alle Schulabschlüsse zu erreichen, haben sie zugleich eine hohe  
93 Bedeutung für die Bildungschancen junger Menschen. Wir werden die berufliche Bildung  
94 stärken. Mit einer Digitalisierungsoffensive werden wir die Möglichkeit schaffen,  
95 dass die berufsbildenden Schulen mit der Wirtschaft mithalten können und die jungen  
96 Menschen zeitgemäß ausgebildet werden. Dazu gehört aber auch eine Überarbeitung der  
97 Lehrerstundenzuweisung, die es berufsbildenden Schulen in der Fläche ermöglicht,  
98 weiterhin ein breites Spektrum von Ausbildungsberufen anzubieten. Wird der  
99 Ausbildungszweig an der örtlichen berufsbildenden Schule gestrichen, brechen in der  
100 Folge oftmals die Ausbildungsplätze weg und damit der Nachwuchs für die Firmen. Wir  
101 werden den berufsbildenden Schulen darüber hinaus die Freiheiten einräumen, noch  
102 enger mit der lokalen Wirtschaft zusammenzuarbeiten und sich flexibel den  
103 Bedürfnissen der Ausbildungsbetriebe anpassen zu können. Schwerpunkt bleibt die duale  
104 Berufsausbildung. Wir wollen mit dem Einsatz von Einstiegs-Coaches als Vermittler  
105 zwischen Ausbildungsbetrieb, Auszubildendem und Schule die Perspektive von jungen  
106 Menschen in schwierigen Lebensumständen verbessern, damit sie einen Ausbildungsplatz  
107 finden und die Ausbildung erfolgreich absolvieren können.

108 **Dafür setzen wir uns ein:**

- 109 • **Ausbildungsvergütung:** Damit ausreichend Fachkräfte in der frühkindlichen  
110 Bildung, aber auch im Ganztagsbereich der Grundschulen zur Verfügung stehen,  
111 werden wir eine Ausbildungsvergütung für alle Auszubildenden zur  
112 sozialpädagogischen Assistenz und für den Erzieherberuf einführen.
- 113 • **Sprachkompetenzen:** Wir wollen, dass Kinder gute Deutschkenntnisse haben und  
114 daher in der gesamten Schullaufbahn einen Schwerpunkt auf Deutsch setzen.  
115 Insbesondere in den berufsbildenden Schulen muss die Sprachförderung  
116 intensiviert werden, da die Sprache eine der Grundlagen für das Erreichen eines  
117 Ausbildungsabschlusses ist. Darüber hinaus wollen wir die Potenziale der  
118 Mehrsprachigkeit heben. Wir wollen bilinguale Angebote in Kindertagesstätten mit  
119 spielerischem Spracherwerb ebenso stärken wie den bilingualen Fachunterricht in

- 120 den weiterführenden Schulen. Hierfür soll es Fort- und Weiterbildungsangebote  
121 für die Lehrkräfte, insbesondere die Fremdsprachenlehrkräfte, geben. Wir wollen  
122 aber die Sprachkompetenz der jungen Menschen stärken, deren Herkunftssprache  
123 nicht Deutsch ist. Hierfür sollen die Angebote des herkunftssprachlichen  
124 Unterrichts ausgebaut werden.
- 125 • **Startchancen:** Wir werden die Schuleingangsuntersuchungen weiterentwickeln und  
126 dabei einen besonderen Schwerpunkt auf die Wiedereinführung der  
127 Sprachstandserhebung legen. Wenn ein besonderer Förderbedarf besteht, kann ein  
128 verpflichtendes Jahr vor der Einschulung folgen, das Kindern ähnlich wie in  
129 einem Vorschuljahr einen reibungslosen Start in die Schule ermöglicht.
  - 130 • **Lesen, Rechnen und Schreiben:** Wir werden den Unterricht in Deutsch und  
131 Mathematik in der Grundschule ausweiten und Angebote für die individuelle  
132 Förderung ausweiten. Unser Ziel ist, dass jedes Kind am Ende der Grundschule  
133 Lesen, Rechnen und Schreiben beherrscht.
  - 134 • **Kreativität und Empathie stärken:** Computer werden immer schneller auswendig  
135 lernen als Menschen. Die künstliche Intelligenz wird stets besser Muster in  
136 großen Datenmengen erkennen als der Mensch. Deswegen ist es neben der reinen  
137 Wissensvermittlung wichtig, dass Schulen verstärkt Kreativität und Empathie als  
138 zentrale Kompetenzen in allen Schulfächern stärken. Wir wollen, dass Lehrpläne,  
139 Unterrichtsstrukturen und Klausuren dieser Balance aus Wissensvermittlung und  
140 der Stärkung von Kreativität und Kompetenz gerecht werden.
  - 141 • **Interdisziplinarität stärken:** Wir erleben immer häufiger, dass echte  
142 Innovationen dort entstehen, wo sich unterschiedliche Wissensgebiete  
143 interdisziplinär verbinden. Wir wollen deswegen, dass Schulfächer sich im  
144 Stundenplan nicht einfach aneinanderreihen, sondern aufeinander aufbauen oder  
145 sich sogar direkt verbinden. Eine noch stärkere Vernetzung von  
146 Unterrichtsinhalten in den Lehrplänen wollen wir deswegen fördern und auch  
147 Freiräume für eine praktische, interdisziplinäre Verschränkung in den Schulen  
148 schaffen. So könnten beispielsweise auch fächerübergreifende Klausuren künftig  
149 Ausdruck dieser Interdisziplinarität sein.
  - 150 • **Freiräume in der Gestaltung von Unterricht und Inhalten:** Im Unterrichtsplan und  
151 Fachcurriculum kann nicht immer abgebildet sein, was in der Lebensrealität von  
152 Schülern und Schülerinnen Relevanz und Aktualität hat. Lehrerinnen und Lehrer  
153 müssen wieder die Freiheit haben, von Lehrplänen abzuweichen und nach eigener  
154 Einschätzung, Dynamik und Interessenslage der Schüler Themen vertiefen können.  
155 Wo Schüler und Schülerinnen Leidenschaft und Interesse entwickeln oder  
156 weiterführende Projekte realisieren wollen, müssen Lehrer und Lehrerinnen die  
157 Freiheit haben, das zu ermöglichen. Zentrale Abschlussprüfungen müssen in ihrer  
158 Ausgestaltung solche Freiheiten von Lehrern und Lehrerinnen wieder mehr  
159 ermöglichen.
  - 160 • **Soziale Brennpunkte:** Wir werden Schulen in sozialen Brennpunkten stärker  
161 unterstützen durch schulische Sozialarbeit, multiprofessionelle Teams und ein  
162 erhöhtes Schulbudget, über das die Schulen frei verfügen können.

- 163 „Aufstiegshelfer“ sollen Schülerinnen und Schülern Chancen und Wege zur  
164 Berufsausbildung oder zum Studium aufzeigen und dabei helfen, Netzwerke zu  
165 knüpfen. Wir werden damit alle Talente unserer Gesellschaft heben und den jungen  
166 Menschen die Chance geben, Bildungserfolge zu erzielen.
- 167 • Schulvielfalt: Wir Freie Demokraten schätzen die Vielfalt der niedersächsischen  
168 Bildungslandschaft und wollen diese erhalten. Dazu zählt insbesondere das breite  
169 Angebot an Schulformen des Sekundarbereichs I. Wir werden auch die Kooperativen  
170 Gesamtschulen wieder zu einem möglichen Angebot für Schulträger machen und auch  
171 kleinen Haupt- und Realschulen die Möglichkeit eröffnen, sich beispielsweise zu  
172 Oberschulen weiterentwickeln zu können.
  - 173 • Unterrichtsversorgung: Wir werden die Misere in der Unterrichtsversorgung der  
174 letzten zehn Jahre beenden. Hierzu werden wir für alle Lehrkräfte das  
175 Einstiegsgehalt von A 13 einführen und damit jungen Lehrkräften ein attraktives  
176 Angebot machen. Wir werden zudem die Studienkapazitäten an den niedersächsischen  
177 Universitäten dem tatsächlichen Lehrkräftebedarf anpassen. Dabei werden wir auch  
178 die geplanten Entlastungen für die Lehrkräfte, eine Veränderung der Stundentafel  
179 und den Bedarf für kleinere Klassen berücksichtigen.
  - 180 • Schulfreiheit: Wir Freie Demokraten werden die Autonomie der Schulen stärken und  
181 den Schulen mehr pädagogische, personelle und finanzielle Freiheiten  
182 ermöglichen. Neben Freiheiten im Schulbudget sollen die Schulen auch mehr  
183 Freiheiten bei der Unterrichtsorganisation erhalten, um beispielsweise  
184 fächerübergreifende Projekte besser realisieren zu können. Dabei werden wir das  
185 Erreichen der Bildungsstandards nicht aus den Augen verlieren. Daher werden wir  
186 die Schulen bei der Schul- und Unterrichtsentwicklung besser unterstützen.
  - 187 • Schulen in freier Trägerschaft: Schulen in freier Trägerschaft runden das  
188 Bildungsangebot in Niedersachsen ab und sind eine starke Säule in der  
189 niedersächsischen Schullandschaft. Wir werden die Finanzhilfe reformieren und  
190 legen dabei Wert auf eine transparente Finanzhilfe, die sich an den  
191 tatsächlichen Kosten der Schülerinnen und Schüler an den staatlichen Schulen  
192 orientiert.
  - 193 • Inklusive Schule: Inklusion bedeutet für uns Freie Demokraten, dass jede  
194 Schülerin und jeder Schüler die Unterstützung erhalten, die der einzelne junge  
195 Mensch für die individuellen Bildungschancen benötigt. Dafür wollen wir  
196 Gelingensbedingungen definieren, die für eine erfolgreiche individuelle  
197 Beschulung notwendig sind. Für uns spielt es keine Rolle, ob die Eltern sich im  
198 Falle eines sonderpädagogischen Unterstützungsbedarfs für eine inklusive  
199 Beschulung oder die Beschulung an einer Förderschule entscheiden. Wir werden  
200 diese Angebote nicht gegeneinander ausspielen, sondern Eltern die Möglichkeit  
201 geben, sich nach fachlicher Beratung für die beste Lernumgebung für ihr Kind  
202 entscheiden zu können. Wir werden die verbliebenen Förderschulen Lernen  
203 erhalten, so lange wie Eltern diese Schulform wählen. Dem insgesamt gestiegenen  
204 Bedarf an Sonderpädagogen werden wir Rechnung tragen und die Ausbildung auch in  
205 diesem Bereich auf den tatsächlichen Bedarf hin anpassen. Wir werden landesweite

- 206 Qualitätsstandards für die Schulbegleitung etablieren.
- 207 • Digitale Schule: Wer unsere Kinder auf die Zukunft vorbereiten will, der muss  
208 das auch mit den technischen Möglichkeiten der Gegenwart umsetzen können. Das  
209 Leben in einer digitalisierten Welt wird künftig eine der Schlüsselkompetenzen  
210 darstellen. Der Digitalpakt 2.0 des Bundes bietet die Chance, dass  
211 Niedersachsens Schulen sowie Schülerinnen und Schüler mit moderner digitaler  
212 Infrastruktur ausgestattet werden. Wir wollen die Fort- und Weiterbildung der  
213 Lehrkräfte für den Einsatz von digitalen Medien ausbauen und praxisorientierter  
214 gestalten. Wir wollen die Schulen bei der Umsetzung ihrer Medienbildungskonzepte  
215 sowohl im technischen als auch im pädagogischen Bereich unterstützen. Hierzu  
216 werden wir spezielle Digitalpädagoginnen und -pädagogen nach estnischem  
217 Vorbild und Systemadministratorinnen und -administratoren zur Entlastung der  
218 Lehrkräfte einsetzen. Der Einsatz von digitalen Endgeräten darf nicht dazu  
219 führen, dass die Kinder frühzeitig auf bestimmte Arten oder Marken von  
220 Endgeräten getrimmt werden. Auch hier hat der Staat für eine Neutralität in der  
221 Bildung zu sorgen. Wir werden daher die digitale Infrastruktur so ertüchtigen,  
222 dass alle Anwendungen, inklusive der Verwaltungsanwendungen in Schule,  
223 webbasiert und unabhängig vom Endgerät funktionieren. Unser Ziel ist hier eine  
224 digitale Plattform, die Schulen möglichst kostenlos zur Verfügung gestellt wird.  
225 Digitale Endgeräte sind als Lernmittel anzuerkennen und für Schülerinnen und  
226 Schüler sowie Lehrkräfte bedarfsgerecht zur Verfügung zu stellen. Wir erkennen  
227 an, dass in Zeiten der Pandemie an einigen Schulen Konzepte entwickelt wurden,  
228 wie moderner, digitaler Unterricht gestaltet werden kann. Diese Konzepte werden  
229 wir aufgreifen und sichern zu, besonders innovative Schulen mit dem nötigen  
230 Freiraum bei der Ausgestaltung der digitalen Lernumgebung auszustatten.
- 231 • Medienkompetenz: Wir werden die Medienkompetenz der Lehrkräfte stärken, ebenso  
232 wie die der Schülerinnen und Schüler. Wir wollen sie fit machen für die digitale  
233 Welt, in der wir heute schon leben und künftig leben werden. Wir wollen sie für  
234 Datenschutz sensibilisieren, das Verständnis für die Beeinflussung durch  
235 Algorithmen stärken und ein Bewusstsein für Cybermobbing schaffen.
- 236 • Wertschätzung für Lehrkräfte: Weltbeste Bildung braucht Wertschätzung gegenüber  
237 dem Lehrerberuf und den Lehrkräften im Land. Neben der Einstiegsbesoldung A 13  
238 machen wir uns stark für die Wiedereinführung der Altersermäßigung ab 55 Jahren,  
239 die Entlastung durch kleinere Klassen und Entlastung der Schulleitungen durch  
240 Funktionsstellen und Anrechnungsstunden, insbesondere in kleineren Systemen.  
241 Damit sich die Lehrkräfte vollumfänglich ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag  
242 widmen können, muss Schule umfassend entbürokratisiert werden. Lehrkräfte werden  
243 immer häufiger Opfer von physischer und psychischer Gewalt. Wir wollen daher  
244 entschieden gegen Gewalt gegen Lehrkräfte vorgehen.
- 245 • Lehrerausbildung: Unser Ziel ist eine Bildungspolitik, die, ausgehend von den  
246 höchsten Ansprüchen für eine weltbeste Bildung, über das Ende einer  
247 Legislaturperiode hinausdenkt und plant. Die Lehrerausbildung muss besser auf  
248 die Lebensrealität in Schule und der Schülerinnen und Schüler ausgerichtet sein,  
249 einen hohen Praxisanteil umfassen und immer wieder überprüft und angepasst

- 250 werden. Die Vielfalt der Schulen wird sich auch weiterhin in der  
251 Lehrerausbildung widerspiegeln. Berufsquereinsteiger werden wir beim Einstieg  
252 stärker fördern und insbesondere pädagogisch fit machen vor dem ersten  
253 eigenverantwortlichen Unterricht. Auch muss das Lehramtsstudium zwischen  
254 Wissenschafts- und Kultusministerium besser verzahnt werden. Dies gilt für die  
255 Planung der Studienplatzzahlen ebenso wie für die inhaltliche Ausgestaltung von  
256 Studium und Referendariat. Beide Ausbildungsphasen müssen neuen digitalen  
257 Anforderungen genügen und die schulformadäquaten Curricula sind auf  
258 fachwissenschaftlicher Grundlage weiterzuentwickeln.
- 259 • Schule und Gesundheit: Wir werden den Einsatz von Schulgesundheitsfachkräften  
260 als wichtige Anlaufstellen für die Gesundheitsvorsorge und -fürsorge erproben.
  - 261 • Kostenfreie Schülerbeförderung: Die Ausweitung der kostenfreien Nutzung des ÖPNV  
262 für Schülerinnen und Schüler im Sekundarbereich II ist für uns eine Frage der  
263 sozialen Gerechtigkeit. Wir werden daher dafür Sorge tragen, dass landesweit die  
264 Schülerinnen und Schüler des Sekundarbereichs II analog zu den Schülerinnen und  
265 Schülern des Primar- und Sekundarbereichs I Zugang zur kostenfreien  
266 Schülerbeförderung erhalten. Das gilt auch und insbesondere für Auszubildende,  
267 daher werden wir die Mogelpackung der Großen Koalition durch ein echtes Azubi-  
268 Ticket ersetzen.
  - 269 • Gestaltung der Schule der Zukunft: Moderne Unterrichtsformen spiegeln sich auch  
270 in anderen Raumstrukturen und -gestaltung in den Schulen der Zukunft. Statt jede  
271 Kommune eigene Erfahrungen sammeln zu lassen, sollte das Land Empfehlungen zum  
272 Schulbau erarbeiten und den Kommunen als Trägern der Schulgebäude zur Verfügung  
273 stellen.

## 274 **2. Wissenschaft, Hochschule und Forschung**

275 Für uns Freie Demokraten ist die Hochschul-, Wissenschafts- und Forschungspolitik von  
276 herausragender Bedeutung. Die Herausforderungen des Klimawandels, der Pandemie sowie  
277 der ökonomischen und gesellschaftlichen Transformationsprozesse können nur mit der  
278 Wissenschaft bewältigt werden. Die Entwicklung von Ideen und Innovationen sowie die  
279 Vermittlung von Wissen und Kompetenzen sind die Grundlage unseres Wohlstandes. Die  
280 Hochschul- und Wissenschaftspolitik darf daher nicht länger ein Schattendasein  
281 führen, sondern muss als originäre Landesaufgabe in das Scheinwerferlicht der  
282 Landespolitik gerückt werden.

283 Mit mehr Autonomie, besseren finanziellen Rahmenbedingungen, einer  
284 Digitalisierungsoffensive und einem Investitionsturbo wollen wir den  
285 Wissenschaftsstandort Niedersachsen aus dem bundesdeutschen Mittelmaß herausführen.  
286 Das Land muss zum Magneten für die klügsten Köpfe werden, Exzellenzstatus anstreben  
287 und auf höchstem Niveau lehren.

288 **Kernprojekt – Konkurrenzfähige und verlässliche Grundfinanzierung der Hochschulen in**  
289 **Niedersachsen:** Wir wollen, dass die niedersächsischen Hochschulen im Wettbewerb um  
290 die besten Köpfe durchsetzungsfähig und bei der Beteiligung an Exzellenzverfahren  
291 konkurrenzfähig sind. Landeszuschüsse müssen dabei auch den Mehrbedarf aus Tarif- und

292 Besoldungsrunden sowie einen pauschalen Inflationsausgleich für das Sachmittelbudget  
293 berücksichtigen. Die herausragende Rolle der Hochschulen für wirtschaftlichen,  
294 technologischen und gesellschaftlichen Fortschritt muss sich auch in der  
295 Haushaltspolitik des Landes widerspiegeln.

296 **Kernprojekt – Hochschulfreiheitsgesetz:** Wir wollen das Niedersächsische  
297 Hochschulgesetz novellieren und zu einem echten Hochschulfreiheitsgesetz machen. Nach  
298 dem Vorbild von Nordrhein-Westfalen werden wir den Hochschulen mehr Autonomie geben.  
299 Dies gilt im Besonderen für das Personal, die Finanzen, die Organisation und den  
300 Baubereich. Konkret wollen wir etwa das professorale Berufungsrecht allgemein und auf  
301 Dauer auf die Hochschulen übertragen, die Altersbeschränkung für die Berufbarkeit von  
302 Professorinnen und Professoren in ein Beamtenverhältnis flexibilisieren und die  
303 Hochschulen in die Arbeitgeberposition unter Beibehaltung von Mitbestimmungsrechten  
304 und Tarifgebundenheit versetzen. Überdies wollen wir für die Hochschulen und die  
305 Hochschulverbände, die dies wünschen, ein selbstständiges Bauen im Rahmen eines  
306 Optionsmodells ermöglichen und Autonomie über die Liegenschaften gewähren. Ferner  
307 streben wir an, den Hochschulen volle finanzielle Hoheit über einmal ausgezahlte  
308 Landesmittel zu geben und ihnen Eigenverantwortung in der Binnenorganisation zu  
309 überlassen. Deregulierungen der Vergangenheit dürfen nicht rückgängig gemacht werden.  
310 Das Land muss seinen Hochschulen mehr vertrauen und ihnen mehr Freiheiten und  
311 Experimentierräume geben.

312 **Kernprojekt – Investitionsoffensive:** Mit einer Investitionsoffensive für die  
313 Hochschulen wollen wir dem Investitionsstau begegnen, der, zusätzlich zum  
314 beträchtlichen Investitionsbedarf in der Universitätsmedizin, rund 4,3 Mrd. Euro  
315 beträgt. Grundlage für den Abbau des Sanierungs- und Modernisierungsstaus an den  
316 Hochschulen ist eine transparente Vermögenserfassung, die eine Priorisierung von  
317 Investitionsmaßnahmen und eine bessere Planbarkeit für die Hochschulen ermöglicht.  
318 Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP) betrachten wir neben direkten staatlichen  
319 Investitionen als einen wichtigen Baustein, um diesen Investitionsbedarfen zu  
320 begegnen. In diesem Zusammenhang muss auch der Hochschulentwicklungsvertrag ab dem  
321 Jahr 2024 zu einem längerfristigen Hochschulrahmenvertrag umgebaut werden, der den  
322 Hochschulen in den Bereichen Grundfinanzierung, Sanierung und Digitalisierung mehr  
323 Planungssicherheit gibt.

324 **Kernprojekt – Digitale Hochschule:** Die systematischere Vernetzung analoger und  
325 digitaler Lehr- und Lernformate wollen wir ermöglichen und finanzieren. Gemeinsam mit  
326 den Hochschulen wollen wir die digitale Transformation von Forschung, Lehre und  
327 Verwaltung beschleunigen und mittelfristig eine „Digitale Hochschule Niedersachsen“  
328 (DHN) entwickeln. Nach dem Vorbild der Virtuellen Hochschule Bayern wollen wir eine  
329 gemeinsame Einrichtung aller niedersächsischen Hochschulen forcieren, die den  
330 Austausch digitaler Lehre koordiniert und die Möglichkeit schafft, dass alle  
331 niedersächsischen Studierenden die digitalen Angebote aller niedersächsischen  
332 Hochschulen, insbesondere im Grundlagenstudium, nutzen können. Dazu sollen vorhandene  
333 Angebote gebündelt, vernetzt und ergänzt werden.

334 **Dafür setzen wir uns ein:**



- 335 • **Bessere Studienbedingungen:** Die Studienbedingungen in Niedersachsen müssen die  
336 besten der Bundesrepublik sein. Dies betrifft die personelle, räumliche und sächliche  
337 Ausstattung, die Betreuungsrelation, die Ausstattung von Bibliotheken und die  
338 Digitalisierung von Lehrveranstaltungen. Die niedersächsischen Hochschulen müssen die  
339 Talente von morgen anziehen. Dafür muss, mindestens an einzelnen Hochschulstandorten,  
340 eine Senkung der Semesterbeiträge geprüft werden. Wir wollen ferner mittelfristig die  
341 finanziellen Zuschüsse an die Studierendenwerke erhöhen, um nationale Studierende bei  
342 den Wohnkosten zu entlasten und internationalen Studierenden ein gutes Wohnangebot  
343 machen zu können. Europäische Austauschprogramme wollen wir auf allen Ebenen  
344 unterstützen und dafür einen Status für Europastudierende und so genannte Freemover im  
345 Niedersächsischen Hochschulgesetz verankern.
- 346 • **Chancengerechtigkeit:** Wir wollen sicherstellen, dass ausschließlich die Leistung  
347 und das Engagement und nicht die soziale Herkunft der Studierenden über ihren  
348 Bildungserfolg entscheiden. Dazu werden wir ein Landesprogramm auflegen,  
349 das Studienanfängerinnen und Studienanfängern aus einkommensschwachen Haushalten  
350 ein Stipendium für den Studienbeginn gewährt. Die Initiative Arbeiterkind wollen  
351 wir weiter fördern. Daneben setzen wir uns für die Möglichkeit von  
352 Schnuppertagen an Universitäten sowie den Aufbau eines studentischen Mentee-  
353 Programms ein. Hierbei sollen Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit des  
354 persönlichen Austausches und Kontaktes mit Studierenden erhalten, an  
355 universitären Veranstaltungen teilnehmen und erste Einblicke in die Realität der  
356 akademischen Laufbahn gewinnen können. Ziel ist es, Hürden und persönliche  
357 Hinderungsgründe für die Aufnahme eines Studiums abzubauen. Wir begrüßen auf  
358 Bundesebene die geplante Anhebung der Minijob-Grenze und die geplante BAföG-  
359 Reform, die ein unbürokratisches, flexibles und elternunabhängigeres  
360 Fördermodell einschließt.
- 361 • **Wege aufzeigen:** Studienabbrecherinnen und Studienabbrecher sollen eine  
362 detaillierte Aufstellung ihrer im Studium erbrachten Leistungen erhalten, um  
363 sich damit leichter für praktische Berufe und eine berufliche Ausbildung  
364 bewerben zu können. Über Beratungsangebote für Studienabbrecherinnen und  
365 Studienabbrecher für den Wechsel in eine Berufsausbildung soll vermehrt  
366 informiert werden. Die Beratungsangebote sind in ihrer Arbeit zu unterstützen.
- 367 • **Faire Arbeitsbedingungen:** Die Arbeitssituation für die Beschäftigten im  
368 Hochschulwesen, insbesondere für den akademischen Mittelbau und die  
369 Lehrbeauftragten, wollen wir verbessern. Dazu werden wir uns beim Bund für eine  
370 Reform der Befristungsregelungen im Wissenschaftszeitvertragsgesetz einsetzen.  
371 Wir wollen die Hochschulen zudem bei ihren Bemühungen unterstützen, Nachwuchs-  
372 wissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern eine Anstellung auf Tenure-Track-  
373 Basis von anzubieten. Für Daueraufgaben sind in gewissem Umfang auch  
374 Dauerstellen vorzusehen. Dies gilt insbesondere für  
375 Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, die hauptsächlich in der  
376 akademischen Lehre tätig sind. Zur Stärkung der grundständigen Lehre und  
377 Forschung an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften soll dort nach  
378 Möglichkeit je forschungsstarker Professur jeweils eine Stelle als

- 379 wissenschaftliche Mitarbeiterin bzw. wissenschaftlicher Mitarbeiter eingerichtet  
380 werden.
- 381 • Mentale Gesundheit in der Wissenschaft:  
382 Wir halten den Wettbewerb der Ideen in  
383 der Wissenschaft für eine Grundlage des technologischen und gesellschaftlichen  
384 Fortschritts. Gleichwohl stellen wir aber auch fest, dass das stark kompetitive  
385 Wissenschaftssystem zu psychischen Belastungen bei Wissenschaftlerinnen und  
386 Wissenschaftlern führen kann. Darum wollen wir die psychischen Belastungen in  
387 Forschung und Lehre für Studierende und Forschende in einer wissenschaftlichen  
388 Studie untersuchen lassen. Mit den daraus gewonnenen Erkenntnissen soll eine  
389 Strategie entwickelt werden, um die Mitglieder in den Hochschulen dabei zu  
390 unterstützen, sich frei zu entfalten und ihr vollständiges intellektuelles und  
391 kreatives Potenzial anzuwenden, und damit die Leistungsfähigkeit der  
392 Wissenschaft in Niedersachsen nachhaltig sicherzustellen. Darüber hinaus sollen  
393 bestehende Beratungs- und Hilfsangebote vor allem für Studierende, Promovierende  
394 und Nachwuchswissenschaftler an den Hochschulen verstetigt und ausgeweitet  
395 werden. Wir setzen uns für eine Wissenschaft ein, die die individuellen  
396 Lebensumstände der Menschen bei der Bewertung ihrer wissenschaftlichen  
397 Leistungen berücksichtigt.
- 398 • Attraktive Standortbedingungen: Niedersachsens Hochschulen müssen  
399 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit Weltrang anziehen und halten. Dafür  
400 sind Vergütungsstrukturen aufzubrechen, die W-Besoldung anzupassen,  
401 Berufungsverfahren zu verkürzen und Lehrverpflichtungen flexibel auszugestalten.
- 402 • University Hubs: Wir wollen die Einrichtung von University Hubs forcieren und  
403 das Ökosystem für Start-ups und Spin-offs an den Hochschulen verbessern. Diese  
404 sollten die jeweilige Hochschule beim Wissenstransfer unterstützen und zentral  
405 im Land durch das Innovationszentrum Niedersachsen begleitet werden.  
406 Unterstützungsangebote können beispielsweise rechtliche, fiskalische und  
407 buchhalterische Beratung umfassen. Die University Hubs sollen sich auch für  
408 andere Gesellschafter offen zeigen, vernetzt im Land arbeiten und außerdem  
409 Zugang zu einem neuen landeseigenen Venture-Capital-Fonds haben. Hochschulen  
410 soll so die Möglichkeit direkter Beteiligung gegeben werden. Neben flexiblen  
411 Gründungssemestern sind überdies Gründungszonen und studentische  
412 Gründungsgesellschaften zu ermöglichen. Wir wollen darüber hinaus Praxisbezüge  
413 im Studium und Kooperationen mit kleinen und mittelständischen Unternehmen  
414 fördern und die Absolvierung von Pflichtpraktika flexibilisieren.
- 415 • Wissenschaftsfreiheit: Wir verteidigen die Freiheit von Wissenschaft, Forschung  
416 und Lehre. Allen Versuchen, die Arbeit von Wissenschaftlerinnen und  
417 Wissenschaftlern an niedersächsischen Hochschulen zu behindern oder zu  
418 beeinträchtigen, erteilen wir eine klare Absage. Wenn die Einrichtung so  
419 genannter Konfuzius-Institute an niedersächsischen Hochschulen mit einer  
420 Einflussnahme durch die Volksrepublik China oder die Kommunistische Partei  
421 Chinas einhergehen, müssen entsprechende Kooperationen beendet werden.

- 422 • **Professionalität und Exzellenz:** Den Wissenschaftsstandort Niedersachsen wollen  
423 wir mit einer besseren finanziellen und strategischen Vorbereitung der  
424 Exzellenzstrategie, neuem Mut zu hochschulstandortbezogenen  
425 Schwerpunktsetzungen, einem umfassenden Bürokratieabbauprogramm sowie einer  
426 kritischen Evaluation der Hochschulverwaltungen stärken. In Zusammenarbeit mit  
427 zentralen Stakeholdern, wie der Landeshochschulkonferenz (LHK) und der  
428 Wissenschaftlichen Kommission Niedersachsen (WKN), wollen wir weitere  
429 Instrumente zur Aufwertung des Wissenschaftsstandortes Niedersachsen  
430 identifizieren und umsetzen.
- 431 • **Hochschulen für angewandte Wissenschaften:** An den Hochschulen für angewandte  
432 Wissenschaften wollen wir mehr Studienplätze und eine bessere Vernetzung  
433 zwischen Berufsausbildung und akademischem Studium schaffen sowie den  
434 Praxisbezug im Studium stärken. Zur Weiterentwicklung kooperativer  
435 Promotionsverfahren zwischen Universitäten und Hochschulen für angewandte  
436 Wissenschaften wollen wir ein gemeinsames Promotionskolleg von Hochschulen für  
437 angewandte Wissenschaften prüfen. Private Hochschulen sehen wir als Bereicherung  
438 und Teil einer vielfältigen Hochschullandschaft und wollen für sie den  
439 regulatorischen Rahmen verbessern.
- 440 • **Berufsakademien:** Die Berufsakademien als Motor der Fachkräftebildung und der  
441 Fachkräftebindung werden wir unterstützen. Wir wollen das Niedersächsische  
442 Berufsakademiegesetz weiterentwickeln und Berufsakademien, die sich besonderen  
443 Qualitätsstandards stellen, den Zugang zum professoralen Bereich für  
444 entsprechend qualifizierte Dozentinnen und Dozenten eröffnen. Weitere  
445 regulatorische Wettbewerbsnachteile wollen wir in diesem Zuge konsequent  
446 abbauen. Wir streben zudem an, Berufsakademien auf Grund ihrer landespolitischen  
447 Bedeutung finanziell zu unterstützen, beispielsweise im Bereich der  
448 Digitalisierung oder beim Wissens- und Technologietransfer.
- 449 • **Musik- und Kunsthochschulen:** Wir wollen Musik- und Kunsthochschulen einen neuen  
450 Stellenwert geben. Dieser Hochschultypus leidet aktuell unter einer eklatanten  
451 Raumnot und an unbesetzten Professuren, die trotz steigender Studierendenzahlen  
452 aus Finanzgründen nicht berufen wurden. Wir wollen die baulichen, personellen  
453 und regulatorischen Rahmenbedingungen für die betroffenen Hochschulen  
454 verbessern, um den künstlerischen Nachwuchs und die musikpädagogische Ausbildung  
455 zu sichern. Dies gilt auch für die postgraduale Phase an den künstlerischen  
456 Hochschulen.
- 457 • **Wissenschaft und Weiterbildung:** Wir wollen die Hochschulen dabei unterstützen,  
458 stärker als bisher auf dem Weiterbildungsmarkt zu agieren und ihre  
459 Bildungsexpertise einzubringen. Wir stehen in diesem Zusammenhang für einen  
460 Ausbau der Alumni-Kultur, einen besseren Zugang für Berufstätige ohne  
461 akademischen Abschluss, eine Reform zur Heranziehung des Lehrdeputats für den  
462 Weiterbildungsbereich, eine Einbeziehung der Weiterbildung in die  
463 Kapazitätsverordnung, einen besseren Zugang zur Hochschulinfrastruktur für  
464 Externe und für eine Ausweitung der Teilzeit- und Fernstudienangebote ein.  
465 Ferner benötigen wir eine landesweite digitale Plattform, auf der die

- 466 Weiterbildungsangebote der Hochschulen als Open Educational Resources (OER) in  
467 Niedersachsen erfasst und dargestellt werden.
- 468 • Humanmedizin: Deutschland leidet seit Jahren unter Ärztemangel – insbesondere im  
469 ländlichen Raum. Daher ist die Anzahl der Studienplätze für Humanmedizin an den  
470 Standorten Göttingen, Hannover und Oldenburg weiter bedarfsgerecht steigern.  
471 Ferner soll Medizinstudierenden zukünftig im Rahmen ihrer Ausbildung ein  
472 besseres Angebot zum persönlichen Umgang mit Tod und Leiden sowie mit  
473 Behandlungsfehlern zur Verfügung gestellt werden. Die Forschungsförderung muss  
474 in gesundheitsbedrohlichen Krisensituationen priorisiert stattfinden können.  
475 Hierfür brauchen wir Shared-Service-Plattformen sowie Bericht- und  
476 Meldeverfahren in Forschungseinrichtungen und Gesundheitsämtern, die mithilfe  
477 der Digitalisierung effizienter abgewickelt werden können.
  - 478 • Vielfältige Hochschule: Wir streben eine noch inklusivere, diversere und  
479 familienfreundlichere Hochschule an. So soll unter anderem die digitale  
480 Transformation der Lehre an Hochschulen zu mehr Flexibilität im  
481 Studierendenalltag beitragen und Eltern sollen ihre Lehr- und Forschungszeiten  
482 grundsätzlich selbstbestimmter festlegen können. Kinderbetreuungsplätze an  
483 Hochschulen sind auszubauen und die Rahmenbedingungen für Doppelkarrieren von  
484 Eltern an oder im Umfeld von Hochschulen müssen verbessert werden.
  - 485 • Universitäre und außeruniversitäre Forschung: Wir stehen für eine engere  
486 Verbindung zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung ein. Wir  
487 begrüßen eine Stärkung der Stellung der Hochschulen in der Programmförderung  
488 beim Bundesministerium für Bildung und Forschung. Außeruniversitäre  
489 Forschungseinrichtungen wie die Helmholtz-Gemeinschaft, die Leibniz-  
490 Gesellschaft, die Max-Planck-Gesellschaft und die Fraunhofer-Gesellschaft sind  
491 unverzichtbare Säulen des Forschungsbetriebes. Wir wollen es  
492 Forschungseinrichtungen einfacher machen, Patente zu verwerten, mit Unternehmen  
493 zu kooperieren oder eigene Unternehmen zu gründen. Durch die Förderung von  
494 Ausgründungen, günstigen Gewerbeflächen und der Ansiedlung von  
495 Großforschungseinrichtungen des Bundes wollen wir Niedersachsen auf die nächste  
496 forschungspolitische Stufe heben.
  - 497 • Forschung und Wirtschaft: Wir wollen Wirtschaft und Forschung besser vernetzen.  
498 Öffentliche Ausgaben für Forschung und Innovation verfügen kurz- und langfristig  
499 sowie konjunkturunabhängig über eine hohe Rendite für eingesetztes Steuergeld.  
500 Privates Kapital und Expertise können diesen Effekt noch stärker hebeln. Die  
501 Attraktivität von Investitionen in Forschung und Entwicklung muss daher  
502 gesteigert werden. Die Verfahren zur Beantragung der Forschungszulage sollen in  
503 den Finanzämtern priorisiert abgewickelt werden. In diesem Zusammenhang wollen  
504 wir auch Forschungsprämien für kleine und mittlere Unternehmen prüfen. Wir  
505 wollen überdies, dass die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Niedersachsen  
506 weiterhin wissenschaftlich begleitet wird und mehr Mittel für den ökonomischen  
507 Forschungsbereich bereitstellen.
  - 508 • Open Science: Wir wollen eine liberale Open-Science-Agenda etablieren, die die

509 Förderung von Open Data, Open Access und Reproduzierbarkeit in der Wissenschaft  
510 zum Gegenstand hat. Dazu werden wir die Hochschulen bei der Entwicklung und  
511 Umsetzung ihrer Open-Science-Strategien unterstützen und die Entstehung eines  
512 landesweiten Forschungsdatenrepositoriums als Kooperationsprojekt der  
513 niedersächsischen Hochschulen fördern. In den Förderausschreibungen des Landes  
514 sollen der offene Umgang mit Forschungsdaten, -methoden und -ergebnissen als  
515 wichtige Kriterien zählen.

516 • Forschungsschwerpunkte: Durch die intelligente Förderung von einzelnen  
517 Forschungsprojekten wollen wir strategisch wichtige Forschungsschwerpunkte  
518 Wesentliche Zukunftsthemen, wie etwa die Life Sciences oder die Quanten- und  
519 Wasserstofftechnologie, wollen wir forschungspolitisch aufwerten und mehr  
520 Lehrstühle in den Bereichen künstliche Intelligenz und Robotik ermöglichen. Das  
521 Quantum Valley Lower Saxony sehen wir als fächerübergreifendes Vorbild für  
522 weltweite Spitzenforschung aus Niedersachsen.

### 523 3. Digitale Gesellschaft

524 Wir verstehen die Digitalisierung als eine der größten Chancen und Herausforderungen  
525 unserer Zeit. Sie schafft zudem die Möglichkeit, die Bürgerinnen und Bürger zu einem  
526 selbstbestimmten Leben zu befähigen. Und sie bildet die Grundlage für weitreichende  
527 wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationen. Eine neue Digitalpolitik  
528 beschränkt sich daher nicht nur auf Fragen der Infrastrukturen und Technologien als  
529 Standortfaktor, sondern hat einen besonderen Schwerpunkt auch bei Bildung und  
530 Teilhabe. Digitalisierung wirkt daher in viele andere Themen hinein. Funklöcher und  
531 fehlende Anbindung verhindern wirtschaftliche Entwicklungen, etwa weil die  
532 Zusammenarbeit und Arbeitsteilung mit Geschäftspartnern nicht funktioniert oder weil  
533 Aufträge verloren gehen. Eine flächendeckende Versorgung mit einem  
534 hochleistungsfähigen Netz über Glasfaser und Mobilfunk ist daher unerlässlich.

535 **Kernprojekt – Funklochfreies Niedersachsen:** Niedersachsen ist weiterhin von  
536 Funklöchern übersät. Statt wie versprochen bis Ende 2021 eine flächendeckende 4G-  
537 Mobilfunk-Versorgung sicherzustellen, hinterlässt die aktuelle Regierung ein nicht  
538 abgearbeitetes Funklochkataster. In einem echten Mobilfunkpakt müssen, gemeinsam mit  
539 den Anbietern und den Kommunen, die notwendigen Glasfaser-Ausbaukorridore für die  
540 weißen Flecken ermittelt werden. Diese werden dann durch Förderprogramme gezielt  
541 geschlossen und die Mobilfunkinfrastruktur errichtet – nutzbar für alle Anbieter,  
542 entweder durch Förderung oder als Eigenausbau. Bei der Genehmigung neuer Standorte  
543 wollen wir durch pauschalierte Standards und Maßnahmen zur Planungsbeschleunigung  
544 zügiger agieren. Darüber hinaus werden wir mit den Anbietern über regionale Roaming-  
545 Konzepte verhandeln.

546 **Kernprojekt – 2025 überall schnelles Internet durch Glasfaser:** Niedersachsen braucht  
547 bis 2025 überall schnelles Internet durch Glasfaser. Lediglich ein Drittel aller  
548 Gewerbegebiete verfügt über eine Glasfaseranbindung. Lediglich 40 % der Schulen sind  
549 an Glasfaser angeschlossen oder aber lediglich in der Anschlussplanung. Und 87 %  
550 aller Privatgebäude haben keinen Glasfaseranschluss. und die Landesregierung hat hier

551 das Ziel 2025 bereits aufgegeben. Wir werden auf einem Glasfaser-Gipfel mit den  
552 Kommunen und den Anbietern eine Priorisierung der sofortigen Anschlussnotwendigkeiten  
553 abstimmen. Der eigenwirtschaftliche Ausbau hat Vorrang. Allerdings werden wir nicht  
554 die Augen davor verschließen, dass der eigenwirtschaftliche Ausbau vielerorts noch  
555 kein ausreichendes Glasfasernetz ermöglicht hat. Wir wollen Anreize abbauen, durch  
556 die Anbieter um den Ausbau von Netzinfrastruktur konkurrieren. Es ist nicht  
557 zufriedenstellend, dass mancherorts eine mehrfache Glasinfrastruktur geschaffen  
558 wurde, während an anderen Orten Niedersachsens gar kein Glasfasernetz vorhanden ist.  
559 Der Wettbewerb soll auf dem Netz und nicht um die Netzinfrastruktur stattfinden. Wer  
560 das Glasfasernetz ausbaut, muss dafür wirtschaftliche Anreize haben, aber darf eben  
561 auch keine unzumutbaren Barrieren für andere Anbieter schaffen, das Netz zu nutzen.  
562 Sollte für diese Missstände beim Glasfaser-Gipfel keine gemeinsamen Lösungen mit den  
563 Anbietern gefunden werden, müssen stärkere Eingriffe der öffentlichen Hand in den  
564 Netzausbau möglich sein. Beispielsweise dürfen notwendige Markterkundungsverfahren  
565 nicht für hohen Aufwand und lange Verzögerungen sorgen, um mit öffentlichen Mitteln  
566 einen Netzausbau dort voranzutreiben, wo dies im eigenwirtschaftlichen Ausbau über  
567 Jahre nicht gelungen ist. Insbesondere dort, wo der Nachholbedarf am größten ist,  
568 allen voran weiße Flecken, Schulen und Gewerbegebiete, investieren wir. Unter Wahrung  
569 des Investitionsschutzes werden wir Open Access zu fairen Bedingungen ermöglichen.  
570 Wir sorgen für Tempo beim Infrastrukturausbau durch schlanke digitale Antrags- und  
571 Genehmigungsverfahren, Normierung alternativer Verlegetechniken und Aufbau eines  
572 landesweiten Gigabit-Grundbuchs, das idealerweise zusammen mit der Initiative des  
573 Bundes hierzu aufgebaut wird.

574 **Dafür setzen wir uns ein:**

- 575 • **WLAN-Offensive:** WLAN-Angebote ergänzen nicht nur das mobile Internet und können  
576 hohe Bandbreiten abbilden. Sie stellen auch ein attraktives Angebot dar und  
577 machen Innenstädte und manchmal sogar auch Behördengänge interessanter. Daher  
578 wollen wir alle 277 Gebäude des Landes mit öffentlichen WLAN innen und außen  
579 ausstatten. Wir werden hierfür auch ein NDS-WLAN zur kostenlosen Nutzung  
580 anbieten und Kommunen für Ihre Innenstädte oder besondere touristische Orte  
581 attraktive Förderprogramme anbieten.
- 582 • **Klare Struktur durch ein Digitalministerium:** Die Vergangenheit hat gezeigt, dass  
583 geteilte Zuständigkeit und Verantwortung zu Stillstand führt. Daher muss es in  
584 der Landesregierung ein Digitalministerium geben, der sowohl für den Teil der  
585 Infrastruktur, die Regulierung, die Datensicherheit, die digitale Verwaltung und  
586 auch die technische Ausstattung der Verwaltung zuständig ist. Durch die  
587 bisherige Aufteilung der Aufgaben gibt es unnötige Kompetenzfragen und ein  
588 Abschieben von Verantwortung.
- 589 • **Künstliche Intelligenz:** Der Einsatz künstlicher Intelligenz ist eine Triebfeder  
590 für die Veränderungen unserer Arbeitswelt. Wir sind deswegen überzeugt: Wer  
591 international den Anschluss in dieser wichtigen Schlüsseltechnologie verliert,  
592 verliert damit auch wesentliche Gestaltungsmöglichkeiten unserer Arbeitswelt.  
593 Politik ist deswegen gefragt, dem Themenbereich der Künstlichen Intelligenz  
594 einen zentralen Stellenwert in der nationalen wie europäischen

- 595     Forschungsförderung und -strategie einzuräumen. Gleichermaßen ist Politik  
596     gefragt, einen gesellschaftlichen wie juristischen Konsens über den Einsatz  
597     künstlicher Intelligenz herbeizuführen. Fragen von Haftung und Ethik müssen  
598     nicht nur gestellt, sondern auch beantwortet werden, um nicht zum dauerhaften  
599     Bremsklotz von Entwicklung zu werden. Die aktuelle KI-Initiative der  
600     Bundesregierung wird diesem Anspruch nicht im Ansatz gerecht und muss dringend  
601     erneuert werden.
- 602     • Niedersächsische Coding-Initiative: Wir wollen sicherstellen, dass Schülerinnen  
603     und Schüler bereits während ihrer Schulzeit Erfahrungen mit dem Programmieren  
604     sammeln können. Vorurteile und Stereotypen gegenüber dem Programmieren müssen  
605     abgebaut und junge Menschen für das Programmieren begeistert werden. Darüber  
606     hinaus wollen wir mit der Förderung von Coding Bootcamps und Mentorenprogrammen,  
607     die gezielt auf den Bedarf auf dem IT-Arbeitsmarkt ausgerichtet ist, ein  
608     niedrigschwelliges Angebot für den Quereinstieg in die IT schaffen.
- 609     • Cybersicherheit stärken: Mit Blick auf die zunehmende Gefährdung von öffentlichen  
610     Einrichtungen und der Infrastruktur in Land und Kommunen durch Cyberattacken,  
611     insbesondere durch so genannte Ransomware, muss die IT-Sicherheit der  
612     öffentlichen Verwaltungen des Landes und der Kommunen gestärkt werden. Die vom  
613     Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) empfohlenen IT-  
614     Sicherheitsstandards sollen durch das Land, aber auch durch die Kommunen  
615     umgesetzt und regelmäßig durch Sicherheitsaudits überprüft werden. Für durch  
616     Cyberattacken hervorgerufene Notlagen in den öffentlichen Verwaltungen sollen  
617     praktische Handlungsanleitungen und Notfallpläne für Cyberattacken vorgehalten  
618     werden. Dafür sind die Kapazitäten des Niedersachsen-CERT auszubauen und auch  
619     präventive Beratungsangebote für die Kommunen vorzusehen.

#### 620 **4. Finanzen und Steuern**

621 Solide Finanzen sind die Basis für eine erfolgreiche und generationengerechte  
622 Politik. Wir Freie Demokraten stehen für ein einfaches und gerechtes Steuersystem,  
623 den verantwortungsvollen Umgang mit Steuereinnahmen und die Einhaltung der  
624 Schuldenbremse. Ziel liberaler Finanz- und Haushaltspolitik ist es, bei  
625 geringstmöglichen staatlichen Konsumausgaben mehr in die Zukunft zu investieren. Eine  
626 konsequente Aufgabenkritik, aber auch eine transparente volkswirtschaftliche  
627 Bilanzierung unter Einbeziehung auch aller langfristige Verpflichtungen und der  
628 Gegenüberstellung des Landesvermögens schafft dafür eine ehrliche haushalterische  
629 Basis.

630 Damit die niedersächsischen staatlichen Institutionen weiterhin ihre Kernaufgaben in  
631 den Bereichen Bildung, Justiz, Innere Sicherheit und Infrastruktur wahrnehmen können,  
632 braucht es eine Dekade der Investitionen. Dafür streben wir auf Landesebene auch neue  
633 Wege an. Dort, wo es sinnvoll und verfassungsgemäß ist, wollen wir öffentliche-  
634 rechtliche Partnerschaften initiieren und die gezielte Finanzierung über den  
635 Kapitalmarkt ermöglichen.

636 Für die Wirtschaft gilt weiterhin: Private vor Staat! Unternehmen müssen sich

637 langfristig am Markt ohne staatliche Förderung bewähren können. Oftmals ist ein  
638 Unternehmen ohne staatliche Beteiligung oder Einflussnahme auch erfolgreicher. An  
639 diesem Maßstab orientiert sich nicht nur die liberale Wirtschaftspolitik, sondern  
640 auch die Notwendigkeit für Staatsbeteiligungen.

641 Wir wollen zukünftige Überschüsse, Mehreinnahmen oder sonstige entstehende  
642 Haushaltsspielräume vorrangig für Investitionen in die Infrastruktur nutzen. Wir  
643 werden die haushaltspolitischen Prioritäten Schritt für Schritt auf Ausgaben legen,  
644 die der Modernisierung des Landes dienen. Dazu gehören, neben Investitionen in  
645 Infrastruktur, auch Ausgaben für Bildung, Forschung, Innovationen und  
646 Digitalisierung.

647 **Kernprojekt – Drei-Säulen-Modell für eine neue Investitionsdekade:** Niedersachsen  
648 steht vor einem riesigen Investitionsstau, für den die aktuelle Landesregierung  
649 keinen Plan und keine Lösung hat. Hochschulen, Universitätsmedizin, Krankenhäuser,  
650 Polizeigebäude oder Gerichte – quasi bei allen Landesliegenschaften besteht  
651 dringender Handlungsbedarf, der nicht länger aufgeschoben werden kann. Wir gehen von  
652 einem Investitionsbedarf in Höhe von etwa 10 Milliarden Euro in den nächsten 10  
653 Jahren aus.

654 Als erste Säule einer neuen Investitionsdekade wollen wir für die Modernisierung des  
655 Landes gezielt staatliche Mittel bündeln und gleichzeitig auf privates Kapital  
656 setzen. Dafür wollen wir Modernisierungspartnerschaften im Rahmen von  
657 standardisierten Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP) auf den Weg bringen, die  
658 durch engmaschige parlamentarische und gesellschaftliche Kontrolle nicht nur  
659 finanzielle, sondern vor allem auch qualitative und zeitliche Vorteile sowie  
660 Effizienzgewinne bei Herstellung und Betrieb erzielen können. Wir wollen dafür ein  
661 Kompetenzzentrum ÖPP aufbauen, das alle relevanten Risiken und Chancen evaluiert und  
662 geeignete Projekte im Sinne des Landes und der Bürgerinnen und Bürger begleitet und  
663 gestaltet.

664 Als zweite Säule wollen wir die NBank von einer klassischen Förderbank zu einer  
665 Investitionsagentur weiterentwickeln. Durch die Vergabe von Darlehen am Kapitalmarkt  
666 mit Förderleistungen des Landes, die in Form von Zinsvergünstigungen,  
667 Tilgungsnachlässen oder Garantien fließen können, besteht die Möglichkeit, neue  
668 Handlungsfelder zu erschließen. Diese können in den Bereichen  
669 Krankenhausinvestitionen, Wohnraumförderung, nachhaltige Mobilität und  
670 Digitalisierung liegen und Potenziale für noch mehr Investitionen schaffen.

671 Die dritte Säule besteht in der Schaffung eines Sondervermögens zur Modernisierung  
672 der Landesliegenschaften. Wir wollen, dass das Land selbst aktiv und nachhaltig die  
673 Sanierung und Modernisierung des Landes angeht – mit einem langfristigen Plan und  
674 struktureller Finanzierung. Nicht für alle Vorhaben sind indes ÖPP geeignet. Deswegen  
675 sind staatliche Eigenfinanzierungen unabdingbar. Hierfür halten wir es für  
676 angemessen, ein Sondervermögen mit dem Zweck der Modernisierung der  
677 Landesliegenschaften mit jährlich 100 Millionen Euro auszustatten.

678 **Kernprojekt – Abschaffung der Straßenausbaubeiträge:** Mit der Erhebung von  
679 Straßenausbaubeiträgen wälzt der Staat eine öffentliche Aufgabe auf die Bürgerinnen



680 und Bürger ab. Mit hohen Geldforderungen verbrauchen Kommunen die Altersvorsorge  
681 vieler Menschen und treibe diese in den finanziellen Ruin. Wir fordern die  
682 Abschaffung der gesetzlichen Möglichkeit, dass Kommunen eine  
683 Straßenausbaubeitragsatzung verabschieden können und fordern eine Kompensation der  
684 finanziellen Ausfälle durch das Land.

685 **Kernprojekt – Freibetrag bei der Grunderwerbssteuer:** Eigentum ist eine tragende Säule  
686 der Sozialen Marktwirtschaft. Besonders junge Familien und Bürgerinnen und Bürger mit  
687 kleinem und mittlerem Einkommen haben es aber immer schwerer, Wohneigentum zu  
688 erwerben. Wir wollen die Schaffung von Wohneigentum unterstützen. Wir wollen Anreize  
689 für mehr Eigentümer schaffen und auf der Basis einer neuen bundesrechtlichen Regelung  
690 einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer einführen. Jede und jeder soll für eine  
691 privat genutzte Immobilie einen Freibetrag von 500.000 Euro erhalten.

692 **Dafür setzen wir uns ein:**

- 693 • **Faire Steuern:** Auch ein schlanker Staat braucht Steuereinnahmen. Das deutsche  
694 Steuersystem muss dafür gerechter und unkomplizierter werden. Die Bürgerinnen  
695 und Bürger müssen sich sicher sein können, dass sie im angemessenen Verhältnis  
696 zu ihrer Leistungsfähigkeit besteuert und eigene Leistungen gefördert werden.  
697 Maßgabe für das Gesamtsteueraufkommen muss ein „So viel wie nötig, so wenig wie  
698 möglich“ sein. Ziel muss aber auch sein, klare Verantwortlichkeiten auf der  
699 Einnahmen- und Ausgabenseite zu schaffen. Nur so kann es langfristig zu einer  
700 soliden Haushaltspolitik des Bundes und der Länder kommen.
- 701 • **Steuerbremse:** Wenn der Staat den Bürgerinnen und Bürgern mehr als die Hälfte der  
702 Erträge wegnimmt, ist dies leistungsfeindlich. Deswegen soll Niedersachsen sich  
703 für die Verankerung einer Steuerbremse im Grundgesetz einsetzen. Der Staat soll  
704 über direkte Steuern und Sozialabgaben nicht mehr als die Hälfte der Erträge  
705 einer Bürgerin oder eines Bürgers vereinnahmen können.
- 706 • **Abschaffung der Gewerbesteuer:** Wir wollen durch die aufkommensneutrale  
707 Abschaffung der Gewerbesteuer und die Schaffung von eigenen Hebesätzen bei der  
708 Einkommensteuer und Körperschaftsteuer das finanzielle Fundament der Kommunen  
709 verlässlicher gestalten. Die Belastung für die Unternehmen und die Bürgerinnen  
710 und Bürger soll dadurch nicht steigen. Außerdem ist eine Abschaffung der  
711 Gewerbesteuer auch ein Beitrag zur Steuervereinfachung. Anreize zu  
712 Steuererhöhung im Finanzausgleich bei der Grundsteuer und der Gewerbesteuer  
713 wollen wir beseitigen und eine Steuerbremse im kommunalen Finanzausgleich  
714 schaffen.
- 715 • **Für eine verlässliche Schuldenbremse:** Die Schuldenbremse muss auch in der  
716 Zukunft Bestand haben. Nur mit weniger Schulden, weniger Konsumausgaben und mehr  
717 Zukunftsinvestitionen können wir Vorsorge für die Zukunft treffen und die  
718 wichtigen Aufgaben finanzieren. Priorität hat für uns, dass der Staat mit den  
719 Einnahmen ohne Neuverschuldung die Ausgaben bestreiten kann. Überplanmäßige  
720 Steuererhöhungen und Überschüsse wollen wir deshalb insbesondere in  
721 dauerhafte Investitionen fließen lassen. Mit einer dauerhaften Einhaltung der  
722 Schuldenbremse tragen wir Vorsorge für die Risiken höherer Zinsen.

- 723 • **Schlanke Landesregierung:** Die Arbeit der Landesregierung soll auf Effizienz und  
724 Synergieeffekte hin überprüft werden. Effekte können etwa durch die Bündelung  
725 bei der Bauverwaltung in den Ministerien erreicht werden. Wir wollen eine  
726 Verwaltungsmodernisierung durchführen, die die Ministerialverwaltung verschlankt  
727 und effizienter macht. Insbesondere wollen wir das Europaministerium abschaffen  
728 und die Aufgabe der Europa- und Regionalpolitik wieder in der Staatskanzlei  
729 ansiedeln.
- 730 • **Transparente Vermögenserfassung:** Wir wollen das Vermögen des Landes erfassen und  
731 diese Vermögenserfassung zur Grundlage für eine Priorisierung zukünftiger  
732 Investitionen machen. Das ist ein erster pragmatischer Schritt zur Doppik als  
733 kaufmännische Buchführung. Es soll so insbesondere Transparenz über den  
734 Vermögensverzehr geschaffen werden.
- 735 • **Beamtenpensionen:** Wir bekennen uns zu den hergebrachten Grundsätzen des  
736 Berufsbeamtentums. Aus dem Alimentationsprinzip folgt die Verantwortung des  
737 Landes für die Beamtenpensionen. Um die wachsenden Pensionsverpflichtungen in  
738 Zukunft bedienen zu können, muss das Land die Beamtenpensionen über den  
739 Kapitalmarkt absichern können. Dazu werden wir für das Land eine  
740 Versorgungskasse nach dem Vorbild der Niedersächsischen Versorgungskasse für den  
741 kommunalen Bereich einführen. Die Verpflichtungen des Landes mit Blick auf die  
742 Beamtenpensionen müssen im Landeshaushalt abgebildet werden.
- 743 • **Privat vor Staat – Der Staat als Schiedsrichter:** Wir sind davon überzeugt, dass  
744 sich Unternehmen grundsätzlich langfristig ohne Staatsbeteiligung und ohne  
745 staatliche Unterstützung am Markt bewähren müssen. Regionale  
746 Wirtschaftsförderung ist zwar eine Möglichkeit, den Standort Niedersachsen zu  
747 stärken, sie belastet aber auch die marktwirtschaftliche Ordnung. Subventionen  
748 bedürfen daher einer ständigen Rechtfertigung und einer regelmäßigen  
749 Überprüfung.
- 750 • **Reduzierung der Landesbeteiligungen:** Wir wollen die Anzahl der Beteiligungen des  
751 Landes prüfen und weiter reduzieren. Das heißt insbesondere auch, dass  
752 Beteiligungen von landeseigenen Unternehmen oder von Unternehmen, an denen das  
753 Land beteiligt ist, nicht weiter ausgebaut werden und das Risiko für den  
754 Steuerzahler reduziert werden soll.
- 755 • **Banken und Sparkassen:** Wir wollen eine angemessene Regulierung von Banken und  
756 Sparkassen. Wir wollen aber kleinere Kreditinstitute, insbesondere die  
757 Sparkassen und Volksbanken, vor überzogener Regulierung schützen. Sie sind die  
758 Säulen des Mittelstands- und Handwerks und Mittelstandsfinanzierung.  
759 Niedersachsen soll deshalb Aktivitäten im Rahmen der sogenannten „simple-and-  
760 small-Banking-Box“ unterstützen und regulatorische Erleichterungen für  
761 mittelständische und weniger komplexe Institute auf den Weg bringen.
- 762 • **Altersversorgung von Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten:** Wir wollen die  
763 Versorgungsbezüge von ausgeschiedenen Wahlbeamten analog zur Versorgung der  
764 Abgeordneten neu regeln. Sofortzahlungen nach dem Ausscheiden aus dem Amt sind  
765 nicht mehr zeitgemäß.

## 766 5. Moderner Staat

767 Staat und Politik können von den Menschen nicht eine Bewältigung aktueller  
768 Herausforderungen verlangen, wenn sie sich selbst nicht modernisieren. Deswegen  
769 wollen wir Freie Demokraten einen modernen Staat, in dem Dienstleistungen für  
770 Bürgerinnen und Bürger zügig erledigt werden. In Niedersachsen müssen innovative  
771 Geschäftsideen, Bauvorhaben und Investitionen schneller umgesetzt werden können. Die  
772 Bürgerinnen und Bürger brauchen zudem mehr Gelegenheiten für echte Partizipation.  
773 Unsere Demokratie und unsere staatlichen Strukturen müssen an die Lebensrealität der  
774 Menschen angepasst werden.

775 **Kernprojekt – papierlose Landesverwaltung:** Wir wollen die vollständig digitale  
776 Landesverwaltung innerhalb der kommenden fünf Jahre erreichen. Alle  
777 Verwaltungsvorgänge und Prozesse der Landesverwaltung müssen bis zum Jahr 2027  
778 vollständig digitalisiert sein. In der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern  
779 wollen wir erreichen, dass Prozesse ganzheitlich digitalisiert werden, so dass  
780 Medienbrüche vermieden werden. Soweit dabei Hürden durch Formvorschriften bestehen,  
781 wollen wir diese prüfen. Bürgerinnen und Bürger sollen das Recht auf digitale  
782 Kommunikation erhalten. Darüber hinaus soll das Self-Service-Angebot für sie  
783 erweitert werden. Zudem soll ein Antragstracking eingerichtet werden, durch welches  
784 die Antragstellerinnen und -steller jederzeit den Bearbeitungsstand einsehen können.  
785 Bestehende Systeme elektronischer Aktenführung müssen zu einem einheitlichen System  
786 der digitalen Landesverwaltung zusammengeführt werden. Das Land Niedersachsen soll  
787 einen Helpdesk für Behörden aufbauen, der Behörden bei der Umsetzung von  
788 Digitalisierungsprozessen unterstützt, auch um die Akzeptanz innerhalb der Behörden  
789 selbst zu stärken. Die Landesbehörden müssen so ausgestattet werden, dass Homeoffice  
790 und mobiles Arbeiten für die Beschäftigten problemlos und sicher möglich sind.

791 **Kernprojekt – Wahlrecht ab 16:** Menschen unter 18 Jahren haben keine parlamentarische  
792 Vertretung, ihr Einfluss auf politische Entscheidungen ist dementsprechend gering.  
793 Wir wollen junge Menschen Teilhabe in der parlamentarischen Demokratie befähigen und  
794 begeistern. Wir stehen deshalb für eine Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre  
795 für die Wahlen zum Niedersächsischen Landtag, zum Deutschen Bundestag und zum  
796 Europäischen Parlament. Das Wahlrecht ist der Schlüssel zur politischen  
797 Partizipation. Es ist das vornehmste Recht in einer Demokratie. Junge Menschen nehmen  
798 bereits in vielen Lebensbereichen Verantwortung wahr. Sie sind diejenigen, die am  
799 längsten von politischen Entscheidungen beeinflusst werden. Schon das kommunale  
800 Wahlrecht ab 16 zeigt, wie sich mehr politische Partizipationsmöglichkeiten mit  
801 politischer Bildung in der Schule kombinieren lassen. Das Wahlrecht ab 16 ist gelebte  
802 Generationengerechtigkeit. Daher setzen wir uns auch für das passive Wahlrecht ab 16  
803 bei Kommunalwahlen ein. Wir begrüßen es, wenn junge Menschen sich aktiv vor Ort  
804 einbringen und an ihrem Heimatort einen Unterschied machen wollen. Die Entscheidung  
805 über Reife und Eignung sollte bei den Wählerinnen und Wählern sowie der aufstellenden  
806 Parteien liegen. Dadurch versprechen wir uns - insbesondere in ländlichen Regionen -  
807 junge Menschen mehr an die Heimat zu binden, denn wer mitgestaltet, bleibt vor Ort  
808 oder kommt wieder. Zeitgleich setzen wir uns für die Etablierung eines  
809 Jugendparlaments auf Landesebene ein. Hierbei soll sichergestellt werden, dass die

810 Arbeit des Jugendparlaments Eingang in den Landtag haben kann.

811 **Dafür setzen wir uns ein:**

- 812 • **Pakt für Planungsbeschleunigung:** Wir streben einen niedersächsischen Pakt für  
813 Planungsbeschleunigung an. Wir wollen die Antragstellung für neue Vorhaben  
814 vereinfachen und digitalisieren. Dabei ist die Durchgängigkeit zu den  
815 Fachapplikationen sicherzustellen. Mithilfe digitaler  
816 Informationsveranstaltungen können Reise- und Planungszeiten eingespart werden.  
817 Die digitale Einreichung von Unterlagen kann neben vielen Papierbergen auch Zeit  
818 einsparen, da bereits in Teilabschnitten parallel weitergearbeitet werden kann.  
819 Zur weiteren Beschleunigung des Verfahrens bei der digitalen Einreichung von  
820 Unterlagen setzen wir auf Sharepoints und digitale Unterschriften. Das Land muss  
821 seine technischen und personellen Kapazitäten erhöhen, um schnelle Verfahren zu  
822 erreichen. Wir wollen die Digitalisierung der Justiz vorantreiben und einen  
823 zusätzlichen Senat für Raumordnungs- und Planungsrecht beim Niedersächsischen  
824 Oberverwaltungsgericht schaffen. Wir wollen die Möglichkeiten für Kommunen  
825 ausbauen, sich Planungskapazitäten zu teilen. Um die Bauplanung zu  
826 beschleunigen, muss die Nutzung des Instruments der Genehmigungsfiktion  
827 ausgebaut werden. Außerdem brauchen die Landkreise und Kommunen mehr Freiräume  
828 und Experimentierklauseln, um auf die Gegebenheiten vor Ort einzugehen.  
829 Planungsrelevante Daten, Kartenwerke, Flächennutzungs- und Bebauungs-Pläne sowie  
830 Raumordnungsprogramme sollten in digitaler Form zur Verfügung gestellt werden.  
831 Wir wollen die Verfahrensdauer durch eine frühere und effizientere  
832 Bürgerbeteiligung und durch mehr Maßnahmengesetze, d.h. Planung durch Gesetz,  
833 verkürzen.
- 834 • **Antragslose Verwaltung:** Wir wollen die Einführung von Verwaltungsverfahren  
835 erproben, mit denen Bürgerinnen und Bürger keine Anträge mehr stellen müssen, um  
836 eine ihnen zustehende Leistung zu erhalten. Vielmehr werden die Menschen durch  
837 eine digitale Umsetzung der Gesetze und Verordnungen auf ihren Anspruch  
838 hingewiesen und die Erbringung wird automatisch abgewickelt.
- 839 • **Datensouveränität und digitale Verwaltung:** Nicht nur bei der Datenverarbeitung,  
840 sondern auch beim Schutz personenbezogener Daten muss der Staat neue Wege gehen.  
841 Künftig soll jede Bürgerin und jeder Bürger über ein digitales Bürgerkonto  
842 verfügen. Darüber muss jederzeit einsehbar sein, welche personenbezogenen Daten  
843 der Staat gespeichert hat. Über jeden Zugriff auf diese Daten muss eine  
844 Information erfolgen, die zumindest mit einer kurzen Begründung versehen werden  
845 muss. Auf Nachfrage hat innerhalb einer angemessenen Frist eine ausführliche  
846 Begründung zu erfolgen.
- 847 • **Open Government:** Unsere Demokratie lebt von Beteiligung und Transparenz. Darum  
848 wollen wir die Prinzipien des Open Government im Regierungs- und  
849 Verwaltungshandeln des Landes Niedersachsen stärken. Im Rahmen einer Open-Data-  
850 Offensive wollen wir ein niedersächsisches Open-Data- und  
851 Informationsfreiheitsgesetz ausarbeiten sowie eine niedersächsische Plattform  
852 für offene Daten errichten. Außerdem wollen wir die Kommunen dabei unterstützen,

- 853 das Bürgerengagement vor Ort zu fördern, indem zum Beispiel digitale  
854 Beteiligungsformen entwickelt werden.
- 855 • **Aufstiegsfreundliche Verwaltung:** Eine moderne Verwaltung muss bürgerfreundlich  
856 und effizient, unparteiisch und professionell sein. Die Bedeutung der Anzahl der  
857 Dienstjahre für die Bezahlung von Beschäftigten der Verwaltung ist zugunsten  
858 leistungsbezogener Elemente abzusenken. Durch eine ausdifferenzierte  
859 Vergütungsstruktur sind mehr Aufstiegschancen zu schaffen. Auch projektbezogene  
860 Mehr- und Sonderarbeit und Zuschläge für besondere Aufgaben sind verstärkt zu  
861 nutzen. Personen mit besonderer Expertise, zum Beispiel in der IT, sollen durch  
862 eine flexiblere Vergütung und attraktive, spezialisierte Laufbahnen verstärkt  
863 für den öffentlichen Dienst gewonnen werden. Die Arbeitszeiten im öffentlichen  
864 Dienst müssen mehr Flexibilität zulassen und Auszeiten zur Weiterbildung  
865 verstärkt ermöglicht werden. Für ehrenamtliche Tätigkeiten, beispielsweise in  
866 Jugendorganisationen, im Katastrophenschutz und Sportvereinen, soll Sonderurlaub  
867 grundsätzlich gewährt werden.
  - 868 • **Englisch als zweite Verwaltungssprache:** Wir wollen es den Kommunen ermöglichen,  
869 bei Bedarf und in Abhängigkeit von der Bereitschaft und einer möglichen  
870 Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, einzelne Beratungsleistungen  
871 der Verwaltung in englischer Sprache anzubieten. Durch entsprechende  
872 Modellprojekte erleichtern wir international agierenden Unternehmen die  
873 Tätigkeit in Niedersachsen, gewinnen neue Fachkräfte im internationalen  
874 Wettbewerb und vereinfachen die Gründung neuer Unternehmen.
  - 875 • **Demokratische Wahlentscheidungen in der kommunalen Ausschussarbeit abbilden:** Die  
876 Zusammensetzung kommunaler Ausschüsse muss das Wahlergebnis widerspiegeln. Bei  
877 der Verteilung der Ausschusssitze in kommunalen Vertretungen fordern wir daher  
878 eine sofortige Rückkehr zum Auszählverfahren nach Hare-Niemeyer. Anderenfalls  
879 werden kleinere und mittlere Fraktionen bei der Meinungsbildung in den  
880 Ausschüssen übergangen.
  - 881 • **Kommunalwahlrecht:** Wir wollen das niedersächsische Kommunalwahlrecht an die  
882 Realität anpassen. Bei der Wahl von Kommunalwahllisten durch Delegierte sowie  
883 bei der Zuständigkeit von gemeindeübergreifenden Parteigliederungen müssen die  
884 gesetzlichen Regelungen aktualisiert werden.
  - 885 • **Keine Altersbeschränkungen für Hauptverwaltungsbeamte:** Wir setzen uns für die  
886 Abschaffung der besonderen Altersbeschränkungen bei Direktwahlen ein. So möchten  
887 wir das Mindestalter für das passive Wahlrecht von Hauptverwaltungsbeamten von  
888 23 auf 18 Jahre senken und gleichzeitig das Höchstalter streichen.
  - 889 • **Familienfreundliche Kommunal- und Landespolitik:** Wir wollen eine  
890 familienfreundliche politische Kultur in Niedersachsen, die etwa die Mitnahme  
891 von Kleinkindern in Sitzungen ermöglicht. Weiterhin soll die pandemiebedingt  
892 errichtete Möglichkeit von hybriden Ausschusssitzungen aufrechterhalten werden.  
893 Am Vorbild des Landtages sollen für kommunale Sitzungen möglichst feste Anfangs-  
894 und Endzeiten festgelegt werden, um eine Planbarkeit der Betreuung zu  
895 gewährleisten. Wir wollen die Möglichkeiten für Bildungsurlaub verbessern.

## 896 **II. Wir modernisieren unser Land**

897 Um staatliche Aufgaben und Ausgaben finanzieren zu können, müssen Bürgerinnen und  
898 Bürger sowie Unternehmen über die nötigen Freiräume verfügen, um in Niedersachsen  
899 wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Wir Freie Demokraten respektieren die  
900 Leistungsbereitschaft und die Kreativität der Menschen in unserem Land. Wir wollen  
901 sie bei Verwirklichung ihrer Ideen, bei innovativen Problemlösungen und bei der  
902 Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützen. Dazu gehören neben einer modernen  
903 Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik auch eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur  
904 und eine Einwanderungspolitik, mit der sich die klügsten Köpfe für Niedersachsen  
905 entscheiden.

906 Niedersachsen ist ein vielfältiges Land, in dem unterschiedliche Menschen  
907 zusammenleben. Wir Freie Demokraten wollen die Unterschiedlichkeit der Lebensentwürfe  
908 der Menschen schützen und begreifen Vielfalt als Chance. Dabei achten wir auf die  
909 Bürgerrechte und schützen den Rechtsstaat. Die Freiheit des Einzelnen muss besser vor  
910 der Verletzung von Privatsphäre und Selbstbestimmung geschützt werden. Gleichzeitig  
911 müssen die Sicherheitsbehörden durch eine moderne Ausstattung die Sicherheit der  
912 Bürgerinnen und Bürger besser schützen können.

### 913 **1. Wirtschaft und Arbeit**

914 Die Soziale Marktwirtschaft ist das Fundament unserer liberalen Wirtschaftspolitik  
915 und spiegelt unser liberales Werteverständnis wider. Für den Erhalt von Wohlstand und  
916 sozialem Ausgleich sind nachhaltiges Wachstum, fairer Wettbewerb, freie Preisbildung  
917 und Markttransparenz die zentralen Voraussetzungen. Das Handwerk und der Mittelstand,  
918 die Freiberufler und die familiengeführten Unternehmen sind die Pfeiler unserer  
919 gelebten Sozialen Marktwirtschaft. Die Unternehmer übernehmen durch persönliche  
920 Haftung Verantwortung für sich, für ihren Betrieb, für ihre Familie und für ihre  
921 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren Familien. Politik muss die Bedingungen  
922 für den Mittelstand verbessern, damit die Arbeits- und Ausbildungsplätze nachhaltig  
923 gesichert werden. Wir wollen weniger staatliche Vorgaben und Kontrollen, weniger  
924 bürokratische Hürden und eine Entlastung für die Leistungsträger unserer  
925 Gesellschaft. Unsere Vision ist es, zu ermutigen statt zu erschweren.

926 **Kernprojekt – Bürokratiebremse:** Wir sagen der Bürokratie den Kampf an.  
927 Verfahrensdauern, Formulare, Doppelprüfungen, überlange Wartezeiten und unsinnige  
928 Vorschriften behindern Investitionen, Innovationen und Wachstum von Unternehmen in  
929 der Regel viel stärker als Finanzierungsfragen oder auch die Suche nach der richtigen  
930 technischen Lösung. Wie bereits ab 2003 in Niedersachsen gezeigt, werden wir ein  
931 Drittel der bürokratischen Vorschriften auf Landesebene abschaffen. Dafür werden wir  
932 die Clearingstelle der Landesregierung zu einem mit eigenen Kompetenzen  
933 ausgestatteten Bürokratie-Wächter weiterentwickeln. Ein selbstständiger Beirat aus  
934 der Praxis soll bürokratische Hemmnisse identifizieren und dem Landtag sowie der  
935 Landesregierung vorlegen. Dadurch können wir bei jeder neuen Vorschrift gleichzeitig  
936 zwei überflüssige Vorschriften abschaffen. Alle Gesetze und Verordnungen sollen in  
937 Zukunft auch von diesen Expertinnen und Experten aus der Praxis auf ihre echten

938 Bürokratiekosten für die Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger überprüft werden.  
939 Dabei ist auch der Zeitaufwand von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen  
940 zukünftig zu erfassen und als Bürgerkosten insgesamt auszuweisen und zu verringern.  
941 Selbstverständlich muss dabei auch sichergestellt werden, dass digitale Umsetzungen  
942 von neuen Verordnungen verpflichtend sind.

943 **Kernprojekt – Autoland Niedersachsen Zukunftsfest machen:** Niedersachsen ist von der  
944 wirtschaftlichen Situation der Automobilwirtschaft besonders abhängig. Über 60 % der  
945 industriellen Wertschöpfung und der Industriearbeitsplätze hängen direkt oder  
946 indirekt an dieser Branche und anders als in anderen Bundesländern sind sie sogar  
947 besonders stark von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor abhängig. Seit 2017 hat es in  
948 dieser Branche einen Produktionseinbruch um über 40 % auf das niedrigste Volumen seit  
949 45 Jahren gegeben. Der politisch erzwungene Transformationsprozess und die Folgen der  
950 Corona-Krise können von der Branche alleine nicht bewältigt werden. Wir wollen ein  
951 Investitionsförderprogramm für das Autoland Niedersachsen auflegen, mit dem die  
952 Doppelbelastung durch den Transformationsprozess der Branche und die Corona-Krise  
953 abgefedert wird. Für Unternehmen, die den Transformationsprozess angehen und sich neu  
954 aufstellen wollen, werden wir nach dem Vorbild von Baden-Württemberg  
955 Beratungsgutscheine ausgeben. Hierfür werden wir die Transformationsagentur  
956 Niedersachsen und das Innovationszentrum eng miteinander verzahnen. Gerade in der  
957 Zeit der Umstrukturierung dürfen mittelständische Zulieferer nicht durch die schiere  
958 Größe und Marktmacht der Hersteller an die Wand gedrückt werden. Hierfür werden wir  
959 eine Task-Force einberufen, um gemeinsam, partnerschaftlich auf Augenhöhe,  
960 konzertiert Lösungen für reibungslose Lieferbeziehungen zu erarbeiten.

961 **Dafür setzen wir uns ein:**

- 962 • **Exzellenzinitiative für die duale Berufsausbildung:** Die duale Ausbildung in  
963 Betrieb und Berufsschule ist ein deutsches Erfolgsmodell. Ein Meister ist so  
964 viel wert wie ein Master. Deshalb haben wir in der Vergangenheit bereits die  
965 Meisterprämie durchgesetzt, damit eine Meisterqualifizierung nicht an  
966 finanziellen Gründen scheitert. Wir werden die Ausbildungsstätten in den  
967 Berufsschulen und den überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen modernisieren  
968 und auch eine dauerhafte verlässliche Drittfinanzierung zwischen Bund, Land  
969 und Wirtschaft wieder sicherstellen. Daneben werden wir den Schritt in eine  
970 Berufsausbildung für junge Menschen attraktiver machen, indem wir ein echtes  
971 landesweites Azubi-Ticket als Ergänzung zur kostenlosen Schülerbeförderung  
972 einführen.
- 973 • **Modellprojekte zu umfassender Mobilität und neuen Technologien:** Niedersachsen  
974 soll bei den Zukunftstechnologien gerade im Bereich der Mobilität Spitzenreiter  
975 werden. Das bedeutet, das Land für Anwendungen und Entwicklungen bei autonomen  
976 und selbstlernenden Systemen, Echtzeitanwendungen (5G, 6G), Flugtaxis, Drohnen,  
977 Hyperloops attraktiv zu machen. Dafür werden wir im Rahmen von Modellprojekten  
978 Start-ups, Industrie und die Hochschulen miteinander zu verzahnen und ihnen den  
979 Raum zum Experimentieren geben.
- 980 • **Für eine neue Gründerzeit in Niedersachsen:** Die heutige Unternehmensgründerin

- 981 kann der Mittelstand von morgen sein. Viele Menschen wagen den Weg zu einer  
982 Gründung, zu einer Selbstständigkeit einer Betriebsübernahme oder zu einem  
983 Start-up und tragen so dazu bei, für sich und ihre Mitarbeiterinnen und  
984 Mitarbeiter Verantwortung zu übernehmen. Sie werden so Innovations- und  
985 Ideengeber für unser ganzes Land. Niedersachsen hat durch die mittelständische  
986 Struktur der Wirtschaft viel Potenzial, das zurzeit noch nicht genutzt wird.  
987 Deswegen braucht es eine neue Gründerzeit. Wir wollen Bürokratie abbauen,  
988 digitale Angebote der öffentlichen Verwaltung aufbauen, mehr Venture-Capital zur  
989 Verfügung stellen, eine landesweite Gründungsstrategie auf den Weg bringen,  
990 Gründungsstipendien ausbauen, mit den Start-up-Zentren und den University Hubs  
991 die regionalen Gründerökosysteme verbessern und in den Schulen und Hochschulen  
992 ein gründungsfreundliches Klima schaffen. Auch klassischen Wege zur  
993 Existenzgründung über die Gründungsprämie, Meistergründungsprämie in Handwerk und  
994 Industrie, Förderung von Unternehmensnachfolgen werden ausbauen.
- 995 • Tourismusland Niedersachsen: Die Tourismusbranche spricht mit der Nordseeküste,  
996 dem Harz, der Heide, den vielen kulturhistorischen Destinationen, dem Wander-,  
997 Reit-, Fahrrad- und Kulturtourismus alljährlich Millionen von Gästen an,  
998 beschäftigt über 300.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und erwirtschaftet  
999 über 15 Milliarden Euro. Diesen Erfolg wollen wir sichern und die hierfür  
1000 notwendige touristische Infrastruktur erhalten und weiter ausbauen. Weiter  
1001 wollen wir mit der TMN eine Intensivierung beim Auslandsmarketing und beim  
1002 Städtetourismus vornehmen, damit wir auch in diesen Bereichen derzeitige  
1003 Rückstände aufholen können.
  - 1004 • Reform des Landesvergabegesetzes: Das Landesvergabegesetz führt in der heutigen  
1005 Form dazu, dass sich immer mehr kleine Unternehmen nicht mehr um öffentliche  
1006 Aufträge bewerben, da sie die damit verbundenen bürokratischen Auflagen nicht  
1007 leisten können. Auch kleinere Kommunen haben immer mehr Probleme damit  
1008 Ausschreibungen rechtskonform durchzuführen. Wir werden das Vergabegesetz von  
1009 überflüssigen Regel wie etwa Mindestlohnkontrolle, Einhaltung der ILO-  
1010 Kernarbeitsnormen, Kontrolle und Haftung bei Subunternehmern etc. befreien und  
1011 auf den eigentlichen Kern, nämlich die Auftragsvergabe, zurückführen. Bei der  
1012 Ausschreibung muss auch weiterhin die Leistungsfähigkeit kleiner und mittlerer  
1013 Unternehmen berücksichtigt werden, damit eine fairer Wettbewerb erfolgen  
1014 kann. Darüber hinaus werden wir einen effektiven Rechtsschutz einführen.
  - 1015 • Schutz der Wirtschaft vor Cyberangriffen: Cyber-Angriffe sind eine zunehmende  
1016 und ernste Bedrohung für alle niedersächsischen Unternehmen. Wir wollen deshalb  
1017 eine Beratungsstelle für die Wirtschaft zum Schutz vor Cyberangriffen etablieren  
1018 und dabei auch die Beratung mit Blick auf die Versicherung von Cyberrisiken  
1019 verbessern.
  - 1020 • Keine Ministerinnen und Minister im Aufsichtsrat: Der Staat ist nicht der  
1021 bessere Unternehmer. Gerade Ministerinnen und Minister unterliegen  
1022 Interessenskonflikten, wenn sie beispielsweise für die Regulierung privater  
1023 Unternehmen oder den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher zuständig sind  
1024 und gleichzeitig im Aufsichtsrat betroffener Unternehmen sitzen. Wir setzen uns



1025 dafür ein, dass keine Mitglieder der Landesregierung in Aufsichtsräten der  
1026 wirtschaftlichen Beteiligungen des Landes vertreten sind. Die Interessen des  
1027 Landes sollen zukünftig fachlich geeignete Bevollmächtigte in den Aufsichtsräten  
1028 vertreten und neben der Landesregierung auch dem Landtag hierüber Rechenschaft  
1029 ablegen.

## 1030 **2. Mobilität, Häfen und Schifffahrt**

1031 Individuelle Mobilität ist eine Errungenschaft und eine unverzichtbare  
1032 Lebensgrundlage unserer Gesellschaft. Sie erweitert Möglichkeiten der individuellen  
1033 Lebensgestaltung. Sie bedeutet Wachstum, wirtschaftlichen Austausch, effiziente  
1034 Arbeitsteilung und gesellschaftliche Teilhabe. Wir Freie Demokraten sind gegen  
1035 unverhältnismäßige Verbote in der Mobilität. Wir setzen auf Innovationen, Vernunft  
1036 und Freiheit. Tempolimits, Diesel- oder Motorradfahrverbote sind weder progressiv  
1037 noch nachhaltig. Durch die von uns geforderte Ausweitung des CO<sub>2</sub>-Emissionshandels  
1038 werden sich umwelt- und klimafreundliche Motoren und alternative Kraftstoffe  
1039 durchsetzen, weil sie gegenüber emissionsstarken Produkten günstiger werden. Ein  
1040 pauschales Verbot von Verbrennungsmotoren lehnen wir ab.

1041 Die maritime Wirtschaft Niedersachsens ist ein Wachstumsmotor und sichert die  
1042 Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Exportwirtschaft. Moderne, zukunftsfähige Häfen und  
1043 ihre Anbindung sind der entscheidende Standortfaktor für Neuansiedlungen.  
1044 Wirtschaftliche Chancen ergeben sich durch die strategische Entwicklung der  
1045 Universal- und Spezialhäfen sowie des JadeWeserPorts auch im norddeutschen Verbund.

1046 Um eine bedarfsgerechte, fortschrittliche Infrastruktur in den landeseigenen Häfen  
1047 sowie Investitionen in effizientere, klimafreundlichere Strukturen umzusetzen, ist  
1048 eine auskömmliche Finanzausstattung vorzusehen. Die seeseitige Erreichbarkeit der  
1049 Häfen, aber auch verlässliche Hinterlandanbindungen auf der Schiene, Straße und dem  
1050 Wasser sind entscheidende Glieder der Logistikketten. Um die Güterströme effektiv zu  
1051 lenken, sollen in Niedersachsen Binnenwasserstraßen kohärent nutzbar sein.

1052 **Kernprojekt – Digitale Mobilität:** Im Bereich der Mobilität stehen durch technische  
1053 Innovationen, Digitalisierung und Automatisierung sowie den Klimawandel erhebliche  
1054 Veränderungen an. Um diesen Veränderungen und Erwartungen, in Teilen auch disruptiven  
1055 Prozessen, ausreichend Rechnung tragen zu können, müssen bestehende  
1056 Verkehrsinfrastrukturen angepasst und modernisiert werden, müssen neue  
1057 Infrastrukturen (z.B. 5G, 6G, WLAN, Satellitensysteme, unterschiedliche Start- und  
1058 Landeplätze) aufgebaut werden und die Grundlage für datenbasierte Mobilitätsangebote  
1059 und -lösungen geschaffen werden. Wir wollen die Zukunft der Mobilität mitgestalten  
1060 und hierfür eine zukunftsweisende inter- und multimodale, weg- und zeitoptimierte,  
1061 umweltfreundliche, preiswerte und sichere Mobilität ermöglichen und haben den  
1062 Anspruch, dabei internationale Standards zu entwickeln und zu setzen. Zukünftig ist  
1063 es vollkommen egal, mit welchem Verkehrsmittel man unterwegs ist bzw. welche Wechsel  
1064 der Verkehrsmittel man benötigt. Die Digitalisierung zeigt nicht nur den schnellsten  
1065 Weg, sondern stimmt auch in Echtzeit den Wechsel des Verkehrsmittels (Zug auf Bus  
1066 oder Auto, Auto zum Parkplatz und Fahrrad, etc.) aufeinander ab.

1067 **Kernprojekt – Investitionen in Infrastruktur:** Um die individuelle Mobilität in ihrer  
1068 Vielfalt sicherzustellen, brauchen wir eine leistungsfähige, bedarfsgerechte und  
1069 effiziente Infrastruktur. Infrastruktur benötigt Geld, sowohl für den Bau oder  
1070 Ausbau, aber auch für den Betrieb und den Erhalt. Wir werden daher ausreichende  
1071 Mittel in Höhe von jährlich mindestens 130 Millionen Euro für den Substanzerhalt zur  
1072 Verfügung stellen. Dabei werden wir einen besonderen Fokus auf die vielen  
1073 sanierungsbedürftigen Brückenbauwerke richten, aber auch den Erhalt und den Ausbau  
1074 von Radwegen vorantreiben. Damit Niedersachsen während des Ausbaus der Infrastruktur  
1075 nicht zum Stauland wird, werden wir dafür Sorge tragen, dass die Baustellen  
1076 aufeinander und auf die Auswirkungen auf das gesamte betroffene Verkehrsnetz  
1077 abgestimmt werden. Wir werden Baustellen in digitale Verkehrslenkungssysteme  
1078 einbinden und alle Möglichkeiten zur Baubeschleunigung, etwa 24-Stunden-Baustellen,  
1079 nutzen. Beim Bund werden wir uns dafür einsetzen, dass die für Niedersachsen  
1080 wichtigen Infrastrukturmaßnahmen des Bundesverkehrswegeplans bei Autobahn,  
1081 Bundesstraße, Schiene und Wasserstraße zügig umgesetzt werden.

1082 **Dafür setzen wir uns ein:**

- 1083 • **Intelligente Verkehrslenkung:** Echtzeitdaten und Lagebilder zum Verkehrsgeschehen  
1084 müssen über Sensoren landesweit erfasst und ausgewertet werden können. Digitale  
1085 Schilder und intelligente, schwarmgesteuerte Verkehrslenkung auf allen  
1086 Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen ermöglicht eine reibungslose,  
1087 zeitgerechte, stressarme und wirtschafts- und umweltfreundliche Verkehrsführung  
1088 von Personen und Gütern.
- 1089 • **KI-Systeme im Mobilitätsbereich:** Wir wollen eine zukunftsweisende inter- und  
1090 multimodale, weg- und zeitoptimierte, umweltfreundliche, preiswerte und sichere  
1091 Mobilität auf der Basis von Quanten- und Cloudcomputing, KI-Systemen,  
1092 Blockchain-Technologie und Sharing-Economy ermöglichen.
- 1093 • **Bedarfssysteme beim ÖPNV auf dem Land:** Der ÖPNV im ländlichen Raum steckt in dem  
1094 Dilemma langer Fahrzeiten, geringer Nachfrage und Auslastung, ausgedünnten  
1095 Angebots und eines Attraktivitätsverlusts wegen hoher Kosten. Lange Strecken und  
1096 geringe Bevölkerungsdichte können nicht geändert werden. Das Internet,  
1097 Smartphones und Apps sowie Echtzeitortungsdaten lassen sich aber mit neuen  
1098 Angeboten wie Smart- und Shared-/On-Demand-Mobility-Angeboten mit zukünftig  
1099 fahrerlosen und autonomen Fahrzeugen verbinden. Um diese Herausforderungen und  
1100 Möglichkeiten im ländlichen Raum zu verknüpfen, müssen vernetzte Projekte, die  
1101 Möglichkeiten und Bedarfe zusammenführen, ausprobiert und bewertet werden.
- 1102 • **Luftfahrt:** Der Luftverkehr bietet unserer Exportwirtschaft, der Logistikbranche  
1103 und unseren hier angebotenen hochwertigen Dienstleistungen die enge Einbindung  
1104 in weltweite Beziehungen. Deshalb brauchen wir einen leistungsfähigen Flughafen  
1105 auf internationalem Niveau. Wir wollen hierfür den Verkehrsknoten Hannover und  
1106 insbesondere den Flughafen in Langenhagen weiterentwickeln. Der  
1107 Forschungsflughafen Braunschweig-Wolfsburg nimmt als Wissenschafts- und  
1108 Wirtschaftscluster eine Sonderstellung unter den deutschen Flughäfen ein. Er hat  
1109 eine große Bedeutung für Niedersachsen und sollte daher ausgebaut und gestärkt

1110 werden.

- 1111 • **Unterstützung für die Binnenschifffahrt:** Die Binnenschifffahrt spielt in dem  
1112 System Wasserstraße und Kombiniertes Verkehre eine zunehmend wichtige Rolle und  
1113 soll bei Digitalisierungsvorhaben und der Dekarbonisierung der Flotte  
1114 unterstützt werden. Durch Innovation und Technologieführerschaft, z. B. beim  
1115 Schiffbau, bei alternativen Antrieben oder beim Recycling ergeben sich weitere  
1116 Chancen im Wettbewerb und für die Sicherung von Arbeitsplätzen.
- 1117 • **E-Mobilität:** Wir setzen uns für einen flächendeckenden und intelligenten Ausbau  
1118 von Schnellladesäulen ein. Um interoperable Bezahlstrukturen zu erreichen,  
1119 setzen wir auf einen diskriminierungsfreien Zugang zu den Ladesäulen sowie auf  
1120 transparente Preis- und Abrechnungssystem zugunsten der Kunden. Wir wollen die  
1121 Anreize zum Recycling von Batterien erweitern.
- 1122 • **Vernetzte Mobilität in Stadt und Land:** Wir wollen moderne Linienbusnetze in  
1123 ländlichen Regionen und diese durch flexible Rufbusse und private Engagements  
1124 (Sammeltaxis, Bürgerbusse) ergänzen. In den Städten müssen smarte Park-and-Ride-  
1125 Systeme zur Reduzierung von Parksuchverkehren gefördert werden.
- 1126 • **Modernisierung der Bahn:** Wir wollen die Voraussetzungen schaffen, dass die Bahn  
1127 zu einem modernen und leistungsgerechten Verkehrs- und Transportmittel wird.  
1128 Dabei soll die Bahn auch im fairen Wettbewerb zum straßengebundenen Lkw- und zum  
1129 Flugverkehr stehen. Insbesondere soll auch die Anbindung der ländlichen Bereiche  
1130 mit der Bahn verbessert und die Verkehre deutlich beschleunigt werden.
- 1131 • **Fahrradfreundlichkeit stärken:** Wer statt dem Auto auf das Fahrrad zurückgreift,  
1132 tut nicht nur der Umwelt, sondern auch seiner persönlichen Gesundheit etwas  
1133 Gutes. Deshalb wollen wir die Attraktivität des Fahrrads steigern. Dafür muss  
1134 Fahrradfahren sicherer werden. Deshalb wollen wir den Neubau und die Sanierung  
1135 von Radwegen an Landesstraßen, aber auch an kommunalen Straßen stärker und unter  
1136 Berücksichtigung der örtlichen Begebenheiten fördern. Die bürokratischen  
1137 Hemmnisse werden wir abbauen und bisherige Antrags- und Genehmigungsverfahren  
1138 vollständig digitalisieren. Innerhalb geschlossener Ortschaften sind Radwege  
1139 baulich von der Straße zu trennen, sofern dies nach den örtlichen Gegebenheiten  
1140 möglich und erforderlich ist. Straßensanierungen wollen wir stets zum Anlass  
1141 nehmen die Fahrradfreundlichkeit zu überprüfen und z.B. durch Haltestangen an  
1142 Ampeln zu erhöhen. An Überlandradwege wollen wir durch Einsatz von modernen LED-  
1143 Systemen wie z.B. Fahrbahnmarkierungen, Kurvenausleuchtungen, Beleuchtungssysteme  
1144 etc. die Sicherheit sowohl für den Radverkehr, aber auch den Autoverkehr  
1145 erhöhen.

### 1146 **3. Innere Sicherheit**

1147 Die Innere Sicherheit ist eine Kernaufgabe des Staates. Wir Freie Demokraten wollen  
1148 den Staat befähigen, Bürgerinnen und Bürger vor Kriminalität und Terrorismus zu  
1149 schützen. Dabei ist staatliches Handeln stets an die Grundrechte gebunden. Die Freien  
1150 Demokraten sind die Partei der Bürgerrechte. Maßnahmen des Staates im Bereich der  
1151 Inneren Sicherheit dürfen die Rechte der Bürgerinnen und Bürger nicht

1152 unverhältnismäßig beschränken. Wir stehen an der Seite der Beschäftigten bei der  
1153 niedersächsischen Polizei. Für ihre Arbeit haben sie Respekt und Wertschätzung  
1154 verdient. Wir stehen für eine gut ausgebildete und ausgestattete Polizei.

1155 **Kernprojekt – Cybersecurity-Campus:** Im Bereich von Kriminalität und Terrorismus  
1156 nehmen neue Phänomene zu, die über das Internet begangen oder vorbereitet werden.  
1157 Auch Kinder gehören, etwa als Opfer von Missbrauchs-Darstellungen, zu den  
1158 Leidtragenden dieser Entwicklung. Wir wollen die Polizeiausbildung im Bereich  
1159 Cyberkriminalität verbessern und deutlich ausbauen. Dafür wollen wir an der  
1160 Polizeiakademie einen Cybersecurity-Campus mit einer zusätzlichen Professur  
1161 einrichten, um Polizeianwärter bereits im Bachelor-Studiengang ab dem ersten  
1162 Studienjahr für diese wachsenden Phänomene zu schulen und fortzubilden.

1163 **Kernprojekt – Bürgerrechte in einem neuen Polizeigesetz:** Das Handeln der  
1164 Sicherheitsbehörden muss in einem angemessenen Verhältnis zu den Bürgerrechten  
1165 stehen. Wir lehnen die potenziell lückenlose digitale Überwachung der Menschen durch  
1166 den Einsatz so genannter Staatstrojaner ab. Da nicht sichergestellt ist, dass der  
1167 Kernbereich der privaten Lebensgestaltung der Menschen geschützt ist, hat ihr Einsatz  
1168 zu unterbleiben. Wir wollen daher das niedersächsische Polizeigesetz überarbeiten  
1169 und auf einen Einsatz der Quellen-Telekommunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ) und der  
1170 Online-Durchsuchung verzichten. Außerdem wollen wir das Instrument der Präventivhaft  
1171 hinsichtlich der Anlässe als auch hinsichtlich der höchstzulässigen Dauer  
1172 beschränken. Die Freiheitsentziehung stellt eine der schärfsten Eingriffe des Staates  
1173 in die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger dar und ist zu Präventionszwecken nur  
1174 im absoluten Ausnahmefall in Betracht zu ziehen.

1175 **Dafür setzen wir uns ein:**

- 1176 • **Bessere Arbeitsbedingungen und Personalausstattung für die Polizei:** Den  
1177 Beamtinnen und Beamten gebührt für ihre hervorragende Arbeit Dank und  
1178 Anerkennung. Der Sanierungsstau bei den Gebäuden ist nicht hinnehmbar. Diese  
1179 fehlende Wertschätzung wollen wir beenden und deutlich in die Liegenschaften  
1180 sowie die technische Ausstattung der Polizei investieren. Angesichts neuer  
1181 Aufgaben für die Polizei wollen wir die Personalausstattung verbessern.
- 1182 • **Klare Absage an jede Form des Extremismus:** Wir verurteilen jede Form des  
1183 Extremismus. Politischen Extremismus von Rechts- bis Linksextremismus lehnen wir  
1184 ebenso ab wie religiös oder nationalistisch motivierten Extremismus.  
1185 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, die Überhöhung der eigenen Gruppe oder  
1186 Nation und die Herabwürdigung anderer sowie Drohungen und Gewalt verfügen  
1187 niemals über eine moralische Überlegenheit. Die wissenschaftliche Expertise in  
1188 den Sicherheitsbehörden bei der Bekämpfung verschiedener Extremismusformen muss  
1189 ausgebaut werden. Wir fordern eine Evaluation bestehender Präventions- und  
1190 Deradikalisierungsprogramme im Bereich des Islamistischen Extremismus. Auf Basis  
1191 der Ergebnisse braucht es klare und verbindliche Standards für die Prävention  
1192 und Deradikalisierung im Bereich des Islamismus, insbesondere in Gefängnissen.  
1193 Neben der Beobachtung islamistischer Gefährder muss auch die Beobachtung  
1194 rechtsextremer Gefährder zügig intensiviert werden.

- 1195 • Schutz vor Organisierter Kriminalität: Wir setzen uns dafür ein, dass  
1196 Organisierte Kriminalität nachhaltig bekämpft wird. Kriminelle Vereinigungen  
1197 dürfen nicht besser organisiert und vernetzt sein als der Staat. Daher wollen  
1198 wir den länderübergreifenden Austausch zur Organisierten Kriminalität verbessern  
1199 und eine einheitliche Bearbeitung polizeilicher Vorgänge etablieren. Die  
1200 Abschöpfung des durch Straftaten erlangten Vermögens muss schneller und  
1201 gezielter erfolgen, um der Organisierten Kriminalität ihre wirtschaftliche  
1202 Grundlage zu entziehen.
- 1203 • Effektivere Strafverfolgung bei Sexualdelikten: Wir wollen die Strafverfolgung  
1204 von sexualisierter Gewalt effektiver gestalten und dabei betroffene Personen  
1205 jedweden Geschlechts, vor allem Kinder besser schützen. Dazu wollen wir die  
1206 Polizei und die Justiz besser ausstatten und für den Umgang mit Betroffenen  
1207 stärker sensibilisieren. Sexualstraftaten sind für Polizei und Justiz in  
1208 vielerlei Hinsicht besonders herausfordernd. Es braucht eine weitere  
1209 Konzentration und Spezialisierung, vor allem bei der Verfolgung von  
1210 Missbrauchsdarstellungen im Internet. Auf diese Weise kann Hinweisen auf  
1211 Straftaten schneller und effizienter nachgegangen werden. Eine flächendeckende  
1212 Einführung der richterlichen Videoüberwachung kann hier zu weiteren  
1213 Verbesserungen führen. Durch einen vereinfachten Zugang zu einer wohnortnahen  
1214 und niedrigschwiligen anonymen Spurensicherung wollen wir es den Opfern  
1215 sexualisierter Gewalt ermöglichen, Beweise zu sichern.
- 1216 • Kinderschutz: Kinder und Jugendliche müssen bereits von Geburt an vor Gewalt und  
1217 sexueller Gewalt geschützt werden. Hierzu braucht es verpflichtende  
1218 Weiterbildung von allen Personen, die Kinder und Jugendliche von Amts wegen  
1219 betreuen und erziehen sollen. Die Weiterbildung von Richterinnen und Richtern,  
1220 die mit Kindern und Jugendlichen befasst sind, muss verbessert werden. Die  
1221 entsprechenden Institutionen sollen hierzu Konzepte zum Schutz der Kinder  
1222 erarbeiten. Durch gemeinsame Fortbildungen für die verschiedenen Institutionen  
1223 soll die Zusammenarbeit und Verständigung der Beteiligten im Kinderschutz  
1224 verbessert werden. Daneben sollen Landespolizei und Jugendämter zukünftig  
1225 Kontaktpersonen für den Kinderschutz benennen. Diese sind transparent zu  
1226 kommunizieren, insbesondere überall dort, wo Kinder und Jugendliche betreut  
1227 werden. Als Erstanlaufstellen für von Missbrauch oder Misshandlung betroffene  
1228 Kinder und Jugendliche sowie ihre Familien sollen in Niedersachsen sogenannte  
1229 Childhood-Häuser eingerichtet werden. Das sind besonders vertrauensereckende  
1230 Orte, an denen Beweissicherung, medizinische Versorgung, polizei- und  
1231 staatsanwaltliche Vernehmungen kindgerecht durchgeführt und Angebote für  
1232 Beratung und Therapie gebündelt werden.
- 1233 • Verfassungsschutz: Aufgabe des Verfassungsschutzes ist die frühzeitige Abwehr  
1234 von Angriffen auf unsere freiheitliche Gesellschaft und die Bekämpfung  
1235 unterschiedlicher Formen des politischen und religiösen Extremismus. Wir wollen  
1236 den Verfassungsschutz bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe ausreichend ausstatten.  
1237 Dazu gehört, dass neben Juristen und Angehörigen der Sicherheitsbehörden  
1238 verstärkt auch weitere Berufsgruppen beim Verfassungsschutz beschäftigt werden,

- 1239 etwa Sozial- und Islamwissenschaftler. Zu einer rechtsstaatlichen und  
1240 funktionierenden Kontrolle gehört für uns Freie Demokraten auch ein  
1241 Auskunftsanspruch eines jeden Bürgers darüber, ob und welche Informationen über  
1242 ihn erhoben wurden und gespeichert sind. Die Auskunftspflicht soll weder an  
1243 besondere Voraussetzungen geknüpft sein, noch soll der Auskunftsumfang  
1244 grundsätzlich begrenzt sein.
- 1245 • Sicherheitsarchitektur: Wir wollen eine Föderalismusreform im Bereich der  
1246 Inneren Sicherheit. Vor allem die Arbeit der Verfassungsschutzbehörden muss  
1247 effektiver werden. Auf Ebene der Länder streben wir eine Zusammenlegung von  
1248 Verfassungsschutzbehörden an. Ziel ist die Etablierung von vier bis sechs  
1249 Behörden. Niedersachsen könnte dabei die Führung in einem Nordverbund  
1250 übernehmen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz dient dabei als Zentralstelle,  
1251 die sich mit der Koordinierung der einzelnen Behörden befasst. Es braucht klare  
1252 Regeln und genau definierte Verantwortlichkeiten, wenn Bund und Länder sowie  
1253 Nachrichtendienste, Verfassungsschutz und Polizei zusammenarbeiten. Denn wenn  
1254 diese verschwimmen, wird Verantwortung anonymisiert. Das führt zu organisierter  
1255 kollektiver Verantwortungslosigkeit. Das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum des  
1256 Bundes und der Länder (GTAZ) benötigt deshalb eine rechtlich klare Festlegung  
1257 seiner Aufgaben und Entscheidungsbefugnisse, insbesondere auch in Bezug auf die  
1258 Zuweisung von Verantwortlichkeiten in einzelnen Fällen.
  - 1259 • Bessere Fehlerkultur bei der Polizei: Wir wollen eine unabhängige  
1260 Vertrauensstelle schaffen, an die sich Polizistinnen und Polizisten bei  
1261 Problemen innerhalb der Polizei wenden können. Auf diese Art und Weise sollen  
1262 Fehlentwicklungen schneller aufgedeckt und Gegenmaßnahmen schneller möglich  
1263 werden. Zudem müssen wissenschaftliche Erkenntnisse zu Radikalisierung,  
1264 Extremismus und Rassismus sowie eine Sensibilität für Diskriminierung in der  
1265 Aus- und Fortbildung eine stärkere Rolle spielen. Wir setzen uns zudem für eine  
1266 pseudonyme Kennzeichnungspflicht für Beamtinnen und Beamte in geschlossenen  
1267 Einsätzen ein. So richtig es ist, einem Generalverdacht gegenüber der Polizei  
1268 entgegenzutreten, so richtig ist es auch, das Fehlverhalten einzelner Beamter  
1269 aufzuklären. Der Zuordnungsschlüssel zwischen Nummern und Identität des Beamten  
1270 muss sicher aufbewahrt werden und für den Zugriff auf diesen müssen klare  
1271 Kriterien festgelegt werden. Wer im Öffentlichen Dienst tätig ist, muss sich  
1272 jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einsetzen.
  - 1273 • Recht auf Anonymität im öffentlichen Raum: Wir bekennen uns zum Recht auf  
1274 Anonymität im öffentlichen – physischen und digitalen – Raum. Den Einsatz von  
1275 Software zur automatisierten und massenhaften Gesichtserkennung sowie eine  
1276 flächendeckende Videoüberwachung des öffentlichen Raums lehnen wir ab und sehen  
1277 auch die Ausweitung privater Überwachung, die für staatliche Zwecke nutzbar  
1278 gemacht wird, kritisch. Eine intelligente Videoüberwachung an  
1279 Kriminalitätsschwerpunkten kann aber eine sinnvolle Ergänzung zur Gefahrenabwehr  
1280 und Strafverfolgung sein, wenn sie verantwortungsvoll und nicht als Ersatz für  
1281 Polizeipräsenz eingesetzt wird.
  - 1282 • Null Toleranz gegenüber Antisemitismus: Wir fordern ein entschiedenes Vorgehen

- 1283 gegen jede Form des Antisemitismus. Jüdisches Leben in Niedersachsen ist für uns  
1284 integraler Bestandteil unserer Zivilgesellschaft. Politik und  
1285 Sicherheitsbehörden müssen die spezifische Gefährdung jüdischen Lebens ernst  
1286 nehmen und sich ihr entschieden entgegenstellen. Jüdische Einrichtungen müssen  
1287 durch staatliche Maßnahmen effektiv geschützt werden. Dabei muss auf die  
1288 Sicherheitsbedenken der Gemeinden eingegangen werden. In Polizei und Justiz  
1289 braucht es Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, um antisemitisch motivierte  
1290 Gefahren und Taten aufzuarbeiten. Daneben setzen wir uns für eine Stärkung der  
1291 deutschen Erinnerungskultur ein, um frühzeitig für Alltags-Antisemitismus zu  
1292 sensibilisieren und antisemitischen Vorurteilen sowie Hass vorzubeugen. Hierzu  
1293 wollen wir den Austausch mit israelischen Schulen sowie mit Jüdinnen und Juden  
1294 aus Niedersachsen ausweiten und fördern. Im Rahmen von in den Lehrplan  
1295 integrierten Workshops sollen Schülerinnen und Schüler außerdem gemeinsam mit  
1296 Zeitzeuginnen und -zeugen sowie Überlebenden der Schoah ins Gespräch kommen,  
1297 solange dies noch möglich ist. Ferner sollen zukünftig verstärkt digitale  
1298 Konzepte erarbeitet und in den Unterricht eingebunden werden, um auch  
1299 zukünftigen Generationen die Begegnung und Auseinandersetzung mit Zeitzeuginnen  
1300 und -zeugen zu ermöglichen. Auch außerschulische Bildungsangebote wollen wir  
1301 weiter ausbauen.
- 1302 • **Waffenrecht mit Augenmaß und Konsequenz:** Beim Waffenrecht muss zwischen den  
1303 Besitzerinnen und Besitzern von Legalwaffen wie Sportschützinnen und -schützen  
1304 sowie Jägerinnen und Jägern und zwischen dem illegalen Waffenbesitz sowie dem  
1305 Waffenbesitz durch gefährliche Personen strikt unterschieden werden. Die  
1306 jüngsten Verschärfungen des Waffenrechts haben die Besitzerinnen und Besitzer  
1307 von Legalwaffen wie Sportschützinnen und -schützen sowie Jägerinnen und Jäger  
1308 mit zusätzlicher unnützer Bürokratie überzogen. Der Bund sollte eine  
1309 Generalrevision des Waffenrechts unternehmen, um Praktikabilität und Praxisnähe  
1310 zu verbessern. Das Land muss die Waffenbehörden bei der Aus- und Weiterbildung  
1311 der zuständigen Sachbearbeiterinnen und -bearbeiter besser unterstützen.  
1312 Gefährderinnen und Gefährder sowie Extremistinnen und Extremisten dürfen keine  
1313 Waffen besitzen. Dazu muss der Datenaustausch der beteiligten Behörden  
1314 verbessert und der illegale Waffenhandel auf europäischer Ebene stärker bekämpft  
1315 werden.
- 1316 • **Gedenkstätten schützen und Besuche fest verankern:** Unsere niedersächsischen  
1317 Gedenkstätten wollen wir bewahren und zu diesem Zweck ausreichend finanzieren  
1318 und zugleich die ehrenamtliche Gedenkstättenarbeit unterstützen. Unser Ziel ist  
1319 es, dass alle Schülerinnen und Schüler im Rahmen ihrer schulischen Laufbahn  
1320 mindestens eine NS-Gedenkstätte und Gedenkstätte des DDR-Unrechts besucht haben.  
1321 Denn kein Buch, kein Film und keine Unterrichtsstunde kann Antisemitismus,  
1322 Intoleranz, Hass und Unrecht so nahbar machen wie der Besuch einer Gedenkstätte.
- 1323 • **Opferhilfen bekannter machen:** Opfer einer schweren Straftat zu werden, gehört  
1324 mit zu den schlimmsten Erfahrungen im Leben eines Menschen. Diesen Betroffenen  
1325 sofort umfassende Hilfe und Unterstützung zu gewähren ist daher eine besonders  
1326 wichtige Aufgabe des Staates. Niedersachsen ist u. a. mit der Stiftung

- 1327 Opferhilfe an den elf Landgerichtsstandorten, dem Landesbeauftragten für  
1328 Opferschutz als zentralem Ansprechpartner für Kriminalitätsoffer sowie dem  
1329 Weißen Ring e. V. mit seinen flächendeckenden Büros zwar sehr gut aufgestellt.  
1330 Wir setzen uns aber dafür ein, dass diese Einrichtungen der Opferhilfe und des  
1331 Opferschutzes noch besser in der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden und dass  
1332 eine bessere Aufklärung über das neue Sozialgesetzbuch XIV (Soziale  
1333 Entschädigung) erfolgt, damit möglichst alle Betroffene von Straftaten die  
1334 Hilfsangebote in Anspruch nehmen können. Weiterhin könnte in Form eines  
1335 Modellprojektes eine zentrale Gewaltschutzambulanz, analog der  
1336 Gewaltschutzambulanz an der Berliner Charité, in Niedersachsen als zentrale  
1337 Anlaufstelle für Menschen, die Gewalt in jeglicher Form erfahren haben,  
1338 eingerichtet werden.
- 1339 • Katastrophenschutz stärken: Wir setzen uns für einen gut ausfinanzierten und  
1340 modern ausgestatteten Katastrophenschutz ein. Nicht erst die Flutkatastrophe in  
1341 Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz hat gezeigt, wie wichtig das ist. Zum  
1342 einen müssen wir die im Katastrophenschutz tätigen Organisationen so ausstatten,  
1343 dass sie die Fuhrparks einsatzbereit halten können. Zum anderen muss dafür  
1344 gesorgt werden, dass ausreichend Übungen stattfinden, damit im Ernstfall alle  
1345 Akteure, einschließlich privater Akteure, aufeinander eingespielt sind.  
1346 Ebenfalls werden wir uns dafür einsetzen, dass in Zusammenarbeit mit dem Bund  
1347 ein funktionierendes modernes Warnsystem in Niedersachsen installiert wird.

#### 1348 **4. Vielfalt, Gleichstellung und Integration**

1349 Niedersachsen ist reich an verschiedenen Lebensentwürfen und -realitäten. Dieser  
1350 Wirklichkeit muss auch die Politik gerecht werden. Wir Freie Demokraten sind der  
1351 Überzeugung, dass Freiheit und Vielfalt die Grundlage für Fortschritt und  
1352 Modernisierung sind. Nur wenn wir Neuem und Anderem offen gegenüberstehen, können wir  
1353 von- und miteinander lernen. Am Ende profitiert die gesamte Gesellschaft, wenn sich  
1354 jeder Mensch frei entfalten und seine Potenziale voll ausschöpfen kann.

##### 1355 **Dafür setzen wir uns ein:**

- 1356 • Integration: Wir wollen es Menschen ermöglichen, sich dauerhaft in Niedersachsen  
1357 zu integrieren. Für geflüchtete Menschen kommt es auf eine zügige dezentrale  
1358 Unterbringung und auf einen schnellen Zugang zum Arbeitsmarkt an. Sprache ist  
1359 ein wichtiger Schlüssel zur Integration. Wir wollen die bestehenden Angebote zur  
1360 Sprachförderung verbessern. Auch für Familien mit Migrationshintergrund, die  
1361 teilweise schon seit vielen Generationen in Niedersachsen leben, wollen wir  
1362 funktionierende Integrationsangebote schaffen. Wir wollen echte Teilhabe  
1363 ermöglichen, etwa durch die interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes,  
1364 der Pflege und weiterer Bereiche unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Eine  
1365 Verhüllung des Gesichts in Schulen, vor Gericht und in anderen öffentlichen  
1366 Gebäuden, z. B. durch Burka oder Niqab, lehnen wir ab.
- 1367 • Islam: Wir setzen uns dafür ein, dass islamischer Religionsunterricht in  
1368 deutscher Sprache, unter deutscher Schulaufsicht und von in Deutschland



1369 ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern erfolgt. Die Bundesregierung plant, die  
1370 Ausbildung von Imamen zu stärken. Die Umsetzung ist eine Aufgabe der  
1371 Bundesländer. Die Freien Demokraten werden sich dafür einsetzen, dass das  
1372 Curriculum durch in Deutschland beheimatete islamische Gemeinschaften erarbeitet  
1373 wird. Die Inhalte müssen den Werten des Grundgesetzes und den deutschen  
1374 Rechtsregeln genügen. Die Einflussnahme der Türkisch-Islamischen Union der  
1375 Anstalt für Religion (DITIB) auf türkeistämmige Communities und auf von  
1376 türkeistämmigen Menschen besuchte Moscheegemeinden in Niedersachsen stellt ein  
1377 problematisches Integrationshemmnis dar. Eine Zusammenarbeit soll auf ein  
1378 unvermeidbares Mindestmaß beschränkt werden.

1379 • Liberaler Feminismus: Aus gesellschaftspolitischer Ebene fordert und fördert der  
1380 Liberalismus die Akzeptanz und Gleichwertigkeit unterschiedlicher Lebensmodelle  
1381 abseits der gesellschaftlichen Norm. Jede und jeder soll den eigenen  
1382 Lebensentwurf selbstbestimmt wählen können. Als Freie Demokraten stehen wir  
1383 daher für einen liberalen Feminismus ein, der auf der Rechtsgleichheit aller  
1384 Geschlechter aufbaut und für alle Individuen Freiheits- und Entfaltungsräume  
1385 erweitern will. Der liberale Feminismus strebt die Selbstbestimmung aller  
1386 Individuen frei von gesellschaftlichen Rollenzuschreibungen aufgrund ihres  
1387 gewählten oder biologischen Geschlechts an. Er ist daher männlich, weiblich und  
1388 divers. In diesem Zusammenhang fordern wir eine geschlechtsneutrale  
1389 Gesetzesfassung. Ausgenommen sind sachlich begründete Differenzierungen wie  
1390 beispielsweise im Mutterschutz oder Strafvollzug. Die staatliche Erfassung des  
1391 Geschlechts ist auf Forschungszwecke zu reduzieren. Solange und soweit das  
1392 Geschlecht als Differenzierungsmerkmal benutzt wird, muss es allen offenstehen,  
1393 die eigene Geschlechtszugehörigkeit unkompliziert zu ändern. Im Familienrecht  
1394 sollen Eltern die gleichen Rechte und Pflichten erhalten. Das gemeinsame  
1395 Sorgerecht soll auch bei unverheirateten Paaren der Regelfall sein. Bei  
1396 Getrenntleben der Eltern ist das Wechselmodell, also der grundsätzlich geteilte  
1397 Umgang des Kindes mit den Eltern, der Regelfall.

1398 • Gleichstellung von LSBTIQ\*-Personen: LSBTIQ\*-Feindlichkeit und -Stigmatisierung  
1399 stellen wir uns entschieden entgegen und streben eine vollständige  
1400 Gleichstellung von LSBTIQ\*-Menschen an. Maßnahmen und Projekte, die aktiv gegen  
1401 Diskriminierung von LSBTIQ\*-Personen vorgehen, wollen wir fördern, auch in  
1402 ländlichen Räumen. Dies betrifft etwa psychosoziale Beratungsarbeiten,  
1403 Aufklärungs- und Toleranzprojekte in Schulen sowie Projekte für Erwachsene oder  
1404 Seniorinnen und Senioren.

1405 • Schutz der sexuellen und geschlechtlichen Identität: Wir Freie Demokraten  
1406 fordern die Erweiterung des der besonderen Diskriminierungsverbote in der  
1407 Niedersächsischen Landesverfassung und im Grundgesetz um den Schutz vor  
1408 Diskriminierung aufgrund der sexuellen und geschlechtlichen Identität. Damit  
1409 schützen wir die persönliche Lebensführung von Menschen, die an vielen Stellen  
1410 Diskriminierung ausgesetzt sind und setzen ein Zeichen gegen solche Formen der  
1411 Diskriminierung in einigen Mitgliedstaaten der EU.

1412 • Sexuelle Selbstbestimmung: Junge Menschen sollen zur selbstbestimmten

1413 Wahrnehmung der eigenen und zur Achtung fremder sexueller Autonomie zu befähigt  
1414 werden. Daher sollen bereits an den niedersächsischen Schulen verstärkt Fragen  
1415 der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität, der sexuellen  
1416 Selbstbestimmung, zum Konsens bei sexuellen Handlungen und zur Prävention von  
1417 Missbrauch thematisiert werden.

1418 • Beziehungen zwischen Staat und Kirche: Wir Freie Demokraten wollen in den Dialog  
1419 mit den Kirchen treten und das Verhältnis zwischen Staat und Kirche neu  
1420 justieren. Wir wollen dabei die Ablösung der Staatsleistungen erreichen und in  
1421 einer Förderung alle verfassten und anerkannten Religions- und  
1422 Weltanschauungsgemeinschaften gleichbehandeln. Das Feiertagsgesetz soll unter  
1423 Berücksichtigung der Belange von Tradition, Neutralität und Freiheit des  
1424 Einzelnen überarbeitet werden. Das Tanzverbot, Filmaufführungsverbote und  
1425 sonstige Beschränkungen an stillen Feiertagen, schaffen wir ab. Wir werden uns  
1426 dafür einsetzen, dass die Sonderrechte im Arbeitsrecht auf den Kernbereich der  
1427 Verkündungsarbeit und der Seelsorge beschränkt werden. Religions- und  
1428 Weltanschauungsgemeinschaften werden auch weiterhin ein fester Bestandteil der  
1429 Zivilgesellschaft sein und sollen bei der Vertretung in öffentlichen Gremien wie  
1430 alle anderen zivilgesellschaftlich gebündelten und organisierten Kräfte nicht  
1431 bevorzugt, sondern gleichberechtigt eingebunden.

## 1432 **5. Migration und Flucht**

1433 Niedersachsen ist ein vielfältiges Land, in dem Menschen unterschiedlichster Herkunft  
1434 zusammenleben. Wir Freie Demokraten wollen diese Einwanderungsgesellschaft gestalten.  
1435 Dabei begreifen wir Einwanderung als Chance. Wir wollen weltweit aktiv um Menschen  
1436 werben, deren Tatkraft Niedersachsen stärkt. Unser Land braucht für die Zukunft eine  
1437 gesteuerte und qualifizierte Einwanderung. Zugleich sind wir verpflichtet, Menschen,  
1438 die vor Unrecht und Gewalt fliehen müssen, bei uns Zuflucht zu gewähren, solange dies  
1439 nötig ist. Die Gründe, nach Deutschland und Niedersachsen zu kommen, sind vielfältig.  
1440 Umso wichtiger ist es, Regeln zu schaffen, die eine klare Richtschnur sind – sowohl  
1441 für unsere Aufnahmegesellschaft als auch für all diejenigen, die nach Niedersachsen  
1442 einwandern.

### 1443 **Dafür setzen wir uns ein:**

1444 • Einwanderung in den Arbeitsmarkt: Niedersachsen soll ein attraktives Ziel für  
1445 Einwanderinnen und Einwanderer sowie ihre Familien sein, um dem Mangel aus  
1446 Auszubildenden und Arbeitskräften zu begegnen. Es braucht ein neues  
1447 Einwanderungsgesetz auf Bundesebene mit einem Punktesystem nach dem Vorbild  
1448 erfolgreicher Einwanderungsländer. Der Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit  
1449 muss erleichtert werden. Zudem wollen wir die Anerkennung ausländischer  
1450 Berufsabschlüsse sowohl auf Bundesebene als auch im Rahmen der  
1451 Länderzuständigkeit vereinfachen, um Fachqualifikationen aus dem Ausland  
1452 unkomplizierter nutzen zu können. Fachkräfte kommen oftmals nicht allein,  
1453 sondern bringen ihre Familien mit. Lehrerinnen und Lehrer und Schule müssen  
1454 darauf vorbereitet werden, auch ältere Schülerinnen und Schüler mit

- 1455 Migrationshintergrund, die bisher im Heimatland der Eltern regulär die Schule  
1456 besucht haben, zu integrieren.
- 1457 • **Bleiberecht für ausländische Auszubildende:** Durch ein Bleiberecht für  
1458 ausländische Auszubildende nach bestandener Abschlussprüfung soll gesichert  
1459 werden, dass sie nicht während oder unmittelbar nach einer erfolgreichen  
1460 Ausbildung abgeschoben werden.
- 1461 • **Klare Regeln für Flucht und Migration:** Wir bekennen uns zum Grundrecht auf Asyl  
1462 sowie zu den europa- und völkerrechtlichen Verpflichtungen im Bereich des  
1463 Flüchtlingsrechts. Verfahren zur Zuerkennung eines Schutzstatus müssen  
1464 beschleunigt werden, um Rechtssicherheit für den Staat sowie die Betroffenen zu  
1465 schaffen und die Integration zu erleichtern. Schnelle Verfahren tragen aber auch  
1466 dazu bei, dass Menschen ohne Bleiberecht unser Land schneller wieder verlassen  
1467 können bzw. müssen. Um freiwillige Ausreisen, aber auch Rückführungen zu  
1468 erleichtern, muss der Bund zusätzliche Rückführungsabkommen mit den  
1469 Herkunftsländern abschließen. Menschen, die nach Niedersachsen geflohen sind,  
1470 sollen leichter in den Rechtskreis des Einwanderungsrechts wechseln können, wenn  
1471 sie für ihren Lebensunterhalt selbst sorgen können oder sich in einer  
1472 Qualifizierungsphase befinden, an deren Ende sie dies voraussichtlich können  
1473 (sogenannter Spurwechsel). Damit schaffen wir zusätzliche Anreize zur  
1474 Integration geflüchteter Menschen.
- 1475 • **Integration und Psychotherapie:** Zur Förderung der Integration von Asylsuchenden  
1476 und Kriegsflüchtlingen sind Psychotherapeutinnen und -therapeuten mit  
1477 fremdsprachlichen Kenntnissen und interkulturellen Kompetenzen verstärkt zu  
1478 fördern.

## 1479 **6. Recht, Justiz & Justizvollzug**

1480 Der Rechtsstaat gehört zu den Grundpfeilern des Zusammenlebens. Wir Freie Demokraten  
1481 wollen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger auf einen funktionierenden Rechtsstaat  
1482 verlassen können. Er stellt sicher, dass die politische Herrschaft nur aufgrund und  
1483 im Rahmen des Rechts ausgeübt wird: Nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke  
1484 des Rechts ist maßgeblich. Dazu gehört auch, dass Staat und Politik in der Lage und  
1485 willens sind, Recht und Gesetz anzuerkennen und durchzusetzen. Von zentraler  
1486 Bedeutung für die Durchsetzung des Rechts und die Sicherstellung des Rechtsfriedens  
1487 ist eine handlungsfähige und unabhängige Justiz, die in der Fläche präsent ist.

### 1488 **Dafür setzen wir uns ein:**

- 1489 • **Justiz entlasten und digitalisieren:** Gerichtliche Auseinandersetzungen müssen in  
1490 einem angemessenen Zeitraum entschieden werden. Lange Verfahrenszeiten sind  
1491 zudem ein Investitionshemmnis. Wir wollen zusätzliche Stellen für Richterinnen  
1492 und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte schaffen und qualifizierte  
1493 Persönlichkeiten für den Dienst in der niedersächsischen Justiz gewinnen.  
1494 Insbesondere in der Sozialgerichtsbarkeit besteht ein erhöhter Bedarf. Auch die  
1495 Digitalisierung der Justiz ist weiter voranzutreiben. Die digitale Kommunikation  
1496 der Verfahrensbeteiligten muss endlich zum Regelfall werden. Die während der

- 1497 Corona-Pandemie gesammelten Erfahrungen mit Online-Verhandlungen bilden eine  
1498 sinnvolle Grundlage für weitere Digitalisierungsschritte.
- 1499 • Justizvollzug modernisieren: Aus Tätern sollen keine Wiederholungstäter werden.  
1500 Ziel des Justizvollzuges ist daher ihre Resozialisierung. Diese kann nur  
1501 gelingen, wenn genügend Personal in den Justizvollzugsanstalten vorhanden ist.  
1502 Wir fordern daher eine bessere personelle Ausstattung des niedersächsischen  
1503 Justizvollzuges, um Täter aktiv bei der Vorbereitung eines straffreien Lebens  
1504 nach der Haft unterstützen zu können.
- 1505 • Richtervorbehalt stärken: Das Instrument des Richtervorbehalts muss seinem  
1506 Anspruch als Brandmauer gegen ungerechtfertigte Eingriffe in die Bürgerrechte  
1507 wieder gerecht werden. Daher fordern wir einen flächendeckenden, bei Bedarf  
1508 zentralisierten 24-stündigen Bereitschaftsdienst, in dem entsprechend geschulte  
1509 Ermittlungsrichterinnen und -richter für die Exekutive erreichbar sind. Das Land  
1510 muss die dafür notwendige Personalausstattung der Justiz sicherstellen.
- 1511 • Einführung der Individualverfassungsbeschwerde: Ein wesentliches Element des  
1512 Rechtsstaates ist die Möglichkeit für alle Bürgerinnen und Bürger, Rechtsschutz  
1513 gegen rechtswidrige Eingriffe in die individuellen Rechte in Anspruch nehmen zu  
1514 können. Niedersachsen hat, im Gegensatz zu dem überwiegenden Teil der anderen  
1515 Bundesländer, insoweit eine Rechtsschutzlücke. Die Verletzung von verschiedenen  
1516 Grundrechten unserer Landesverfassung kann nicht vor dem Staatsgerichtshof in  
1517 Bückeburg gerügt werden. Wir fordern die Einführung der  
1518 Individualverfassungsbeschwerde in Niedersachsen, damit die Verletzung von  
1519 niedersächsischen Landesgrundrechten auch vor einem niedersächsischen Gericht  
1520 gerügt werden kann.
- 1521 • Keine Wiederwahl am Staatsgerichtshof: Die Möglichkeit der einmaligen Wiederwahl  
1522 von Richterinnen und Richtern am Niedersächsischen Staatsgerichtshof wollen wir  
1523 abschaffen. Diese Möglichkeit kann zu Abhängigkeiten führen. Sie entspricht  
1524 nicht mehr dem europäischen Standard. Beim Europäischen Gerichtshof für  
1525 Menschenrechte, beim Bundesverfassungsgericht und bei den Verfassungsgerichten  
1526 zahlreicher anderer Bundesländer ist dieses Relikt längst durch eine einmalige,  
1527 längere Amtsdauer ersetzt worden.
- 1528 • Reform der Juristenausbildung: Die niedersächsische Juristenausbildung muss zur  
1529 bundesweiten Vorreiterausbildung werden. Studierende müssen von Anfang an sowohl  
1530 in Bezug auf methodische Grundlagenkompetenzen als auch Praxisnähe geschult  
1531 werden. Die juristischen Staatsexamina müssen digital und nicht mehr  
1532 handschriftlich abgelegt werden können. Darüber hinaus müssen Referendarinnen  
1533 und Referendare mehr finanzielle Unabhängigkeit erhalten, indem die  
1534 Unterhaltsbeihilfen und Zuverdienstgrenzen angehoben werden. Auch im Praxisteil  
1535 des zweiten Staatsexamens muss die Ausbildungsordnung flexibler und somit  
1536 realitätsnäher gestaltet werden, etwa, um Auslandsaufenthalte zu vereinfachen.
- 1537 • Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft stärken: Das ministerielle Weisungsrecht  
1538 gegenüber der Staatsanwaltschaft muss auf allgemeine Weisungen sowie als  
1539 Rechtsaufsicht auf schriftliche Weisungen an die Generalstaatsanwaltschaften

- 1540 beschränkt werden, um die Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft zu stärken.
- 1541 • Ersetzung des Begriffs „Rasse“: Wir wollen den Begriff „Rasse“ im Grundgesetz  
1542 und in der Niedersächsischen Landesverfassung durch eine zeitgemäße Formulierung  
1543 ersetzen. Der Begriff birgt die Gefahr, als Einfallstor für die Anerkennung von  
1544 Rassentheorien missverstanden oder gar missbraucht zu werden.
- 1545 • Für einen umfassenden und pragmatischen Datenschutz: Ein umfassendes Recht auf  
1546 Datenschutz ist in der digitalen Gesellschaft wichtiger denn je. Datenschutz  
1547 bedeutet, Risiken für einzelne Menschen durch eine Datenverarbeitung zu  
1548 identifizieren, zu verhindern oder abzumildern. Diesem Zweck des Datenschutzes  
1549 sehen wir uns verpflichtet und wollen daher ein Datenschutzrecht, das sich an  
1550 den realen Risiken orientiert, anstatt zur mechanischen Bürokratie zu verkommen.  
1551 Unterschiedliche Auslegungen der verschiedenen Landesbeauftragten für den  
1552 Datenschutz im privatwirtschaftlichen Bereich müssen vereinheitlicht werden.  
1553 Zudem setzen wir uns für eine Stärkung des Weisungsrechtes der  
1554 Landesbeauftragten für den Datenschutz gegenüber den Behörden und staatlichen  
1555 Verwaltungen ein.
- 1556 • Für eine Überwachungsgesamtrechnung: Wir Freie Demokraten setzen uns für eine  
1557 Überwachungsgesamtrechnung bei jedem Gesetzgebungsverfahren im Sicherheitsrecht  
1558 ein. Die Auswirkungen von neuen Überwachungs- und Informationserhebungsmaßnahmen  
1559 müssen im Zusammenhang mit bereits bestehenden Befugnissen und Datensammlungen  
1560 bewertet werden.

### 1561 **III. Wir bewältigen die Herausforderungen unserer Zeit**

1562 Ländliche und städtische Lebensentwürfe habe gleichermaßen Respekt und Wertschätzung  
1563 verdient. Wir wollen durch konkrete Vorschläge in den Bereichen Landwirtschaft,  
1564 Umwelt, Energie und Bauen einen Beitrag dazu leisten, dass sich unterschiedliche  
1565 Regionen und Orte in Niedersachsen bestmöglich entwickeln können.

1566 Damit wollen wir die Entwicklung unserer Kommunen, Kreise und Regionen gerade mit  
1567 Blick auf solche Entwicklungen fördern, die den Menschen derzeit besonders große  
1568 Herausforderungen bereiten – von der Bewältigung der Corona-Pandemie und des  
1569 Klimawandels über den demografischen Wandel bis hin zur Digitalisierung. Für die  
1570 Attraktivität und die Zukunftschancen einer Region sind neben der Infrastruktur auch  
1571 die soziale und gesundheitliche Versorgung sowie die Angebote bei Kultur, Sport,  
1572 Ehrenamt und Weiterbildung entscheidend.

#### 1573 **1. Landwirtschaft, Ernährung, ländlicher Raum, Forst, Jagd**

1574 Land- und Forstwirtschaft, einschließlich der vor- und nachgelagerten  
1575 Wertschöpfungsketten, sind die wichtigsten Wirtschaftszweige im ländlichen Raum,  
1576 Garanten für Arbeitsplätze in der Region und auch in kultureller und sozialer  
1577 Hinsicht in weiten Teilen des Landes prägend. Die bisherige Landwirtschaftspolitik  
1578 hat zu mehr Bürokratie, Höfesterben und Perspektivlosigkeit auf vielen Betrieben  
1579 geführt. Das wollen wir nicht nur beenden, sondern umkehren! Die nachhaltige Nutzung  
1580 der Natur soll wieder Freude machen und den Land- und Forstwirten gutes Geld für ihre

1581 Arbeit einbringen. Die Energiewende, die Rückbesinnung auf nachwachsende Rohstoffe  
1582 und die Entwicklung innovativer landwirtschaftlicher Produkte bieten den  
1583 niedersächsischen Betrieben große Chancen. Die Entwicklung und Etablierung neuer  
1584 Wertschöpfungsketten wollen wir unterstützen und stärken, indem wir die  
1585 landwirtschaftliche Produktion mit innovativer Forschung und Entwicklung sowie  
1586 industriellen Nutzern landwirtschaftlicher Produkte vernetzen. Insbesondere die  
1587 europäische und internationale Vermarktung niedersächsischer landwirtschaftlicher  
1588 Produkte wollen wir stärken. Wir wollen den Landwirtinnen und Landwirten ermöglichen,  
1589 den an sie gestellten gesteigerten Anforderungen des Tierwohls sowie des Natur- und  
1590 Umweltschutzes auf der Grundlage tragfähiger Geschäftsmodelle entsprechen zu können.  
1591 Ausgehend von dem Leitbild der unternehmerischen Landwirtschaft stehen wir für eine  
1592 Politik, die verlässliche Rahmenbedingungen setzt und einfordert. In den sehr  
1593 unterschiedlichen Regionen Niedersachsens – vom Emsland und Südoldenburg bis zur  
1594 Lüneburger Heide und von der Küste über die Börde bis zum Harz und ins Weserbergland  
1595 – wollen wir die landwirtschaftlichen Betriebe in den wirtschaftlichen, ökologischen  
1596 und sozialen Veränderungen aktiv begleiten und unterstützen. Die niedersächsische  
1597 Landwirtschaft muss sich auch künftig im europäischen und internationalen Wettbewerb  
1598 behaupten können. Wir wollen, dass landwirtschaftliche Produkte auch in Zukunft aus  
1599 Niedersachsen kommen.

1600 **Kernprojekt – fairer Wettbewerb:** Um faire Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten,  
1601 werden wir für zusätzliche Anforderungen, die über das EU- und Bundesrecht  
1602 hinausgehen, ein Auflagenmoratorium verhängen und die 1:1-Umsetzung sicherstellen.  
1603 Bei Einschränkungen der Bewirtschaftung aufgrund von EU- und Bundesrecht stellen wir  
1604 größtmögliche Transparenz bezüglich der zugrundeliegenden Daten her. Zur  
1605 einheitlichen Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie werden wir eine Bundesratsinitiative  
1606 zur europäischen Vereinheitlichung der Nitratmessstellen auf den Weg bringen. Dadurch  
1607 wollen wir Nitratmessungen des Grundwassers in der EU vergleichbar machen und die  
1608 Grundlage für die Festlegung von Einschränkungen der Bewirtschaftung etwa in Roten  
1609 Gebieten vereinheitlichen.

1610 **Kernprojekt – Zukunftsinvestitionen ermöglichen:** Um Zukunftsinvestitionen zur  
1611 beschleunigten Anpassung an die ungeachtet von Investitionszyklen stetig steigenden  
1612 Anforderungen an Tierhaltung sowie Umwelt- und Naturschutz zu ermöglichen, wollen wir  
1613 das Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP) mit einem Schwerpunkt auf dem Einsatz  
1614 digitaler Techniken deutlich aufstocken. Smart Farming ist ein Werkzeug, das  
1615 Landwirtinnen und Landwirten dabei hilft, ihre Betriebe zu optimieren und damit  
1616 Tierwohl, Umwelt- und Arbeitsabläufe zu modernisieren. Die vorhandenen landeseigenen  
1617 Daten wie Geodaten stellen wir der Landwirtschaft zukünftig kostenfrei zur Verfügung.  
1618 Ein weiterer wichtiger Baustein für die beschleunigte Anpassung ist die Vereinfachung  
1619 der baurechtlichen Anforderungen. Die bundesrechtlichen Bauvorschriften setzen wir  
1620 1:1 um. Bei der Einreichung von Bauanträgen muss die Verwendung bereits erhobener  
1621 Daten aus anderen Verfahren zum Standard werden. Genehmigungen für Umnutzungen  
1622 umstellungswilliger Betriebe insbesondere in der Tierhaltung, z.B. von Schweinemast  
1623 auf Aquakultur, müssen unbürokratisch erteilt werden.

1624 **Dafür setzen wir uns ein:**

- 1625 • Verwaltung als Partnerin der Landwirtschaft: Wir wollen eine Verwaltung, die  
1626 sich in erster Linie als Partnerin der Landwirtschaft versteht, die Dinge  
1627 ermöglicht, statt sie zu behindern. Sie weist auf bestehende Förderprogramme  
1628 aktiv hin (z.B. Bewirtschaftung in Schutzgebieten, Waldumbau,  
1629 Erschwernisausgleich) und hilft bei der Umsetzung und Antragstellung kostenlos.  
1630 Insbesondere bei kleinen Verstößen muss fachliche Beratung im Vordergrund  
1631 stehen, nicht Bußgelder und Abzüge. Verwaltungsgebühren stellen wir mit dem Ziel  
1632 der Reduzierung auf den Prüfstand. Bagatell-Gebühren, z.B. für die  
1633 Fleischbeschau, sollen entfallen.
- 1634 • Effizienter Pflanzenschutz und modernes Gentechnikrecht: Wir wollen ein  
1635 beschleunigtes Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel, das auf  
1636 wissenschaftlichen Erkenntnissen basiert, sowie ein Update für das EU-  
1637 Gentechnikrecht.
- 1638 • DüngeVO verursacherorientiert umsetzen: Der Grundsatz einer bedarfs- und  
1639 standortgerechten Nährstoffversorgung der landwirtschaftlichen Kulturen muss  
1640 auch in Zukunft der Maßstab der Düngung bleiben. Deshalb werden wir die  
1641 Ausweisung der Roten Gebiete im Rahmen der Düngeverordnung mit dem Ziel  
1642 überprüfen, eine verursacherorientierte Bewertung unter Einbeziehung des stark  
1643 gesunkenen Stickstoffsaldos in Niedersachsen zu erreichen. Flächenbezogene  
1644 Verbote sind schnellstmöglich aufzuheben. Sie sind nach einem fachlich  
1645 anerkannten Verfahren, das die Realität objektiv abbildet, den wirklichen  
1646 Verhältnissen anzupassen. Wo es nachweislich Probleme gibt, zum Beispiel in  
1647 Regionen mit zu hohem Gülleaufkommen, wollen wir den Transport vorhandener  
1648 wertvoller Wirtschaftsdüngermengen in Ackerbauregionen sowie technische Lösungen  
1649 zur Gülle- und Gärrestaufbereitung fördern, damit es durch die gleichzeitige  
1650 Einsparung von mineralischem Dünger insgesamt zu positiven Umwelteffekten kommt.
- 1651 • Hochwertige Wissensvermittlung erhalten und ausbauen: Wir setzen uns dafür ein,  
1652 dass das Fachwissen weiterhin innerhalb der verschiedenen landwirtschaftlichen  
1653 Ausbildungs- und Studiengänge vermittelt wird sowie zeitgemäße  
1654 Weiterbildungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Genauso ist die stärkere  
1655 Vermittlung der landwirtschaftlichen Kenntnisse in den Schulen von großer  
1656 Bedeutung. Durch das Wissen über Regionalität und Saisonalität von Produkten  
1657 können die regionalen Erzeugnisse gefördert werden und Transportwege und damit  
1658 auch CO<sub>2</sub>  
1659  
1660 eingespart werden.
- 1661 • Beratungsangebote ausbauen: Wir wollen die Beratung in der Tierhaltung, in der  
1662 Acker- sowie Grünlandbewirtschaftung auf die Herausforderungen, denen sich alle  
1663 landwirtschaftlichen Betriebe gegenübersehen, weiterentwickeln und unterstützen.  
1664 Wir wollen eine Finanz- und Sozialberatung für die Themen Altersvorsorge,  
1665 Hofübergabe und Folgen des Strukturwandels für landwirtschaftliche Betriebe  
1666 einrichten.
- 1667 • ASP effektiv bekämpfen: Die Afrikanische Schweinepest (ASP) stellt weiterhin

- 1668 eine große Gefahr für die Schweinehaltung in Niedersachsen dar. Wir wollen ihre  
1669 Bekämpfung intensivieren, indem der Bund stärker koordiniert und die Länder sich  
1670 besser untereinander abstimmen.
- 1671 • **Tierschutz stärken: Rechts- und Vollzugslücken im Bereich des Tierschutzes**  
1672 müssen geschlossen werden, um der Verantwortung aus der ausschließlich dem Staat  
1673 zustehenden Eingriffskompetenz gerecht zu werden.
  - 1674 • **Verbraucherschutz stärken: Unsere Verbraucherpolitik setzt auf eine Stärkung der**  
1675 Verbraucherinnen und Verbraucher im Markt. Wir wollen Informationsmöglichkeiten  
1676 für Verbraucherinnen und Verbraucher weiter verbessern, ohne unnötige Bürokratie  
1677 zu schaffen. Wir setzen uns dafür ein, die Lebensmittelverschwendung zu  
1678 reduzieren und Alternativen zum Mindesthaltbarkeitsdatum zu entwickeln.  
1679 **Wir**  
1680 werden die Verbraucherschutzzentrale stärken und die Gebührenpflicht für  
1681 anlasslose Lebens- und Futtermittelkontrollen abschaffen.
  - 1682 • **Nutzlose Vorschriften aufheben: Das im Niedersächsischen Gesetz über das Halten**  
1683 **von Hunden (NHundG) vorgesehene Zentrale Hunderegister zeigt nicht den**  
1684 **erwarteten Nutzen. Deshalb setzen wir uns für die Aufhebung von § 16 NHundG ein.**
  - 1685 • **Wald und Forstwirtschaft: Die Wälder erbringen zahlreiche Gemeinwohlleistungen,**  
1686 **etwa im Bereich der Artenvielfalt und des Klimaschutzes. Eine Honorierung, wie**  
1687 **im Koalitionsvertrag vorgesehen, unterstützen wir. Diese wollen wir anknüpfend**  
1688 **an den Koalitionsvertrag auf Bundesebene marktorientiert honorieren. Ein großer**  
1689 **Anteil des niedersächsischen Privatwaldes ist kleinteilig strukturiert und**  
1690 **verteilt sich auf viele Eigentümerinnen und Eigentümer. Um eine forstfachlich**  
1691 **hochwertige Bewirtschaftung, Pflege und Entwicklung auch künftig**  
1692 **sicherzustellen, wollen wir die Stärkung forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse**  
1693 **stärken und unterstützen. Zunehmende Bewirtschaftungseinschränkungen und**  
1694 **Stilllegungen von Wäldern lehnen wir ab. Den Bau von Windkraftanlagen in**  
1695 **intakten Waldgebieten lehnen wir ab.**
  - 1696 • **Entschädigung für Trassenbau: Der Bau von Stromtrassen als Freileitungen und**  
1697 **besonders als Erdkabel beansprucht erhebliche Fläche, die in Niedersachsen in**  
1698 **vielen Fällen gegenwärtig land- oder forstwirtschaftlich genutzt wird. Um eine**  
1699 **kalte Enteignung der Eigentümer zu verhindern, muss eine dauerhafte und**  
1700 **angemessene Kompensation des Flächenverlustes durch den Netzbetreiber erfolgen.**
  - 1701 • **Selbstbestimmte und eigenverantwortliche Jagd: Wir stehen zu den Jägerinnen und**  
1702 **Jägern. Sie sind aktive und staatlich geprüfte Naturschützer und verdienen**  
1703 **Vertrauen. Wir fordern ein modernes Wildtiermanagement, das in engen Grenzen**  
1704 **auch eine Bejagung von Arten zulässt, die unter besonderem Schutz stehen. Dies**  
1705 **betrifft besonders Wolf, Kormoran und Biber ermöglicht. Auch für die Gänseplagen**  
1706 **in Teilen Nordost-Niedersachsens braucht es Lösungen über das Jagdrecht.**
  - 1707 • **Transformation der Tierhaltung: Wir wollen die Voraussetzungen für eine**  
1708 **verantwortliche Transformation der Tierhaltung schaffen. Es bedarf klarer**  
1709 **mittel- und langfristiger Vorgaben für Zukunftsinvestitionen und eines Förder-**  
1710 **und Finanzierungskonzepts für deren zügige Umsetzung. Das Bau- und**



- 1711 Immissionsschutzrecht muss auf die Möglichkeit zum Um- oder Neubau von Ställen  
1712 angepasst werden. Eine Reduzierung des Fleischkonsums kann vielerorts einen  
1713 positiven Beitrag für Klimaschutz und Gesundheit leisten. Auch künftig setzen  
1714 wir auf Vernunft statt staatlicher Bevormundung. Vor allem sehen wir uns aber in  
1715 der Pflicht, die niedersächsische Fleischwirtschaft bei dieser Transformation zu  
1716 unterstützen. So liegen beispielsweise enorme wirtschaftliche Potentiale in der  
1717 Herstellung und weiteren Erforschung so genannter Fleischersatzprodukte. Unser  
1718 Anspruch ist, dass Niedersachsens Landwirtschaft und Ernährungsindustrie auch in  
1719 diesem Segment führend wird. Bei dem Weg dorthin werden wir bestehende Betriebe  
1720 und Startups gezielt unterstützen.
- 1721 • Nachhaltiger Schutz der Weidetierhaltung und Pferdezucht: Wir setzen uns für  
1722 Bundesratsinitiativen ein, die einerseits offiziell den günstigen  
1723 Erhaltungszustand des Wolfes bestätigen und zum anderen auf europäischer Ebene  
1724 darauf hinwirken sollen, den Wolf in Anhang V der FFH-Richtlinie aufzunehmen.  
1725 Ein wirksames Wolfsmanagement muss die Anzahl der Wölfe auf ein mit der  
1726 Weidetierhaltung verträgliches Maß begrenzen.
- 1727 • Wertschätzung für Anglerinnen und Angler: Anglerinnen und Anglern gebührt die  
1728 Wertschätzung und Anerkennung, die ihnen als wichtige Partner in der  
1729 Gewässerbewirtschaftung und für ihre wertvolle Vereins- und Jugendarbeit in  
1730 Umweltschutz und -bildung zusteht. Allgemeine Angelverbote für die  
1731 Freizeitfischerei sind unverhältnismäßig und lehnen wir ab.
- 1732 • Beibehaltung der Niedersächsischen Kormoranverordnung: Wir wollen die  
1733 Kormoranverordnung beibehalten und ein effektives Bestandsmanagement des  
1734 Beutegreifers Kormoran und eine Kontrolle seiner negativen Auswirkungen auf  
1735 Fischbestände und Teichwirtschaft ermöglichen.
- 1736 • Niedersächsischer Smart-Farming-Fond: Die Modernisierung des Agrarsektors durch  
1737 Digitalisierung soll mittels eines Risikokapital-Fonds in Niedersachsen  
vorgebracht werden. Der Fond soll Startups und junge Unternehmen fördern, die  
Technologien entwickeln oder skalieren, die das Potenzial haben die  
Landwirtschaft wirtschaftlich deutlich weiterzuentwickeln.

## 1738 2. Umwelt und Naturschutz

1739 Indem wir die natürlichen Lebensgrundlagen schützen, schützen wir die Freiheit und  
1740 Chancen jetziger und künftiger Generationen. Dabei stehen wir für eine Umweltpolitik  
1741 mit den Menschen und nicht gegen sie. Eine solche Politik setzt maßgeblich auf  
1742 Strategien und Instrumente, die die Menschen als Partner versteht und die  
1743 insbesondere auf die Kooperation mit denjenigen setzen, die auf relevanten Flächen  
1744 leben, arbeiten oder wirtschaften.

1745 **Kernprojekt – Partnerschaftlicher Naturschutz als Leitidee:** Die biologische Vielfalt  
1746 wollen wir schützen und verbessern und ihre nachhaltige Nutzung sichern. Zu diesem  
1747 Zweck wollen wir den Vertragsnaturschutz zum Leitinstrument des Natur- und  
1748 Artenschutzes ausbauen und flexibilisieren. Wir wollen sicherstellen, dass die von  
1749 Land- und Forstwirtschaft erbrachten Öko-Leistungen verlässlich honoriert werden.

1750 Zusätzliche ordnungsrechtliche Maßnahmen und insbesondere auch weitere Ausweisungen  
1751 von Landschafts- oder Naturschutzgebieten lehnen wir ab. Wichtiger ist es uns, die  
1752 bereits unter Landschafts- und Naturschutz stehenden Flächen qualitativ aufzuwerten,  
1753 sie besser zu managen und mehr auf Klasse als auf Masse zu setzen. Dazu wollen wir  
1754 mit einer Bundesratsinitiative erreichen, dass das Ersatzgeld mit der  
1755 Realkompensation gleichgestellt wird. Zudem wollen wir die produktionsintegrierte  
1756 Kompensation als Standardinstrument etablieren und den sogenannten Niedersächsischen  
1757 Weg als kooperatives Instrument gemeinsam mit den Bewirtschaftern und den  
1758 Umweltverbänden verlässlich weiterentwickeln. Bevor zu Umweltzwecken auf privates  
1759 Eigentum zurückgegriffen wird, sehen wir den Staat in der Pflicht, seiner  
1760 Verantwortung gerecht zu werden. Deshalb wollen wir, dass vorrangig öffentliche  
1761 Flächen in Anspruch genommen werden. Das europäische Recht werden wir 1:1 umsetzen  
1762 und sicherstellen, dass auch im Vollzug nur das europäische Mindestmaß maßgeblich  
1763 ist. Wir setzen uns für eine Revision der Natura-2000-Richtlinien mit dem Ziel der  
1764 Vereinheitlichung und Flexibilisierung ein. Wir werden sicherstellen, dass die  
1765 Erarbeitung und Umsetzung der Natura-2000-Managementpläne gemeinsam mit den  
1766 betroffenen Eigentümerinnen und Eigentümer transparent und nachvollziehbar erfolgt.

1767 **Kernprojekt – Klimaschutz und regionale Entwicklung mit einer neuen**  
1768 **Moorschutzstrategie klug verbinden:** Der Schutz und die Entwicklung der Moore sind für  
1769 den Klimaschutz und den Schutz der Artenvielfalt von herausragender Bedeutung. Als  
1770 moorreichstes Land in Deutschland trägt Niedersachsen eine besondere Verantwortung  
1771 und ist in besonderem Maße betroffen. Auch der nachhaltige Schutz der Moore ist nur  
1772 gemeinsam mit den in den betroffenen Regionen lebenden, arbeiten und wirtschaftenden  
1773 Menschen möglich. Die Bedeutung der Moore für den Klimaschutz bietet für die Moor-  
1774 Regionen die Chance, den Schutz der Moore mit neuen und nachhaltigen  
1775 Entwicklungsperspektiven zu verbinden. Wir wollen, dass Moorschutz- und -  
1776 entwicklungsprogramme in einem partizipativen Prozess erarbeitet werden und  
1777 verlässliche Perspektiven für die betroffenen Menschen und Räume beinhalten. Wir  
1778 werden uns dafür einsetzen, dass der Bund und die EU die dem Ausmaß der  
1779 Transformation entsprechende Finanzierung sicherstellen.

1780 **Dafür setzen wir uns ein:**

- 1781 • **Bürger- und unternehmerfreundliche Verwaltung:** Wir wollen in der gesamten  
1782 Umweltverwaltung eine bürger- und unternehmerfreundlichere Haltung etablieren.  
1783 Sie soll sich in erster Linie als Berater und Dienstleister verstehen, sich  
1784 engagiert für beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren einsetzen und  
1785 mit Bürgerinnen und Bürgern partnerschaftlich umgehen.
- 1786 • **NLWKN neu ausrichten:** Die Organisationsstruktur des NLWKN (Niedersächsischer  
1787 Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz) wollen wir mit dem  
1788 Ziel, die Aufgaben transparenter, bürgernäher und effektiver zu erledigen,  
1789 überprüfen und ggf. anpassen.
- 1790 • **Schnelle und effiziente Genehmigungs- und Überwachungsverfahren:** Effiziente  
1791 Verfahren sind für die Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Wirtschaft von  
1792 großer Bedeutung. Deshalb wollen wir die Gewerbeaufsichtsverwaltung deutlich

- 1793 verstärken, um die Verfahren spürbar zu beschleunigen und sie so einfach wie  
1794 möglich auszugestalten.
- 1795 • Nachhaltige Wasserbewirtschaftung: Sauberes Wasser ist ein knappes Gut. Das  
1796 Wasserversorgungskonzept des Landes muss die unterschiedlichen  
1797 Nutzungsinteressen ausgewogen berücksichtigen, den Vorrang der  
1798 Trinkwasserversorgung sicherstellen und zugleich auch für die  
1799 landwirtschaftliche, gewerbliche und industrielle Nutzung Investitionssicherheit  
1800 gewährleisten.
- 1801 • Küstenschutz sicherstellen: Niedersachsen hat eine Küstenlinie von 750 km Länge.  
1802 Küstenschutz ist und bleibt eine lebensnotwendige Daueraufgabe. Dazu gehört  
1803 seine kontinuierliche Evaluation und eine entsprechende Anpassung der Maßnahmen  
1804 auf fundierter Datenlage. Dabei müssen auch die Wechselwirkungen zwischen  
1805 Küstenschutz und Ökosystemen wie Salzwiesen, Dünen und Wattboden berücksichtigt  
1806 werden. Seine Finanzierung entsprechend des im Generalplan Küstenschutz  
1807 dargestellten Bedarfs werden wir sicherstellen. Die Anpassung an die Folgen des  
1808 Klimawandels muss in der räumlichen Planung stärker berücksichtigt werden. Dazu  
1809 gehört auch ein integriertes Küstenzonenmanagement, das zur Sicherung des  
1810 Lebens- und Wirtschaftsraums beiträgt.
- 1811 • Generalplan Hochwasserschutz: Die Bedeutung des Hochwasserschutzes im Binnenland  
1812 nimmt auch in Folge des Klimawandels stetig zu. Um die Bedarfe besser zu  
1813 erfassen und somit einen Beitrag zur Klimafolgenanpassung zu leisten, wollen wir  
1814 entsprechend dem Generalplan Küstenschutz einen Generalplan Hochwasserschutz  
1815 erstellen und die Finanzierung des Hochwasserschutzes im Binnenland gemeinsam  
1816 mit EU, Bund und Kommunen sicherstellen.
- 1817 • Jägerinnen und Jäger sowie Anglerinnen und Angler sind Naturschützer: Jägerinnen  
1818 und Jäger sowie Anglerinnen und Angler sind seit Jahrzehnten Garanten für  
1819 artenreiche und vitale Bestände wildlebender Tiere. Sie sind aktive  
1820 Naturschützer. Mit ihnen gemeinsam setzen wir uns für den Natur- und Tierschutz  
1821 zum Wohle der Tiere, der Natur und der nachhaltigen Nutzung der natürlichen  
1822 Ressourcen ein. Ihre Rolle wollen wir stärken.
- 1823 • Entsorgung radioaktiver Abfälle: Die Entsorgung der radioaktiven Abfälle und die  
1824 Suche nach einem Standort für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle liegt in  
1825 der gesamtstaatlichen Verantwortung des Bundes und aller Länder. Wir setzen uns  
1826 dafür ein, dass die Standortsuche entsprechend der festgelegten Prinzipien  
1827 wissenschaftsbasiert, partizipativ, transparent, sich selbst hinterfragend und  
1828 lernend fortgesetzt wird. Kein Land darf sich diesem Prozess verweigern. Der  
1829 Standort für ein Zwischen- und Konditionierungslager für die Abfälle aus der  
1830 Schachanlage Asse II muss in einem Verfahren bestimmt werden, das mindestens  
1831 zwei geeignete Standorte in einem partizipativen und transparenten Prozess  
1832 vergleicht.
- 1833 • Meeresverschmutzung: Meeresverschmutzung, Plastikmüll und Munitionsaltlasten  
1834 stellen eine Gefahr für die Nordsee dar. Durch entschlossene Umsetzung  
1835 vorhandener und Entwicklung innovativer Konzepte zur Bewältigung dieser Probleme

1836 können wir nicht nur eine lebenswerte Umwelt erreichen, sondern auch zu neuem  
1837 wirtschaftlichem Potenzial in unserer Küstenregion beitragen. Wir wollen das  
1838 Wattenmeer konsequent schützen, auf wissenschaftlicher Grundlage Störfaktoren  
1839 evaluieren und, wo nötig, einstellen und Zielkonflikte ausräumen. An dem im  
1840 Koalitionsvertrag auf Bundesebene vereinbarten Bund-Länderfonds für die Bergung  
1841 und Vernichtung von Munitionsaltlasten in der Nord- und Ostsee wollen wir uns  
1842 entsprechend der großen Bedeutung der Nordsee für Niedersachsen maßgeblich  
1843 beteiligen.

### 1844 **3. Energie und Klimaschutz**

1845 Niedersachsen muss seinen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels leisten. Wir Freie  
1846 Demokraten wollen die Chancen nutzen, die sich aus der geografischen Position unseres  
1847 Landes an der Nordsee ergeben, Schon heute wird aus Niedersachsen bereits sehr viel  
1848 Energie durch Stromleitungen mit Gewinn in benachbarte Bundesländer und Staaten  
1849 exportiert. Dieser Wirtschaftszweig soll weiter ausgebaut werden, indem Niedersachsen  
1850 zentraler Knotenpunkt für jegliche Energieträger und damit zum Energie-Multihub wird.  
1851 Mit seinen Möglichkeiten für Import und Export durch den Zugang zur Nordsee, die  
1852 größten Gasspeicher Europas sowie weitläufige Kavernen zur Wasserstoffspeicherung und  
1853 hervorragende Möglichkeiten zur Nutzung von On- und Offshore-Windenergie sind die  
1854 notwendigen Rahmenbedingungen dafür gegeben. Die Freien Demokraten sind sich über die  
1855 geostrategische Bedeutung der deutschen Energieversorgung und -unabhängigkeit bewusst  
1856 und behalten die Versorgungssicherheit deshalb als höchste Priorität. Dabei ist für  
1857 uns wesentlich, dass Energiepolitik immer auch eine soziale Frage ist und die  
1858 Grundlage für wirtschaftlichen Wohlstand bildet.

1859 Die Energiewende bedeutet einen Wechsel von der fossilen Energieinfrastruktur hin zu  
1860 einer erneuerbaren Energieinfrastruktur. Um diesen Wechsel abzuschließen, ist der  
1861 Ausbau erneuerbarer Energien entscheidend.

1862 **Kernprojekt – Niedersachsen als Energie-Import-Multihub:** Wir wollen, dass  
1863 Niedersachsen die Voraussetzungen schafft, um zentraler Knotenpunkt für  
1864 Energieimporte und -verteilung zu werden. Dafür müssen ein oder mehrere vollständig  
1865 technologieoffene Importterminals (Energie-Multihub) an der Nordseeküste und  
1866 zentralen Flüssen wie der Elbe aufgebaut werden. Diese müssen für die aktuellen aber  
1867 auch die zukünftig verstärkt benötigten Energieträger geeignet sein. Hierbei können  
1868 bereits bestehende Strukturen und Kompetenzen genutzt und gestärkt werden. Durch  
1869 solche Energie-Multihubs wird es möglich, auch weitere Investitionen im Hinterland  
1870 auszulösen. Die Energiewende macht zukünftig große Elektrolyse-Anlagen und  
1871 Kavernenspeicher notwendig. Für beides bietet Niedersachsen aufgrund seiner  
1872 geografischen Gegebenheiten ideale Voraussetzungen. Diese können mit den Energie-  
1873 Multihubs wirtschaftlich vorteilhafte Synergien bilden. Niedersachsen hat damit das  
1874 Potenzial, zum bundesweiten Cluster für Energieverteilung mit europaweiter Bedeutung  
1875 für Import und Export von Energie zu werden. Wir wollen dabei Investitionen in  
1876 Anlagen zum Import, Export und zur Weiterverteilung von Energieträgern akquirieren  
1877 und uns an der Umsetzung proaktiv beteiligen.

1878 **Dafür setzen wir uns ein:**

- 1879 • **Ausbau und Import Erneuerbarer Energien:** Es ist unumstritten, dass für eine CO<sub>2</sub>-  
1880 neutrale Zukunft große Mengen erneuerbarer Energien benötigt werden. Zur  
1881 Erzeugung dieser bedarf es grundsätzlich großer Mengen erneuerbarer  
1882 Energieerzeuger, wie On- und Offshore-Windkraftanlagen, Photovoltaikanlagen und  
1883 Gezeitenkraftwerken. Die Freien Demokraten in Niedersachsen setzen sich für  
1884 einen Ausbau der erneuerbaren Energien unter Berücksichtigung der lokalen  
1885 Umstände ein.
- 1886 • **Klimafreundliche Innovationen fördern:** Wir Freie Demokraten sehen in neuen,  
1887 bahnbrechenden Technologien made in Lower Saxony ein enormes Potenzial zur  
1888 Bewältigung des Klimawandels. Start-ups sind dabei ein wichtiger  
1889 Innovationsmotor. Wir brauchen dringend einen massiven Innovationsschub in der  
1890 Energiebranche, um die Energiewende als Grundlage unserer Zukunft zügig zu  
1891 schaffen. Derzeit gibt es ein Dickicht an verschiedenen Förderprogrammen, für  
1892 die unterschiedlichste Kriterien erfüllt werden müssen. Oftmals sind diese  
1893 Kriterien starr und unflexibel. Um den Gründergeist und die Forschung an  
1894 umweltschonenden Technologien voranzutreiben, fordern wir Freie Demokraten die  
1895 Einrichtung eines entsprechenden Förderfonds des Landes Niedersachsen. Das Ziel  
1896 dieses Verfahrens ist es durch EINE Anlaufstelle, ein kurzes Verfahren und  
1897 maximale Offenheit und Flexibilität in der Förderung, Innovationen anzureizen  
1898 und zu beschleunigen. Dieser soll dabei nicht aus zusätzlichen Belastungen für  
1899 die Bürgerinnen und Bürger finanziert werden, sondern durch die bestehenden  
1900 finanziellen Ressourcen des Landes Niedersachsen.
- 1901 • **E-Fuels:** Wir sind der Überzeugung, dass insbesondere im Bereich der Schiff- und  
1902 der Luftfahrt E-Fuels eine entscheidende Rolle in einer CO<sub>2</sub>-neutralen Zukunft  
1903 spielen können. Auch in diesem Bereich wollen wir Niedersachsens  
1904 Standortvorteile nutzen, um klimafreundliche Innovationen voranzutreiben. E-  
1905 Fuels können lokal mit in Niedersachsen erzeugtem grünen Wasserstoff erzeugt  
1906 werden oder über die benannten Energie-Hubs aus Ländern mit einem hohen  
1907 Potenzial für die Erzeugung regenerativer Energien importiert werden. Daher  
1908 werden wir bestehende Forschungs- und Modellprojekte weiter unterstützen und  
1909 weiter ausbauen.
- 1910 • **Niedersächsische Wasserstoffstrategie:** Die norddeutschen Länder haben in der  
1911 norddeutschen Wasserstoffstrategie zu Recht festgestellt, dass der Norden über  
1912 eine gut ausgebaute Erdgasinfrastruktur verfügt und diese perspektivisch eine  
1913 wesentliche Rolle für die Etablierung einer Wasserstoffwirtschaft spielen wird.  
1914 Damit die Entwicklung der Wasserstoffwirtschaft zeitnah gelingen kann, müssen  
1915 die Maßnahmen noch stärker konkretisiert und die notwendigen rechtlich-  
1916 regulatorischen Anpassungen, zügig umgesetzt werden. Dafür benötigen wir die  
1917 politische Unterstützung und die entsprechenden politischen Rahmenbedingungen  
1918 für den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft entlang der Wertschöpfungskette.  
1919 Hierdurch ist ein Beitrag zur Energiewende, aber auch zur modernen und  
1920 zukunftssicheren Umgestaltung der niedersächsischen Wirtschaft möglich, weshalb  
1921 wir uns auf die gesamte Wertschöpfungskette konzentrieren müssen (Produktion,

1922 Transport, Einsatz). Erdgas in seiner flüssigen (LNG) und gasförmigen Form wird  
1923 im Rahmen der Transformation in diesem Zusammenhang eine wichtige  
1924 Brückenfunktion zukommen, weil grüner Wasserstoff zumindest in den kommenden ein  
1925 bis zwei Jahrzehnten ein knappes Gut sein wird. Ohne Erdgas und LNG könnten  
1926 Investition in „Hydrogen-Ready“-Anlagen nicht zeitnah begonnen werden, mit der  
1927 Folge, dass gerade jetzt zu Beginn der Transformation weitere wertvolle Zeit  
1928 verloren gehen würde. Demzufolge darf es weder zu einer Benachteiligung solch  
1929 flexiblen Agierens durch eine kostenseitige Bestrafung von Erdgasverbrauch noch  
1930 zu Nachteilen bei der Fördermittelgewährung oder in der Finanz-Taxonomie  
1931 kommen.

1932 • Versorgungssicherheit: Der Aspekt der Versorgungssicherheit ist wichtig, sowohl  
1933 für die Akzeptanz der Energiewende durch die Bevölkerung als auch für die  
1934 Entwicklung der niedersächsischen Wirtschaft. Daher setzen wir neben einem Mix  
1935 verschiedener Energieträger auf den Ausbau von Speicherkapazitäten, um  
1936 Schwankungen ausgleichen zu können, sowie auf eine stärkere Diversifizierung der  
1937 Bezugsquellen beim Energieimport, um Abhängigkeiten zu reduzieren.

1938 • Klimafolgenanpassung: Wir wollen das Land an die Folgen des Klimawandels  
1939 anpassen. Dazu gehört etwa eine gute Durchlüftung von Quartieren als  
1940 selbstverständlicher Teil der städtebaulichen Planung. Angesichts der  
1941 Herausforderungen, die der Klimawandel mit sich bringen wird, ist die Einbindung  
1942 von Freiflächen, Gewässern und Frischluftschneisen im Städtebau von großer  
1943 Bedeutung. Gerade in versiegelten und verdichteten Innenstädten sind die Folgen  
1944 von Hitzeperioden und Starkregen-Ereignissen mitzudenken. Mögliche Antworten  
1945 sind eine verstärkte Gebäudebegrünung an Dach und Fassade sowie Versickerungs-  
1946 und Stauflächen für Regenwasser. Heller Straßenbelag absorbiert erheblich  
1947 weniger Wärme als herkömmlicher Straßenbelag und könnte so einen wichtigen  
1948 Beitrag zur Abkühlung von Innenstädten sein.

#### 1949 **4. Städtebau, Raumordnung und Wohnungswesen**

1950 Niedersachsen bietet Vielfalt in der Bau- und Siedlungsstruktur. Groß- und  
1951 Universitätsstädte, viele Mittel- und Kleinstädte sowie Ortschaften machen die  
1952 lebenswerte Vielfalt unseres Bundeslands aus. Städte und Umland sind dabei nicht  
1953 Gegensätze, sondern ein Lebensraum, der gemeinsam gedacht werden muss. Die Freien  
1954 Demokraten möchten die Vernetzung zwischen Zentren und ihrem Umland verbessern.  
1955 Städte und Gemeinden sind dabei nicht nur der Wohnort, sie sind auch  
1956 Lebensmittelpunkt der Menschen. Ziel einer liberalen Raumplanung ist die Schaffung  
1957 von bedarfsgerechten Lebensräumen für alle Generationen.

1958 Die Lage auf dem Immobilienmarkt ist für Wohnungssuchende insbesondere in  
1959 Ballungszentren angespannt. Die Schaffung neuen Wohnraums hat Priorität, um die  
1960 aktuell schwierige Situation zu entspannen. Das gilt sowohl für Mietwohnungen, als  
1961 auch für den Erwerb von Eigenheimen. Für eine Stärkung der Bauvorhaben setzen die  
1962 Freien Demokraten nicht auf Verbote und kleinteilige Vorgaben, sondern auf  
1963 Bürokratieabbau, Vereinfachungen und Beschleunigungen von Bauvorhaben und mehr

1964 Transparenz in der Förderlandschaft. Intelligentes Bauen ist auch Klimaschutz. Das  
1965 zeigt sich in der Auswahl der Baustoffe, aber auch in einer angepassten Form der  
1966 Vorgaben.

1967 **Kernforderung – Wohnheime für Auszubildende:** Unter knappem Wohnraum und steigenden  
1968 Mieten leiden alle Wohnungssuchenden, besonders aber junge Menschen in ihrer  
1969 Ausbildung oder während ihres Studiums. Neben der Förderung der studentischen  
1970 Wohnheime setzen wir uns für die Schaffung neuer Azubi-Wohnheime ein. Ein Konzept  
1971 dafür sollen gemeinsam mit der Unternehmerschaft entwickelt werden.

1972 **Kernforderung – Fördermatrix Bau & Klima:** Wir treten für die Schaffung einer  
1973 „Fördermatrix Bau & Klima“ ein. Diese ermöglicht als digitale Übersicht eine einfache  
1974 Information über alle verfügbaren Fördermöglichkeiten von der EU, dem Bund und dem  
1975 Land Niedersachsen sowie landesspezifischer Programme. Je nach Vorhaben, Bedarf und  
1976 Umfang sind damit schnell mögliche Unterstützungen getrennt für Kommunen, Unternehmen  
1977 und Private einfach identifizierbar.

1978 **Dafür setzen wir uns ein:**

- 1979 • **Schneller Wohnraum schaffen:** Wir möchten die Rahmenbedingungen für alle  
1980 schaffen, schneller benötigten Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Dabei spielen  
1981 verschiedene zentrale Vorgaben eine Rolle. Wir möchten die Umnutzung bereits  
1982 vorhandener Flächen erleichtern. Alte Bebauungspläne müssen auf den Prüfstand  
1983 und Änderungsverfahren, die derzeit zwei Jahre oder länger dauern, deutlich  
1984 beschleunigt werden. Auch Nutzungsänderungen bestehender Gebäude möchten wir  
1985 erleichtern, etwa um geeignete Gewerbebauten auch in Wohnraum umwandeln zu  
1986 können und eine größere Flexibilität der Nutzung vorhandener Gebäude zu  
1987 ermöglichen.
- 1988 • **Bezahlbaren Wohnraum schaffen und erhalten:** Wir wollen die Zuschüsse des Landes  
1989 für den Sozialen Wohnungsbau besser nutzen, um deutlich mehr Investitionen  
1990 auszulösen und mehr Wohnungen zu schaffen. Die NBank als Förderbank des Landes  
1991 soll zur Investitionsagentur weiterentwickelt werden. Um günstigen Wohnraum  
1992 langfristig zu sichern, sollte das Land die Kommunen darin unterstützen,  
1993 geeignete eigene Flächen als Erbbaugrundstücke zur Verfügung stellen zu können  
1994 und mit Anbietern günstigen Wohnraumes dadurch günstigere Belastungen auch über  
1995 längere Zeiträume als die Förderdauer hinweg aushandeln zu können. Anhand  
1996 praktischer Erprobung in Modellprojekten sollen Empfehlungen entwickelt werden,  
1997 welche Auflagen im Sinne günstigen Bauens entbehrlich sind, wo geschickte  
1998 Baugestaltung zu Materialersparnis oder geringerem Energiebedarf führen können.
- 1999 • **Mehr Wohnraum für junge Menschen:** Wir setzen uns für mehr bezahlbaren Wohnraum  
2000 und damit Rückzugsmöglichkeiten für junge Menschen ein. Insbesondere im  
2001 ländlichen Raum bestehen häufig nur unzureichende Möglichkeiten ein  
2002 selbstständiges Wohnleben losgelöst vom Elternhaus zu führen - selbst wenn die  
2003 Finanzierung der Miete keine Hürde darstellt. Im ländlichen Kontext existieren  
2004 nur sehr wenige 1-2 Zimmer-Wohnungen. Der Aus- und Umbau von Wohnungen, die auf  
2005 die Bedürfnisse junger Menschen zugeschnitten sind muss deshalb stärker  
2006 gefördert werden.

- 2007 • Einfamilienhäuser: Bauland soll auch zukünftig für unterschiedliche Wohnformen  
2008 genutzt werden dürfen, um den unterschiedlichen Bedürfnissen der Bürgerinnen und  
2009 Bürger gerecht zu werden. Einseitige Verbote, wie beispielsweise zum Bau neuer  
2010 Einfamilienhäuser, lehnen wir ab. Neue Baugebiete könnten insbesondere entlang  
2011 bestehender Verkehrsachsen entstehen, insbesondere entlang vorhandener  
2012 Schienentrassen.
- 2013 • Landeswohnungsbaugesellschaft verhindern: Wir sprechen uns gegen die Schaffung  
2014 einer Landeswohnungsgesellschaft aus. Die Schaffung einer solchen Institution  
2015 wäre kostspielig und deren Wirkung gleichzeitig kaum spürbar. Regionale Akteure,  
2016 wie kommunale Wohnungsbaugesellschaften und Baugenossenschaften, kennen die  
2017 Situation vor Ort besser und arbeiten wirkungsvoller als eine zentral agierende  
2018 Gesellschaft.
- 2019 • Genehmigungsverfahren beschleunigen: Nach der Umsetzung des digitalen Bauantrags  
2020 sind nun weitere Verfahrensbeschleunigung in den zuständigen Ämtern notwendig.  
2021 Daher soll künftig immer dann ein Antrag als genehmigt gelten, wenn innerhalb  
2022 einer bestimmten Frist die Genehmigung nicht erfolgt ist (Genehmigungsfiktion),  
2023 Ausnahmen davon dürfen nur für besonders komplexe Sonderbauten gelten. Bei  
2024 bestimmten Zusatzqualifikationen auf Seiten der Antragssteller soll die  
2025 Bauantragsprüfung in einem vereinfachten und schnelleren Verfahren erfolgen. Wir  
2026 fordern zudem die Einführung von Prüfengeuren für Brandschutz insbesondere  
2027 für komplexe Bauvorhaben. Diese können zur Verfahrensbeschleunigung beitragen  
2028 und Sicherheit im Brandschutz weiter gewährleisten.
- 2029 • Fachkräfteinitiative: Aktuell führt der Fachkräftemangel in Bauämtern und im  
2030 Bauhandwerk zu langen Bearbeitungs- und Bauzeiten. Daher fordern die Freien  
2031 Demokraten eine Fachkräfteinitiative für das Land. Es sollen neue Stellen für  
2032 Bauassessoren geschaffen und der Zugang für den Quereinstieg mit  
2033 berufsbegleitender Qualifizierung verbessert werden. Wir wollen gemeinsam mit  
2034 der Bauwirtschaft ein Konzept entwickeln, wie man Schülerinnen und Schüler  
2035 besser für die Baubranche begeistern kann.
- 2036 • Niedersächsische Bauordnung: Um bundeslandübergreifende Standards zu stärken,  
2037 fordern wir eine weitere Annäherung der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) an  
2038 die Musterbauordnung der Länder (MBO). Schwerpunkt der NBauO sind Vorgaben und  
2039 Verfahren für Neubauten. Umbauten und deren Herausforderungen spiegelt sie nicht  
2040 ausreichen wider. Wir wollen die gesetzlichen Regelungen für Umbauten  
2041 vereinfachen und Verfahren beschleunigen.
- 2042 • Klimafreundliches und energiesparendes Bauen: Intelligentes Bauen ist auch  
2043 Klimaschutz. Wir wollen Modellprojekte alternativer Beheizung, wie beispielweise  
2044 Wärmepumpen und Biowärme sowie das Recycling von Baustoffen fördern und setzen  
2045 bei der Energieversorgung von Gebäuden auf Technologieoffenheit. Bei bestehenden  
2046 Gebäuden wollen wir die Anreize für energetische Sanierungen erhöhen.  
2047 Energieberatungen und energetische Sanierungen müssen vollständig steuerlich  
2048 absetzbar sein und letztere mit günstigen Krediten durch die Kreditanstalt für  
2049 Wiederaufbau gefördert werden. Bis zum Jahr 2045 soll der Gebäudebestand nahezu



2050 klimaneutral sein. Um dieses Ziel zu erreichen, benötigen wir  
2051 energieeffizientere Gebäude. Niedersachsen soll sich dafür einsetzen, die  
2052 Förderung von Wärmedämm-Verbundsystemen aus dem Programm der KfW Bank durch die  
2053 Förderung alternativer Baustoffe ersetzt wird.

2054 • Städte der Zukunft: Für Städte der Zukunft soll das Land die Umgestaltung von  
2055 Städten hin zu einem sinnvollen und attraktiven Lebensraum für alle Generationen  
2056 fördern. Es müssen sowohl altersgerechte und barrierefreie Wohnungen geschaffen  
2057 werden als auch neue Wohn- und Arbeitsformen wie etwa Micro-Appartements,  
2058 gemeinschaftliche genutzte Funktionsflächen, Tiny Houses oder Co-Working-Spaces  
2059 einfacher ermöglicht werden. Dafür könnten veränderte bauliche Anforderungen  
2060 bezüglich der Größe und der Anordnung der Wohnungen notwendig sein, aber auch  
2061 flexible Belegung von Plätzen oder die Mischung zwischen Wohn- und  
2062 Gewerbeflächen angepasst werden. Nachbarschaftsprojekte und  
2063 Stadtquartiersmanagement können ein wichtiger Bestandteil des Sozialraumes sein  
2064 und Lebensqualität und gesellschaftlichen Zusammenhalt erhöhen. Die  
2065 generationenübergreifende Vernetzung im Stadtteil zwischen Akteuren wie  
2066 Einrichtungen der Altenhilfe, Beratungsstellen, Religionsgemeinschaften,  
2067 Schulen, Kitas und der Aufbau von Nachbarschaftshilfe kann durch die  
2068 wechselseitige Nutzung von Räumen unterstützt werden.

## 2069 5. Soziales, Gesundheit, Familie und Jugend

2070 Wir Freie Demokraten wollen jedem einzelnen Menschen die größtmöglichen Chancen  
2071 eröffnen. Liberale Sozialpolitik will die Menschen dazu befähigen, für sich selbst  
2072 ein möglichst hohes Maß an gesellschaftlicher Teilhabe zu erreichen. Auch heute  
2073 werden noch viel zu vielen Menschen Steine in den Weg gelegt. Wir wollen diese  
2074 Barrieren abbauen. Gleichzeitig erkennen wir an, dass Menschen, etwa durch Armut oder  
2075 Krankheit, unterschiedliche Voraussetzungen mitbringen, um mehr gesellschaftliche  
2076 Teilhabe zu erreichen. Für diese Menschen trägt das Gemeinwesen eine Verantwortung.  
2077 Auch Menschen mit körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen müssen ein Leben in  
2078 Selbstbestimmung und Eigenverantwortung führen können.

2079 Gesundheit ist eine Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Daher brauchen  
2080 wir in Niedersachsen eine flächendeckende und vor allem qualitativ hochwertige  
2081 Gesundheitsversorgung durch alle Anbieter von Gesundheitsleistungen. Nachfrage und  
2082 Umfang der Leistungen steigen durch die Zunahme der Zahl chronisch kranker Menschen  
2083 und durch Verbesserungen und Erweiterungen der Angebote. Der demografische Wandel  
2084 wirkt sich in doppelter Weise erschwerend aus. Denn während die Zahl behandlungs-  
2085 bzw. pflegebedürftiger Menschen steigt, wird es zunehmend schwieriger, Nachwuchs im  
2086 Bereich der Gesundheitsdienstleister zu finden. Dennoch muss die erforderliche  
2087 Versorgung für alle Menschen zugänglich sein. Menschen unterschiedlichen Geschlechts  
2088 erkranken aufgrund biologischer Unterschiede zum Teil sehr verschieden. Dem müssen  
2089 auch Medizin und Forschung Rechnung tragen. Deshalb wollen wir uns für konkrete  
2090 Forschungsprojekte zu geschlechtsspezifischer Medizin und Pharmazie in Niedersachsen  
2091 einsetzen.

2092 **Kernprojekt – Neue Wege in der ambulanten Pflege:** Mehr als die Hälfte der  
2093 Pflegebedürftigen in Niedersachsen wird zu Hause von Angehörigen betreut. Knapp ein  
2094 Viertel erhält zusätzliche Unterstützung durch Pflegedienste. Die Bedeutung der  
2095 ambulanten Pflege, der Mangel an Fachkräften sowie die Belastung pflegender  
2096 Angehöriger werden vor diesem Hintergrund weiter zunehmen. Das Land muss die  
2097 ambulante Pflege besser unterstützen und die Pflege durch Angehörige besser  
2098 absichern. Dazu wollen wir neue Wege gehen. Mit dem so genannten Burgenland-Modell  
2099 sollen pflegende Angehörige in der Grundpflege ausgebildet und probeweise fest  
2100 angestellt werden. Mit dem so genannten Buurtzorg-Modell wollen wir auf eine  
2101 kleinteilige Dokumentation verzichten und die Unterstützungsleistungen aus Familie  
2102 und Nachbarschaft mit der professionellen Pflege besser koordinieren. Beide Projekte  
2103 entlasten die professionelle Pflege von Tätigkeiten in Grundpflege und Betreuung und  
2104 binden Angehörige anerkennend in neuer Weise ein.

2105 **Dafür setzen wir uns ein:**

- 2106 • **Teilhabe und Inklusion:** Wir setzen uns für umfassende Teilhabe aller Menschen  
2107 ein. Dazu gehört, Niedersachsen barrierefrei zu machen – im ÖPNV und im  
2108 Schienenverkehr, in öffentlichen Gebäuden und bei privaten Dienstleistern, die  
2109 ihre Leistungen der Allgemeinheit anbieten. Wir setzen auf moderne Instrumente  
2110 selbstbestimmter Inklusion, vom Assistenzhund über digitale und technische  
2111 Hilfsmittel bis hin zum einfachen persönlichen Budget zur Bündelung staatlicher  
2112 Leistungen. Niedersachsen muss die UN-Behindertenrechtskonvention beispielgebend  
2113 umsetzen. Die Inklusion für Jugendliche mit Behinderung soll durch passgenaue  
2114 Maßnahmen auch in der Berufsausbildung und in den berufsbildenden Schulen weiter  
2115 gestärkt werden. Das persönliche Budget für Menschen mit Behinderungen soll  
2116 durch Beratung breitere Anwendung finden und die Arbeitsmarktintegration durch  
2117 vereinfachte Verfahren erleichtert werden. Wir werden für mehr Teilhabe und  
2118 politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen an wichtigen Vorhaben  
2119 auf Landesebene sorgen. Die Mittel wollen wir erhöhen und verstätigen. Wir  
2120 stärken die Inklusion im Sport, unter anderem durch das Projekt „Indus“ und  
2121 inklusive Ligen.
- 2122 • **Inklusives Wohnen:** Es sollen landesweit Wohngemeinschaften eingerichtet werden,  
2123 in Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam leben. Die Bewohnerinnen und  
2124 Bewohner ohne Behinderung leben, unter Berücksichtigung arbeitsrechtlicher  
2125 Rahmenbedingungen (wie Urlaubsansprüche und Arbeitszeit), kostenlos in ihrer  
2126 Wohngemeinschaft, während sie ihre Mitbewohnerinnen und -bewohner mit  
2127 Beeinträchtigung betreuen. Es soll außerdem eine WG-Leitung geben, die  
2128 vollständig als sonderpädagogischer Betreuer ausgebildet ist. Das Land  
2129 Niedersachsen hat die Aufgabe, die Kommunen bei den aufkommenden Kosten zu  
2130 unterstützen.
- 2131 • **Leistungsfähigkeit der niedersächsischen Gesundheitsämter:** Die  
2132 Leistungsfähigkeit des Öffentlichen Gesundheitsdienstes muss durch  
2133 unterschiedliche Maßnahmen gestärkt werden. Zum einen muss er als Arbeitsplatz  
2134 attraktiver sein - dazu gehört auch die Einführung eines eigenen Tarifs für die  
2135 Bezahlung der Amtsärztinnen und -ärzte. Daneben ist dringend die digitale

- 2136 Ausstattung und insbesondere die Vernetzung der Gesundheitsämter auch  
2137 untereinander zu stärken – durch die Anschaffung moderner  
2138 schnittstellentauglicher IT-Infrastruktur. Deren Einführung mit Hilfe von IT-  
2139 Fachkräften ist auch durch das Land zu unterstützen.
- 2140 • Landarztmangel: Wir wollen dem Landarztmangel nicht durch die Einführung einer  
2141 Landarztquote bei der Vergabe der Studienplätze begegnen, sondern durch  
2142 Implementierung des Berufsbildes ins Studium, durch die Schaffung von  
2143 Delegationsmöglichkeiten an medizinische Fachkräfte (Community Health Nurses)  
2144 und den Ausbau telemedizinischer Angebote. Diesbezügliche Projekte sind zu  
2145 stärken.
- 2146 • Telemedizin in Niedersachsen: Vor allem im ländlichen Raum wird die Telemedizin  
2147 zu einem wichtigen Faktor in der medizinischen Versorgung. Voraussetzung ist,  
2148 dass leistungsfähige Internetverbindungen vorhanden sind. Dafür sollen sich Land  
2149 und Landkreise einsetzen.
- 2150 • Psychotherapeutische Versorgung ausbauen: Zur Sicherstellung der  
2151 psychotherapeutischen Versorgung muss die Zahl der Studienplätze für klinische  
2152 Psychologie deutlich erhöht. Daneben soll außerdem die Zahl der Kassensitze für  
2153 Psychotherapeutinnen und -therapeuten erhöht werden, um überlange Wartezeiten zu  
2154 vermeiden.
- 2155 • Traumaambulanzen: Traumaambulanzen in Niedersachsen sollen weiter ausgebaut  
2156 werden, um schnelle Hilfe nach belastenden Ereignissen zu ermöglichen.
- 2157 • Investitionen in Krankenhäuser: Das Land Niedersachsen muss auskömmliche  
2158 Investitionskosten für Plan-Krankenhäuser sicherstellen, auch im Hinblick auf  
2159 zukunftsweisende strukturverändernde Baumaßnahmen und einer umfassenden  
2160 Digitalisierung.
- 2161 • Notfallversorgung und Notrufe: Die Notfallversorgung in Niedersachsen soll unter  
2162 Einbeziehung von Portalpraxen zu einem digital vernetzten und integrierten  
2163 Notfalleitsystem ausgebaut werden. Hierdurch kann eine bedarfsgerechte,  
2164 ressourcenschonende Inanspruchnahme der verschiedenen Leistungserbringer  
2165 erreicht werden. Die Landesregierung soll sich ferner dafür einsetzen, dass die  
2166 Rufnummern 112 und 116 117 auch weiterhin getrennt gehalten werden. Zeitgleich  
2167 ist die Bevölkerung verstärkt über die Unterschiede aufzuklären. Für die 112 und  
2168 110 soll zudem die Möglichkeit einer Nothilfe-SMS eingeführt werden, damit auch  
2169 Menschen, die nicht sprechen können, eigenständig Rettungsdienst, Feuerwehr oder  
2170 Polizei alarmieren können. Rettungsdienste sollen in Niedersachsen zukünftig  
2171 flächendeckend durch Telenotärzte unterstützt werden.
- 2172 • Ausbildung in Gesundheitsfachberufen: Schulen in freier Trägerschaft sollen zur  
2173 Ausbildung in Gesundheitsfachberufen für eine Übergangszeit Finanzhilfen bereits  
2174 mit der Genehmigung des Betriebs gewährt werden, bis ein Mangel an  
2175 Ausbildungsplätzen nicht mehr besteht.
- 2176 • Cannabis-Regulierung umsetzen: Wir unterstützen die Bestrebungen der  
2177 Ampelkoalition, die kontrollierte Freigabe von Cannabis einzuführen. Der Besitz

- 2178 und Konsum sowie der Eigenanbau zur Deckung des persönlichen Bedarfs ist  
2179 volljährigen Personen zu gestatten. Durch einen Verkauf in lizenzierten  
2180 Geschäften können die Qualität kontrolliert, die Weitergabe verunreinigter  
2181 Substanzen verhindert und der Jugendschutz gewährleistet werden. Zusätzlich  
2182 wollen wir stärker in Prävention, Suchtbehandlung und Beratung investieren. In  
2183 Niedersachsen wollen wir Freie Demokraten die geplante Regulierung  
2184 wissenschaftlich begleiten und auswerten. Verkauf und Weitergabe an  
2185 Minderjährige bleiben rechtswidrig.
- 2186 • Suchtprävention: Die Suchtprävention an Schulen und in Betrieben sowie  
2187 Selbsthilfegruppen soll ausgebaut und verstärkt unterstützt werden, um einen  
2188 verantwortungsbewussten Umgang mit süchtig machenden Stoffen und Medien zu  
2189 gewährleisten.
  - 2190 • Sexuell übertragbare Krankheiten: Das Thema sexuell übertragbarer Krankheiten  
2191 ist ein sehr persönliches und häufig noch schambehaftetes. Für einen  
2192 verantwortungsbewussten Umgang mit diesem Thema und zur besseren Prävention  
2193 solcher Krankheiten sollen landesweit kostenfrei anonyme Tests auf jegliche  
2194 sexuell übertragbaren Krankheiten angeboten werden. Dies kann weiter durch die  
2195 bestehenden Strukturen der Selbsthilfeorganisationen, insbesondere die AIDS-  
2196 Hilfen, geleistet werden. Deren Arbeit muss das Land weiterhin verlässlich  
2197 fördern.
  - 2198 • Schwangerschaftsabbrüche: Die Anzahl von Ärztinnen und Ärzten, die Abtreibungen  
2199 vornehmen, ist zu niedrig, um eine wohnortnahe Versorgung zu gewährleisten.  
2200 Betroffene müssen bessere Möglichkeiten haben, sich über die Versorgungslage zu  
2201 informieren. Daher begrüßen wir Freie Demokraten die Streichung des § 219a StGB  
2202 und setzen uns zudem für eine Verpflichtung der Krankenhäuser sowie  
2203 Gynäkologinnen und Gynäkologen ein, auf Anfrage darüber zu informieren, wo in  
2204 der Nähe ein Schwangerschaftsabbruch durchgeführt werden kann.
  - 2205 • Pflegenotstand begegnen: Um dem Personalmangel in der Pflege entgegenzuwirken,  
2206 sollen ausländische Berufsabschlüsse im Pflegebereich großzügiger und vor allem  
2207 schneller als bisher anerkannt werden. Hierfür soll das Land Niedersachsen ein  
2208 eigenes Kompetenzzentrum einrichten, das die Formalitäten der Anerkennung  
2209 zeitnah bearbeitet. Daneben müssen auch die Arbeitsbedingungen in der Pflege  
2210 drastisch verbessert werden. Dazu gehören u. a. verlässliche Dienstpläne, die  
2211 die individuellen Möglichkeiten der Pflegenden berücksichtigen, regelmäßige  
2212 Pausen und eine Sicherstellung der Kinderbetreuung. Daneben sollen Pflegekräften  
2213 auch verstärkt psychosoziale Unterstützungsangebote zur Verfügung gestellt  
2214 werden. Zudem bedarf es einer Verbesserung der Entlohnung von Pflegekräfte  
2215 entsprechend ihrer Qualifikation. Viele Fachkräfte wenden der Pflege nach  
2216 wenigen Jahren den Rücken zu. Diese Menschen werden allerdings dringend für die  
2217 Versorgung unserer Bevölkerung benötigt. Deshalb fordern wir eine  
2218 Rückholkampagne für Pflegekräfte und Fortbildungen zur Erleichterung des  
2219 Wiedereinstiegs.
  - 2220 • Keine Isolation von Pflegebedürftigen: Der Infektionsschutz in der stationären

- 2221 Pflege muss insbesondere in Pandemiezeiten vor allem durch gewissenhafte Hygiene  
2222 und engmaschige Tests sichergestellt werden. Eine Isolation gegenüber  
2223 Angehörigen gilt es insbesondere bei sterbenden Menschen unbedingt zu vermeiden.  
2224 Die Heimaufsichten müssen sicherstellen, dass die Persönlichkeitsrechte in  
2225 Pflegeheimen gewahrt bleiben.
- 2226 • Entlastung pflegender Angehöriger: Um pflegende Angehörige zu entlasten, müssen  
2227 die Zahl der Tagespflegeplätze aufgestockt und zusätzliche spezielle  
2228 Nachtpflegeplätze eingerichtet werden. Insgesamt sollen mehr Kurzzeit-  
2229 Pflegeplätze vorgehalten werden. Hierzu ist ein unabhängiges, zentrales und  
2230 digitales Register mit Übersicht über die verfügbaren Kurzzeitpflegeplätze  
2231 einzurichten, das täglich aktualisiert wird.
  - 2232 • Niedersächsische Demenzstrategie umsetzen: Angesichts der wachsenden Zahl an  
2233 Demenzkranken soll die Öffentlichkeit stärker für dieses Thema sensibilisiert  
2234 werden. Hierzu sollen lokale Netzwerke und sogenannte Demenzlotsen eingesetzt  
2235 werden, um die Betroffenen und ihre Angehörigen zu unterstützen, aber auch  
2236 demenzsensibles Umfeld zu schaffen. Auch die medizinische und pflegerische  
2237 Versorgung von Menschen mit Demenz muss weiterentwickelt werden, indem die Aus-  
2238 und Fortbildung der professionell Pflegenden und der therapeutischen  
2239 Professionen hierin verstärkt werden. Spezielle Wohnformen für demenziell  
2240 Erkrankte z.B. in Form von Demenz-Dörfern sind auszubauen. Im Zuge der Umsetzung  
2241 der nationalen Demenzstrategie ist es unabdingbar, Vorhaben zur Erforschung von  
2242 Prävention und Therapie von Demenz zu fördern.
  - 2243 • Corona: Zusammen mit dem Bund soll in Niedersachsen eine Strategie entwickelt  
2244 werden, in der die Öffentlichkeit für die Themen Long- und Post-Covid  
2245 sensibilisiert wird. Hierzu sollen für Betroffene und ihren Angehörigen im  
2246 städtischen und im ländlichem Raum Anlaufstellen geschaffen werden um gezielt  
2247 medizinische, pflegerische und therapeutische Hilfe in Anspruch nehmen zu können  
2248 und somit eine Wiedereingliederung in der Gesellschaft voranzutreiben. Ebenso  
2249 sollen Aus- und Fortbildungen für Ärzte, Therapeuten und medizinisches Personal  
2250 über die Erkrankung und Behandlung von Long- und Post-Covid gefördert werden.  
2251 Die Forschung zu Long- und Post-Covid soll verstärkt werden.
  - 2252 • Geburtshilfe: In Niedersachsen soll ein Geburtshilfestärkungsgesetz eingeführt  
2253 werden. Dieses soll u.a. die Schaffung eines Hebammenstellenprogrammes und  
2254 die Veröffentlichung des Hebammen-Betreuungsschlüssel in Krankenhäusern  
2255 vorsehen. Daneben soll die Zeit, die Hebammen benötigen, um Hebammenstudentinnen  
2256 und -studenten anzuleiten, vergütet werden. Praxisgründungen für Hebammen und  
2257 Geburtshäuser sollen in den Landkreisen unbürokratisch ermöglicht werden.
  - 2258 • Kostenlose Damenhygieneprodukte: In Bildungseinrichtungen sollen zukünftig  
2259 kostenfreie Damenhygieneprodukte zur Verfügung gestellt werden.
  - 2260 • Frauenhäuser: Die Situation der niedersächsischen Frauenhäuser ist durch  
2261 chronischen Platzmangel gekennzeichnet. Frauenhäuser sollen daher personell  
2262 unterstützt werden und in ihrem öffentlichen Auftritt klarstellen, dass sie  
2263 Unterstützung in Fällen häuslicher oder sexualisierter Gewalt auch durch

- 2264 Beratungen für betroffene oder bedrohte Mädchen und Frauenleisten. Die  
2265 Finanzierung soll durch Landeszuschüsse verlässlich gesichert werden. Bei der  
2266 Berechnung von Zuschüssen zu Frauenhäusern die Zahl der Kinder berücksichtigen,  
2267 die eine Frau mitbringt.
- 2268 • **Männerschutzeinrichtungen:** Auch männliche Opfer häuslicher Gewalt müssen  
2269 berücksichtigt werden. Die Bereitstellung von Beratungsstellen und  
2270 Männerschutzwohnungen muss daher durch finanzielle Förderungen und eigenständige  
2271 Förderrichtlinien langfristig sichergestellt werden. In Niedersachsen sollen  
2272 zudem Angebote nach dem Vorbild des Männerhilfe-Telefons aus Nordrhein-Westfalen  
2273 und Süddeutschland eingeführt werden.
  - 2274 • **Wirkungsvoller Kinderschutz:** Abläufe in Jugendhilfe und Jugendämtern müssen  
2275 regelmäßig extern überprüft werden. Die entsprechenden Prüfungsergebnisse sind  
2276 zu dokumentieren. Einrichtungen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten,  
2277 ihnen Freizeitangebote machen, sollen Kinderschutzkonzepte aufstellen.  
2278 Hilfestellung dazu kann durch die Fachberatungsstellen erfolgen, Fortbildungen  
2279 mit Schwerpunkt Kinderschutz für haupt- wie ehrenamtliche Mitarbeiter sind  
2280 auszubauen.
  - 2281 • **Begleitung von Scheidungskindern:** Die Scheidung der Eltern stellt für viele  
2282 junge Menschen eine einschneidende Erfahrung in ihrem Leben dar. Um ihnen den  
2283 Umgang hiermit möglichst einfach zu machen, werden Gerichte und Jugendämter  
2284 nachdrücklich darin bestärkt, betroffenen Kindern und Jugendlichen auch nach  
2285 einer Scheidung noch regelmäßigen Kontakt zu beiden Elternteilen zu ermöglichen.  
2286 Für Familienrichterinnen und -richter soll eine entsprechende  
2287 Fortbildungspflicht eingeführt werden. Zudem soll die psychologische  
2288 Unterstützung für Kinder und Jugendliche in Scheidungssituationen in  
2289 ausreichendem Umfang und auch als Gruppenangebot verfügbar gemacht werden.
  - 2290 • **Mental Health bei Kindern:** Gerade mit Blick auf die Corona-Pandemie dürfen  
2291 psychische Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen nicht länger tabuisiert  
2292 werden. Das Thema Mental Health muss daher stärker in den Fokus der  
2293 Öffentlichkeit gerückt und spezielle Beratungs- und Therapieangebote für Kinder  
2294 und Jugendliche insbesondere mit Blick auf das Traumanetzwerk Niedersachsen  
2295 weiter ausgebaut werden. Daneben muss die Anzahl an Schulsozialarbeiterinnen und  
2296 -arbeitern sowie Schulpsychologinnen und -psychologen an den niedersächsischen  
2297 Schulen erhöht werden. Auch in der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften soll die  
2298 Aufklärung über psychische Erkrankungen verstärkt thematisiert werden
  - 2299 • **Jugendförderung:** Jugendorganisationen und Jugendsparten leisten einen wichtigen  
2300 Beitrag für unser Gemeinwesen sowie zur Förderung der Selbstständigkeit junger  
2301 Menschen. Die Förderrichtlinien des Landes Niedersachsen sind daher dahingehend  
2302 anzupassen, dass auch die Selbstorganisation von Jugendorganisationen und  
2303 Jugendsparten förderfähig wird. Gleiches muss für Bildungsveranstaltungen in  
2304 anderen Bundesländern und im europäischen Ausland gelten. Kosten für die  
2305 Eintragung und Änderung des Vereinsregisters sind in jedem Fall vollständig zu  
2306 erstatten.

- 2307 • Digitalisierung für alle: Die Digitalisierung stellt eine Chance für die gesamte  
2308 Gesellschaft dar. Hierzu müssen wir jedoch allen Menschen digitale Teilhabe  
2309 ermöglichen. Dabei muss auch Inklusion mitgedacht werden. Hierbei sind  
2310 insbesondere Seniorinnen und Senioren zu berücksichtigen. In allen  
2311 Einrichtungen, in denen Seniorinnen und Senioren leben und zusammentreffen, ist  
2312 daher flächendeckend WLAN zur Verfügung zu stellen. Daneben sollen digitale  
2313 Schulungen in Senioren- und Pflegeeinrichtungen durchgeführt werden. Die Kosten  
2314 hierfür sollen in den Heimkosten integriert sein. Auch andere entsprechende  
2315 Bildungsangebote für Seniorinnen und Senioren, etwa der Volkshochschulen, sollen  
2316 ausgebaut und weiterentwickelt werden. Die Nutzung digitaler Anwendungen darf  
2317 weder an fehlender technischer Ausstattung noch an fehlenden Kenntnissen und  
2318 Fähigkeiten scheitern. Angebote in leichter und einfacher Sprache bauen wir aus.
- 2319 • Seniorenservice-Büros: Einrichtungen wie Seniorenservice-Büros sollen auch  
2320 weiterhin gefördert werden. Entsprechende Beratungsangebote sind stärker und  
2321 auch in Fremdsprachen zu bewerben. Die Beratungen sollen vor allem  
2322 Unterstützungsangebote im Alltag, mögliche Hilfsmittel, unfallvermeidende  
2323 Wohnungseinrichtung, altersgerechte Umbauten, Zuschüsse für Hilfsmittel und  
2324 Umbauten umfassen.
- 2325 • Gesellschaftliche Teilhabe von Seniorinnen und Senioren: Auch im Alter sollen  
2326 Menschen noch weiterhin aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Die  
2327 ehrenamtliche Mitarbeit von Seniorinnen und Senioren in den verschiedensten  
2328 Bereichen soll daher systematisch gefördert und beworben werden. Hierbei setzen  
2329 wir vor allem auf die Kooperation mit lokalen Vereinen und Organisationen,  
2330 insbesondere in Zusammenhang mit der örtlichen Jugendarbeit.
- 2331 • Niemanden zurücklassen: Biografien und Lebenswege verlaufen nicht immer  
2332 gradlinig – es ist Teil unseres Menschenbildes, Menschen zu befähigen, sich  
2333 wieder selbst zu helfen, wenn sie in Schwierigkeiten geraten sind. Dazu brauchen  
2334 sie Beratungsangebote wie Schuldnerberatung, Straffälligenhilfe, Housing-First-  
2335 Wohnprojekte und andere innovative Projekte, zum Teil ergänzt um digitale  
2336 Angebote. Wohnraum zu finden ist für diese Menschen noch schwieriger sein als  
2337 ohnehin schon – wir wollen sie dabei unterstützen. Als ersten Schritt möchten  
2338 wir dazu eine umfassende Vernetzung der Beteiligten der Wohnungswirtschaft wie  
2339 der Beratungs- und Unterstützungsstrukturen erreichen.

## 2340 **6. Ehrenamt und Weiterbildung**

2341 Niedersachsen wird geprägt durch das vielfältige ehrenamtliche Engagement seiner  
2342 Bürgerinnen und Bürger in allen Lebensbereichen. Viele Niedersachsen sind mindestens  
2343 in einem Verein persönlich oder materiell engagiert. Das Vereinsleben ist ein Garant  
2344 für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und bietet oftmals die Struktur und den  
2345 rechtlichen Rahmen für das Ehrenamt. In allen Bereichen des zivilgesellschaftlichen  
2346 Lebens setzen wir uns dafür ein, dass die Sache im Vordergrund steht und nicht die  
2347 Bürokratie. Wir machen uns stark dafür, dass den Menschen die sich einbringen der  
2348 notwendige Respekt und Dank entgegengebracht wird. Beleidigungen und Angriffe auf

2349 ehrenamtliche Tätige, beispielsweise Feuerwehrleute oder Kommunalpolitikerinnen und -  
2350 politiker, müssen entschieden verfolgt und geahndet werden.

2351 Wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungsprozesse der letzten Jahrzehnte  
2352 führen dazu, dass sich Berufsbilder und Lebensverhältnisse wandeln. Um erfolgreich im  
2353 Berufsleben, aber auch darüber hinaus zu bestehen und am politischen  
2354 Meinungsbildungsprozess teilhaben zu können, sind die Bereitschaft und die  
2355 Möglichkeit zur Fort- und Weiterbildung von herausragender Bedeutung. Vor diesem  
2356 Hintergrund bedarf es vor allem einer Kultur der Weiterbildung und eines breiten  
2357 Angebots der Weiterbildung für die Bürgerinnen und Bürger durch Engagement von  
2358 Wirtschaft, Verbänden, aber auch des Landes.

2359 **Kernprojekt - digitale Bildungsarena:** Wir werden die vielfältigen Angebote von  
2360 Weiterbildungen in Niedersachsen bündeln und auf einer gemeinsamen Plattform für die  
2361 Bürgerinnen und Bürger zugänglich machen. Wir wollen die Vielzahl von  
2362 Bildungsangeboten für lebenslanges Lernen von öffentlichen und privaten Anbietern  
2363 transparent und strukturiert auf einer zentralen digitalen Plattform einsehbar und  
2364 buchbar machen. Diese digitale Bildungsarena soll den Zugang zu Weiterbildungen  
2365 erleichtern, gleichzeitig die Anerkennung erworbener Kompetenzen erleichtern und auf  
2366 individuellen Wunsch auch dokumentieren und archivieren.

2367 **Dafür setzen wir uns ein:**

2368 • **Grundbildungsoffensive:** Wir wollen die Kapazitäten für den zweiten Bildungsweg  
2369 ausbauen und ausreichend Sprach- und Integrationsangebote vorhalten. Wir wollen  
2370 zudem deutlich ambitionierter geringer Literalität begegnen und die  
2371 Rahmenbedingungen zur Nachholung von Schulabschlüssen verbessern.

2372 • **Institutionen der Erwachsenenbildung:** Die kommunalen und landesbezogenen  
2373 Einrichtungen der Erwachsenenbildung sowie die Heimvolkshochschulen wollen wir  
2374 in ihrer Professionalisierung begleiten. Wir wollen die Grundfinanzierung der  
2375 Erwachsenenbildung verstetigen und jährlich an die allgemeine Kostenentwicklung  
2376 anpassen. Wir wollen die Einrichtungen bei der Transformation von Arbeit und  
2377 Gesellschaft einbinden. Pandemiebedingte Auswirkungen auf die Einrichtungen der  
2378 Erwachsenenbildung wollen wir ausgleichen und Digitalisierungsanstrengungen  
2379 fördern.

2380 • **Politische Bildung:** Wir Freie Demokraten begreifen die Landeszentrale für  
2381 politische Bildung mit ihrem politischen Bildungsauftrag als essentiellen  
2382 Bestandteil für unsere demokratische Bildungslandschaft. Wir wollen darüber  
2383 hinaus weitere Akteure der politischen Bildung vernetzen und ihren Bestand  
2384 absichern. Politische Bildung bleibt die Grundlage für den Kampf gegen  
2385 Rassismus, Antisemitismus und andere verfassungsfeindliche Tendenzen in unserer  
2386 Gesellschaft.

2387 • **Feuerwehr und Katastrophenschutz:** Viele Menschen sind in der Not für andere da.  
2388 Durch eine Novellierung des Brandschutzgesetzes und des  
2389 Katastrophenschutzgesetzes wollen wir die Rechtsstellung der ehrenamtlichen  
2390 Einsatzkräfte stärken, ihren Einsatz absichern und die Grundlage dafür schaffen,  
2391 dass sie bestens ausgebildet und ausgestattet in den Einsatz gehen. Die



- 2392    Ausbildungskapazitäten an den Standorten des Landesamtes für Brand- und  
2393    Katastrophenschutz (vormals "Landesfeuerweherschule") müssen ausgebaut und  
2394    attraktiver gestaltet werden; eine Verlagerung der Ausbildung in Richtung und  
2395    zulasten der kommunalen Ebene lehnen wir ab. Die Rechtsstellung der Helferinnen  
2396    und Helfer im Katastrophenschutz für Einsätze unterhalb der Katastrophenschwelle  
2397    wollen wir mit den Helferinnen und Helfern der Freiwilligen Feuerwehren  
2398    gleichstellen.
- 2399 • Sport: Der Sport in Niedersachsen lebt vom Engagement in den Vereinen. Wir  
2400    werden die Förderung des Ehrenamts im Sport weiter stärken und einen Schwerpunkt  
2401    auf die Qualifikation setzen.
- 2402 • Kommunalpolitik: Auch die Kommunalpolitik lebt von dem ehrenamtlichen Engagement  
2403    der Bürgerinnen und Bürger die sich alle fünf Jahre zur Wahl stellen. Durch eine  
2404    Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für digitale Sitzungen und der  
2405    Rechtsstellung kleinerer Fraktionen/Gruppen wollen wir dieses Ehrenamt  
2406    attraktiver gestalten und insbesondere dafür sorgen, dass mehr Menschen Beruf  
2407    und Ehrenamt in Einklang bringen können.
- 2408 • Freiwilligendienste: Die Freiwilligendienste (BFD/FSJ) haben sich als wichtige  
2409    Elemente zur Unterstützung gesellschaftlicher Strukturen und zur  
2410    Persönlichkeitsentwicklung gerade junger Menschen erwiesen. Sie leisten auch  
2411    einen Beitrag, um neue ehrenamtliche Helfer zu gewinnen. Das in  
2412    Landeszuständigkeit stehende Freiwillige Soziale Jahr muss gerade in Zeiten der  
2413    Pandemie gefördert werden, etwa um das FSJ im Sport aufrechterhalten zu können.  
2414    Hier dürfen keine Strukturen wegbrechen. Die Träger des FSJ benötigen außerdem  
2415    einen zentralen Ansprechpartner auf Landesebene.
- 2416 • Ehrenamt attraktiv gestalten: Ehrenamtliches Engagement verdient eine stärkere  
2417    Anerkennung und Förderung durch die Politik. Für eine Ausbildung oder ein  
2418    Studium förderliche Erfahrungen aus einer ehrenamtlichen Tätigkeit sind bei der  
2419    Bewerbung um einen Ausbildungs- oder Studienplatz deshalb besonders zu  
2420    berücksichtigen. Weiterhin wollen wir darauf hinwirken, dass auch die BAFÖG-  
2421    Bezugsdauer durch nachgewiesenes ehrenamtliches Engagement der Empfängerin bzw.  
2422    des Empfängers verlängert werden kann. Dem Vorbild Schleswig-Holsteins folgend,  
2423    soll die die Ehrenamtskarte zukünftig automatisch gemeinsam mit der  
2424    Jugendleitercard (Juleica) beantragt und erworben werden.
- 2425 • Ehrenamt braucht Nachwuchs: Wir Freie Demokraten wollen junge Menschen  
2426    frühzeitig an ehrenamtliches Engagement heranführen. Deshalb sollen bereits in  
2427    der Schule einzelne Kurse oder sogar Bestandteile der Grundausbildung der  
2428    Feuerwehr, des DRK, des THW und ähnlicher Organisationen im Rahmen von  
2429    Projekten, als Wahl(pflicht)fächer oder in Arbeitsgemeinschaften nach dem  
2430    regulären Unterricht angeboten werden können. Daneben setzen wir uns dafür ein,  
2431    dass für alle Schülerinnen und Schüler der SEK I – angelehnt an die  
2432    Berufsorientierungstage – mindestens einmal im Laufe der SEK I ein Tag des  
2433    Ehrenamts organisiert wird, in dessen Rahmen sich ehrenamtliche Vereine und  
2434    Organisationen präsentieren und für sich werben können. Hierdurch wollen wir

2435 möglichst viele junge Menschen für das Ehrenamt begeistern und hierzu befähigen.

## 2436 **7. Sport**

2437 Sport ist ein zentraler Faktor bei der Persönlichkeitsentwicklung und hat zugleich  
2438 eine hohe Relevanz für die Gesundheit jedes Einzelnen. So verbindet der Sport unsere  
2439 Gesellschaft, indem Werte, soziale Kompetenz, Toleranz, Teamgeist und Fairness  
2440 vermittelt werden. Sport bedeutet Aktivität, Gesundheitserhaltung, Prävention von  
2441 Gesundheitsbeeinträchtigungen und Lebensfreude. Wir setzen uns für eine unabhängige  
2442 und vielfältige Sportlandschaft in Niedersachsen ein. Ohne die über 2,5 Millionen  
2443 Mitglieder in den über 9.000 Sportvereinen zwischen Nordsee und Harz wäre unser Land  
2444 ärmer an Teilhabe, Zusammenhalt und Bewegung.

2445 **Kernprojekt - Sport als Angebot für alle:** Wir werden die Förderung des Sports in  
2446 Niedersachsen verstetigen und ausbauen. Dazu gehört für uns die Verstärkung der  
2447 Investitionen in die Sanierung von Sportstätten - insbesondere Schwimmbädern - und  
2448 die Förderung von modernen Sportstätten mit barrierefreien Zugängen, gesenkten  
2449 Energieverbrauch und -kosten und mit attraktiven Bewegungsangeboten. Wir werden die  
2450 Vereine dabei unterstützen, Mitglieder und Angebote nach Ende der Pandemie  
2451 wiederaufzubauen und damit den Menschen wieder ein breites Angebot des Vereinssports  
2452 machen zu können. Wir werden den Schulsport als zentrales Element des schulischen  
2453 Bildungs- und Erziehungsauftrags stärken. Wir sehen das Land in der Verantwortung,  
2454 dass die Vorgabe, dass sich jedes Kind am Ende der Grundschulzeit eigenständig durch  
2455 Schwimmbewegungen über Wasser halten können soll, auch erfüllt werden kann. Wir  
2456 wollen die Kooperation von Schulen und Vereinen im Ganztagsbereich ausbauen. Wir  
2457 werden uns dafür einsetzen, dass die Krankenkassen die Vereine bei Präventions- und  
2458 Rehabilitationsangeboten besser unterstützen. Mit der Förderung von integrativen und  
2459 inklusiven Angeboten wollen die zentrale gesellschaftliche Funktion von Sport  
2460 herausstellen: Menschen einander näher zu bringen.

### 2461 **Dafür setzen wir uns ein:**

- 2462 • finanzielle Förderung: Die Sportförderung werden wir verstetigen und den  
2463 Glücksspielstaatsvertrag als Grundlage der finanziellen Förderung nach  
2464 skandinavischem Vorbild modernisieren, um dem Jugend- und Spielerschutz, der  
2465 finanziellen Kontrolle und der Besteuerung von Angeboten mehr Geltung zu  
2466 verschaffen. Der Amateur- und Vereinssport soll an den zusätzlichen Einnahmen  
2467 auf Sportwetten angemessen beteiligt werden.
- 2468 • Fankultur: Wir freuen uns über eine lebendige Fankultur im Fußballsport und  
2469 anderen Sportarten. Eine pauschale Diskriminierung und Überwachung von Sportfans  
2470 durch dauerhaft personalisierte Tickets, automatisierte Gesichtserkennung oder  
2471 Verkehrsmittelzwang lehnen wir ab. Stattdessen setzen wir auf Dialog,  
2472 Integration und Fanprojekte, die wir unterstützen wollen. Bei Chaoten sowie  
2473 Gewalttäterinnen und Gewalttätern müssen Vergehen allerdings mit klaren  
2474 Sanktionen geahndet werden, um deutlich zu machen, dass Gewalt, Rassismus und  
2475 Hass im Sport nichts zu suchen haben. Für uns Freie Demokraten ist der  
2476 kontrollierte und zuvor genehmigte Einsatz von Pyrotechnik der richtige Weg um

- 2477 Feuerwerkskörper, nicht-löschbare Pyrotechnik oder ähnliches aus den Stadien zu  
2478 verdrängen.
- 2479 • Schützenvereine: Das ehrenamtliche Engagement in den Schützenvereinen halten wir  
2480 insbesondere in ländlichen Regionen für eine besonders wichtige Säule des  
2481 gesellschaftlichen Zusammenhalts. Die Inklusionsprojekte im Schützensport sind  
2482 vorbildlich. Eine Stigmatisierung von Sportschützinnen und -schützen lehnen wir  
2483 ab. Wir unterstützen die Modernisierung und Schaffung von Barrierefreiheit bei  
2484 Schießsportanlagen und wollen den verantwortungsvollen Umgang mit Sportwaffen  
2485 fördern.
- 2486 • Anti-Doping-Kampf: Wir wollen die Prävention im Anti-Doping-Kampf durch die  
2487 Anti-Doping-Beauftragten in den Vereinen und Verbänden weiter stärken.  
2488 Niedersachsen soll zudem die Initiative ergreifen für ein neues Abkommen von  
2489 Bund und Ländern zur Finanzierung der Nationalen Anti Doping Agentur. Der  
2490 Landessportbund soll bei seinen Aktivitäten gegen Doping weiter unterstützt  
2491 werden und Dopingvergehen müssen durch Athleten- und Kaderverträge stärker  
2492 bestraft werden.
- 2493 • Sport inklusiv gestalten: Wir wollen der wachsenden Bedeutung des  
2494 Behindertensportes Rechnung tragen und dieser mit einer verbesserten  
2495 Unterstützung gerecht werden. Um Talente angemessen zu fördern, sollen  
2496 Trainingszentren für Sportlerinnen und Sportler mit Behinderungen ausgebaut  
2497 werden. Die Förderung des Behindertensportes beginnt aber bereits in der Schule.  
2498 Hier ist es wichtig, dass Schülerinnen und Schüler mit geistigen oder  
2499 körperlichen Behinderungen nicht etwa einfach auf die Bank gesetzt, sondern dass  
2500 sie im Unterricht eingebunden und individuell gefördert werden.
- 2501 • eSport: Der eSport findet mehr und mehr Anhänger in Niedersachsen. Diesen Trend  
2502 wollen wir gestalten anstatt ihn zu ignorieren oder abzulehnen. Viele  
2503 Jugendeinrichtungen und Sportvereine halten eSport-Angebote bereit. Die Anzahl  
2504 ehrenamtlicher Aktiver in diesem Bereich wächst. Wir wollen den eSport in  
2505 Niedersachsen durch mehr Mittel für Medienkompetenz von Kindern und  
2506 Jugendlichen, schnellerem Internet und wissenschaftlicher Evaluation fördern und  
2507 begleiten. Traditioneller Sport und eSport können voneinander profitieren und  
2508 sind kein unversöhnlicher Gegensatz. Sportvereine, die ein ergänzendes Angebot  
2509 bereitstellen, dürfen dadurch in ihrer Gemeinnützigkeit nicht gefährdet und auch  
2510 reinen eSport-Vereinen soll die Gemeinnützigkeit ermöglicht werden. eSport  
2511 bietet die Möglichkeit, über körperliche Voraussetzungen hinwegzusehen und kann  
2512 es möglich machen Menschen mit und ohne Behinderungen zusammenzubringen. Wir  
2513 sehen den eSport als echtes Inklusionsprojekt.

## 2514 **8. Kunst und Kultur**

- 2515 Das kulturpolitische Potenzial des Landes Niedersachsen ist noch nicht ausgeschöpft.  
2516 Als Freie Demokraten wollen wir die Vielfalt und die Freiheit des kulturellen Lebens  
2517 sichern und dieses für alle Menschen im Land zugänglich machen. Wir betrachten die  
2518 Kulturförderung als zentrale gesellschaftliche Aufgabe. Wir verstehen die

2519 Kreativwirtschaft als wichtigen Wirtschaftszweig. Und wir Freie Demokraten verstehen  
2520 uns als Partner der Freischaffenden in diesem Land. Das gilt insbesondere für die  
2521 Zeit während und nach der Pandemie. Das Land hat einen verlässlichen finanziellen und  
2522 rechtlichen Rahmen zu schaffen, in dem künstlerisches Wirken ohne politische  
2523 Einflussnahme frei entfaltet werden kann. Auch dies stellt einen Beitrag zur Stärkung  
2524 unseres demokratischen Zusammenlebens dar. Kultur im urbanen und Kultur im ländlichen  
2525 Raum haben für uns den gleichen Stellenwert. Wir zeigen uns offen für neue und  
2526 interdisziplinäre Kulturakteure in urbanen Räumen und wir verstehen die Eröffnung  
2527 kultureller Angebote in der Fläche als Form der Daseinsvorsorge.

2528 **Kernprojekt - Kulturfreiheitsgesetz:** Mit einem Kulturfreiheitsgesetz wollen wir die  
2529 Grundlage für die Weiterentwicklung des kulturellen Lebens in Niedersachsen sichern  
2530 und einen verlässlichen rechtlichen und kulturpolitischen Rahmen schaffen. Kultur  
2531 lebt von Staatsferne und Unabhängigkeit. Wir wollen die Kulturförderung  
2532 entbürokratisieren und dafür sorgen, dass mehr Mittel bei den Künstlerinnen und  
2533 Künstlern ankommt. Dazu gehört eine Verstetigung und Anhebung der Kulturausgaben des  
2534 Landes. Das Gesetz soll die finanzielle Förderung langfristig absichern und damit den  
2535 kulturellen Akteuren, Spielstätten und Institutionen in Niedersachsen  
2536 Planungssicherheit und Freiräume zur Weiterentwicklung geben. Angemessene Gagen,  
2537 steigende Energie- und Personalkosten dürfen nicht Jahr für Jahr zu Abstrichen im  
2538 kulturellen Angebot führen. Dazu gehört auch die Instrumente der Struktur-,  
2539 Konzeptions-, Investitions- und Projektförderung zu überprüfen und neu zu justieren.  
2540 Förderstrukturen müssen leichter zugänglich gemacht werden für kleine Vereine und  
2541 private Akteurinnen und Akteure im kulturellen Bereich, um beispielsweise privates  
2542 Engagement zu hebeln. Wir wollen in den Geltungsbereich ebenso die Kreativwirtschaft,  
2543 wie auch popkulturelle Initiativen wie Festivals und Livemusikspielstätten  
2544 einbeziehen. Kulturfreiheit bedeutet für uns Freie Demokraten aber Zugänge zur Kultur  
2545 zu schaffen. Dazu gehört ein freier Zugang von Kindern und Jugendlichen zu  
2546 Kulturinstitutionen des Landes und niedrigschwellige Angebote zur Kulturvermittlung  
2547 wie „Wir machen Musik“, „Schule macht Kultur“ oder Kulturkindergärten.

2548 **Dafür setzen wir uns ein:**

- 2549 • **Kulturinvestitionen:** Wir setzen uns ein für einen sukzessiven Abbau des  
2550 Investitionsstaus in den Kultureinrichtungen des Landes. Die Investitionsdekade  
2551 werden wir auch auf den Kulturbereich erstrecken und die in die Jahre gekommenen  
2552 Orte von Kultur, wie Theater oder Museen, sanieren. Kurzfristig wollen wir die  
2553 Niedersächsischen Theater finanziell so ausstatten, dass sie die anstehenden  
2554 Tariferhöhungen tragen können.
- 2555 • **Digitalisierung:** Digitalisierung im Kulturbereich verstehen wir in der Regel als  
2556 ergänzendes und nicht als ersetzendes Angebot. Barrierefreiheit und Inklusion  
2557 spielen dabei für uns eine tragende Rolle. Mit der Digitalisierung wollen wir  
2558 auch die Zugänglichkeit, sowohl für Niedersachsen selbst als auch für  
2559 Touristinnen und Touristen, verbessern und mit einem Kulturportal Niedersachsen  
2560 Ausstellungen, Spielpläne und Veranstaltungen bewerben.
- 2561 • **Künstlerinnen und Künstler wertschätzen:** Wir wollen die Arbeitsbedingungen für

- 2562 Kulturschaffende im Land verbessern. Im Bereich der Theater gilt es mit den  
2563 Verbänden und Tarifpartnern Wege zu finden, wie eine höhere  
2564 Vergütungsgerechtigkeit, auch zwischen den Sparten, hergestellt werden kann. Das  
2565 Stipendienprogramm für solosalbstständige Künstlerinnen und Künstler wollen wir  
2566 dahingehend reformieren, dass die Zuwendungsempfängerinnen und -empfänger das  
2567 Stipendium auch zur Sicherstellung des Lebensunterhalts verwenden können. Auch  
2568 die Förderstrukturen für Film- und Medienschaffende werden wir überprüfen.
- 2569 • Soziokultur: Die soziokulturellen Projekte und Zentren stellen im Flächenland  
2570 Niedersachsen wichtige kulturelle Zugangspunkte dar. Die vielen Projekte im Land  
2571 wollen wir stärken und die Soziokultur als feste Säule im Kulturfreiheitsgesetz  
2572 berücksichtigen.
  - 2573 • Attraktive Museen und Bibliotheken: Museen und Bibliotheken im Land wollen wir  
2574 als Wissensvermittler stärken. Dafür werden wir die Chancen der Digitalisierung  
2575 für die Wissensvermittlung heben und den Zugang zum vorhandenen Wissen  
2576 barrierefreier gestalten und neue Wege in der Wissensvermittlung beschreiten.  
2577 Durch die Bildung von Museumsakademien als Arbeitskooperation zwischen  
2578 Hochschulen und Landesmuseen soll die Verzahnung zwischen Forschung und  
2579 Wissensvermittlung, aber auch die pädagogische Aufbereitung der Angebote  
2580 verbessert werden. Wir wollen unsere Museen bei der Erfassung von unrechtmäßig  
2581 erworbenen Objekten und für einen verantwortungsvollen Umgang mit unserem  
2582 kolonialen Erbe stärken. Den Ausbau von Museen und Bibliotheken zu alternativen  
2583 und außerschulischen Lernorten werden wir fördern. Wir stehen zudem für einen  
2584 verantwortungsvollen Umgang mit unserem kolonialen Erbe ein. Deshalb wollen wir  
2585 ein breites Maßnahmenbündel zur Aufarbeitung der deutschen und niedersächsischen  
2586 Kolonialgeschichte auf den Weg bringen. Solange Kulturschätze aus kolonialen  
2587 Kontexten unberechtigt in westlichen Museen liegen, dauert die koloniale  
2588 Aggression fort.
  - 2589 • Vielfalt: Wir werden flächendeckend ein gutes kulturelles Angebot für die  
2590 Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen unabhängig von Herkunft und finanziellen  
2591 Möglichkeiten schaffen. Die zahlreichen staatlichen, kommunalen und privaten  
2592 Theater, Museen, Orchester, Literaturhäuser, Chöre, Amateurmusikerinnen und -  
2593 musiker, Kunst- und Musikszene und kulturellen Initiativen in Niedersachsen  
2594 bilden dafür eine einzigartige, historisch gewachsene und innovative  
2595 Kulturlandschaft, welche wir in ihrer Vielfalt und regionalen Ausprägtheit  
2596 erhalten wollen. Die Förderung der kommunalen Theater werden wir ausbauen.
  - 2597 • Regionalsprachen: Wir sehen regionale Sprachen als einen wichtigen Ausdruck  
2598 regionaler Besonderheit und Tradition an. Die niederdeutsche Sprache und das  
2599 Saterfriesische sind in ihrer Vielfalt ein essentieller Bestandteil  
2600 niedersächsischer Kultur und deswegen nach der EU-Sprachencharta auch besonders  
2601 schützenswert. Wir wollen die regionalen Sprachen in Form von  
2602 Arbeitsgemeinschaften in Schulen fördern sowie Kooperationen zwischen  
2603 Kindertagesstätten und Heimatvereinen zur Vermittlung von Plattdeutsch anregen.
  - 2604 • Kulturticket: Kunst und Kultur in ihren vielfältigen Ausdrucksformen bilden das

2605 lebendige Fundament unserer Gesellschaft. Eine Teilnahme an diesen Angeboten  
2606 darf unter keinen Umständen vom sozioökonomischen Status oder finanziellen  
2607 Hintergrund abhängig sein, denn Kunst und Kultur sind kein Luxusgut. Durch die  
2608 Einführung eines Kulturtickets für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und  
2609 Studierende wollen wir diesen vergünstigten Zugang zu öffentlich geförderten  
2610 Bibliotheken, Museen und Kunstgalerien sowie Theater, Konzerte und Opern  
2611 ermöglichen.

## 2612 **9. Medien**

2613 Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Freiheit der Medien als Grundpfeiler einer  
2614 funktionierenden Demokratie. Der unabhängige öffentlich-rechtliche Rundfunk als  
2615 neutrales und vertrauenswürdige Qualitätsmedium hat dabei eine besondere Bedeutung  
2616 für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Wir wollen Journalistinnen und Journalisten  
2617 vor extremistischen Angriffen schützen. Die Länder sind die zentralen Akteure der  
2618 deutschen Medienpolitik. Dabei sollten sie sich für eine vielfältige Medienlandschaft  
2619 einsetzen.

### 2620 **Dafür setzen wir uns ein:**

- 2621 • Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks: Wir setzen uns dafür ein, aus  
2622 Niedersachsen heraus eine Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gemeinsam  
2623 mit den anderen Ländern aktiv zu gestalten. Dabei legen wir unseren Fokus auf  
2624 Bildung, Information und Kultur. Darüber hinaus sollen die Anstalten weiterhin  
2625 sparsam haushalten, damit der Rundfunkbeitrag abgesenkt werden kann. Eine  
2626 Indexierung des Rundfunkbeitrages lehnen wir ab.
- 2627 • Entwicklung eines nachhaltigen Finanzierungsmodells: Als Teil eines nachhaltigen  
2628 und erfolgsorientierten Finanzierungsmodells ist die internationale Vermarktung  
2629 und Verwertung öffentlich-rechtlicher Eigen- und Auftragsproduktionen  
2630 anzustreben und frühzeitig mitzudenken. Dies dient zudem als Aushängeschild des  
2631 Kultur-, Wissens- und Wirtschaftsstandortes Deutschland und seiner regionalen  
2632 Schwerpunkte.

## 2633 **10. Europa & Internationales & Bundeswehr**

2634 Niedersachsens Platz ist in der Mitte Europas. Unser Land ist die Heimat vieler  
2635 Menschen aus ganz Europa. Auch zahlreiche Pendlerinnen und Pendler sowie  
2636 grenzüberschreitende Vorhaben, insbesondere mit den Niederlanden, verbinden  
2637 Niedersachsen mit dem europäischen Ausland. Nur dank der Europäischen Union ist es  
2638 gelungen, die Grenzregionen von der Peripherie in die Mitte zu rücken. Wir Freie  
2639 Demokraten wollen uns auch künftig entschlossen für die weitere Integration Europas  
2640 und der Europäischen Union einzusetzen und das Zusammenwachsen weiter vertiefen.  
2641 Unabgestimmte Grenzschießungen, unterbrochene Familienbande, ins Stocken geratene  
2642 Warenketten und andere Auswirkungen der Corona-Pandemie haben gezeigt, wie brüchig  
2643 die europäische Zusammenarbeit noch immer ist. Auch über Europa hinaus ist  
2644 Niedersachsen ein internationaler vernetzter Standort. Weltweit tätige Unternehmen  
2645 und weltweit vernetzte Forschungseinrichtungen sind unsere Brücke in die Welt.

2646 Wir Freien Demokraten setzen auf eine demokratisch gefestigte, handlungsfähige und  
2647 strategisch souveräne EU, die wirtschaftlich stark ist und ihre Werte nach innen wie  
2648 außen schützt. Das schließt mutige Integrationsschritte auf EU-Ebene ein. Wir Freien  
2649 Demokraten setzen uns für eine Landespolitik ein, die diesen Integrations- und  
2650 Transformationsprozess konstruktiv-kritisch begleitet, niedersächsische Interessen  
2651 einspeist und der Verantwortung unseres großen Bundeslandes für die europäische  
2652 Integration gerecht wird. Dazu ist auch eine frühzeitige und verbesserte  
2653 Koordinierung zwischen den Ressorts notwendig, um klare niedersächsische Positionen  
2654 zu erarbeiten. Zentrale Hebel sind der Bundesrat und die Niedersächsische  
2655 Landesvertretung in Brüssel. Diese Hebel wollen wir verstärkt nutzen.

2656 Wir wollen das Ansehen der Bundeswehr in Niedersachsen weiter stärken. Die Bundeswehr  
2657 ist ein starker Unterstützer und Partner des Landes, neben ihren wesentlichen  
2658 Aufgaben in der Landes- und Bündnisverteidigung auch außerhalb ihres Aufgabenkreises,  
2659 etwa bei Katastrophenhilfe und Pandemiebekämpfung.

2660 **Dafür setzen wir uns ein:**

- 2661 • Grenzüberschreitende Zusammenarbeit: Bürokratische Barrieren bei  
2662 grenzüberschreitenden Kooperationen müssen abgebaut werden. Auch die  
2663 grenzüberschreitende Nutzung kommunaler Infrastruktur, etwa in den Bereichen  
2664 Gesundheit und Katastrophenschutz, muss erleichtert werden.
- 2665 • Deutsche Einheit stärken: Von allen Bundesländern ist Niedersachsen dasjenige  
2666 mit dem längsten Anteil an der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Auch über 30  
2667 Jahre nach der Wiedervereinigung sind wir unserer Verantwortung zur Stärkung der  
2668 deutschen Einheit bewusst. Wir setzen uns deshalb aktiv für eine enge  
2669 Kooperation zwischen Niedersachsen und den benachbarten Bundesländern an der  
2670 ehemaligen innerdeutschen Grenze ein, insbesondere in den Bereichen Wirtschaft,  
2671 Verkehr, Naturschutz sowie der Kulturpolitik, etwa in Form von  
2672 Städtepartnerschaften.
- 2673 • Europäische Ausbildungsabschlüsse einfacher anerkennen: Niedersachsen muss mehr  
2674 Qualifikationsabschlüsse aus anderen europäischen Staaten anerkennen und die  
2675 entsprechenden Anerkennungsverfahren beschleunigen, um seinen Fachkräftebedarf  
2676 besser decken zu können.
- 2677 • Niederländisch-niedersächsische Freundschaft bewahren: Wir wollen den  
2678 zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Austausch zwischen den Niederlanden  
2679 und Niedersachsen stärken. Die Infrastruktur in Grenzregionen wollen wir enger  
2680 vernetzen. Programme, die die Arbeit der Zivilgesellschaft, etwa im Bereich des  
2681 Jugendaustauschs fördern, wollen wir stärken.
- 2682 • Ansehen der Bundeswehr stärken: Wir setzen uns für den Erhalt der  
2683 Bundeswehrstandorte, Übungsplätze und Erprobungsstellen in Niedersachsen ein und  
2684 wollen Zusammenarbeit zwischen Landesregierung, Landtag und Bundeswehr,  
2685 besonders auch mit den Reservisten, ausbauen. Dazu soll sich das Land für ein  
2686 eigenes Landesregiment einsetzen. Wir begrüßen die Präsenz der Bundeswehr an  
2687 Schulen und Hochschulen, etwa bei Messen oder im Unterricht, um  
2688 Aufklärungsarbeit zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Themen zu leisten

- 2689 und über Karrierechancen zu informieren.
- 2690 • Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten bei VW wahrnehmen: Das Land soll sich im  
2691 VW-Aufsichtsrat mit Nachdruck für die die Wahrung menschenrechtlicher Standards  
2692 einsetzen. Dies gilt vor allem mit Blick auf die massenhafte Internierung und  
2693 Zwangssterilisierung von Uiguren und anderen muslimischen Minderheiten sowie den  
2694 Einsatz von Zwangsarbeit in der Region Ostturkestan/Xinjiang.
- 2695 • Internationale Beziehungen ausbauen: Uns liegt der Austausch mit der  
2696 internationalen Gemeinschaft am Herzen. Wir möchten die enge Zusammenarbeit mit  
2697 den etwa 30 Konsulaten und Honorarkonsulaten in Niedersachsen fortführen und die  
2698 internationalen Beziehungen des Landes insgesamt, etwa durch den internationalen  
2699 Austausch von Parlamentarierinnen und Parlamentariern, intensivieren.?
- 2700 • Parlamentarisches Patenschaftsprogramm mit Schottland anstoßen: Wir wollen die  
2701 Beziehung zwischen Niedersachsen und dem Vereinigten Königreich stärken, auch um  
2702 die Folgen des Brexits für den gesellschaftlichen und akademischen Austausch  
2703 zumindest teilweise abzufedern. Hierzu wollen wir nach dem Vorbild des  
2704 amerikanisch-deutschen Patenschaftsprogramms ein parlamentarisches  
2705 Patenschaftsprogramm zwischen Niedersachsen und Schottland auflegen.
- 2706 • Stipendienprogramm für politisch verfolgte Studierende: Junge Menschen, die sich  
2707 in Ländern wie Belarus, Hongkong oder Russland für Freiheit und Demokratie  
2708 einsetzen, sind einer Vielzahl an Repressalien ausgesetzt. Dazu gehört auch die  
2709 Exmatrikulation von der Universität, mit dem Ziel die berufliche Karriere zu  
2710 erschweren. Wir Freie Demokraten wollen dem ein Stipendienprogramm für politisch  
2711 verfolgte Studierende entgegenhalten, um jungen Menschen, die sich für Freiheit  
2712 und Demokratie einsetzen, eine Perspektive zu geben.

## Begründung

erfolgt mündlich